

Naher Osten

2007

Heft 15

Berlin 2007

© Verband für Internationale Politik
und Völkerrecht e.V.

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Hannelore Bock, Siegfried Bock

Druck: CentralStation, Berlin

Zu beziehen beim Verband für
Internationale Politik und Völkerrecht e.V.

Wilhelmstraße 50, D-10117 Berlin

Internet: www.vip-ev.de

Bankverbindung:

Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 0013 049 399

BLZ 100 500 00

IBAN: DE09 1005 000013 049399

BIC: BELADEXXX

Inhalt

Heinz Knobbe: Vorwort	5
Heinz-Dieter Winter: Naher Osten. – Ist der Konflikt lösbar?	9
Heinz-Dieter Winter: „Hamastan“ – und wie weiter?	22
Karin Kulow: Die aktuelle Situation in der Nah- und Mittelost-region und die Politik der Bush-Administration im Lichte ihrer deklarierten Strategie-Änderung	26
Arne C. Seifert: Eine Regelung im Atomstreit mit Iran ist möglich	40
Heinz Knobbe. Möglichkeiten und Grenzen einer eigenständigen Rolle Deutschlands gegenüber dem Nahen Osten	52
Zum Krieg in Palästina und Libanon Offener Brief von Wissenschaftlern, Diplomaten a.D. und Friedensaktivisten an Bundeskanzlerin Angela Merkel	56
Heinz-Dieter Winter: Krieg, Politik und Religion im Heiligen Land	60
Jürgen Hellner: Wasserzugang und Wasserverteilung im Nahen Osten als politisch-diplomatischer Faktor	63
Hans Voß: Erfahrungen aus dem KSZE-Prozess für die Implementierung eines ständigen Mechanismus für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten	71
Arne C. Seifert: Koexistenz mit dem Islamischen Raum? Neue Sicherheitsrisiken und Erkenntnisse aus der friedlichen Koexistenz in Europa	77
Appell des Nahost-Forums Berlin e.V. an die deutsche Zivilgesellschaft: Erheben wir nachhaltig unsere Forderung an die deutsche und europäische Politik zur Einberufung einer internationalen Nahostfriedenskonferenz!	82
Biografische Daten der Autoren	85

Vorwort

Wenn der Leser seriöse deutsche und internationale Tageszeitungen aufschlägt, wird er in der Regel Meldungen über Entwicklungen im Nahen Osten vernehmen, Meldungen, die oft nichts Gutes verheißen, denn der Nahe Osten, seit jeher einer der brisantesten Krisenherde der Welt, befindet sich am Abgrund eines sicherheitspolitischen Desasters.

Die Lage im Irak gerät immer mehr außer Kontrolle. Die USA und ihre „Koalition der Willigen“ sind nicht imstande, die von ihnen selbst verschuldeten Probleme zu lösen. Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit Iran um dessen Nuklearprogramm ist nicht gebannt. Die gegenwärtige Entwicklung in Afghanistan weist Parallelen zu Irak auf. Leider gibt es auch beim Kernproblem im Nahen Osten, dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, kaum Fortschritte. Die Spannungen zwischen ihnen bestehen nach wie vor. Hinzu kommen die Probleme zwischen Fatah und Hamas. Auch andere Konflikte wie Libanon und Syrien sind eng miteinander verschlungen. Die Situation im Nahen und Mittleren Osten gestaltet sich noch komplexer, noch gefährlicher als ohnehin schon in der Vergangenheit.

Obwohl das Konzept der Bush-Administration, Konflikte in dieser Region mit Krieg und militärischer Gewalt zu lösen, gescheitert ist, die Strategie des so genannten Antiterror-Kampfes in eine Sackgasse geraten ist, setzt das Weiße Haus weiterhin auf Aufrüstung von Staaten dieser Region, die von strategischer Bedeutung für die USA sind. So sollen Israel, Saudi-Arabien und Ägypten in den nächsten zehn Jahren militärische Hilfe in Höhe von rund 63 Mrd. Dollar erhalten. Diese Waffenlieferungen sind Zündeln am Pulverfass. Der amerikanische Militärexperte Robert Scheer sprach von einem „Kreisel des Irrsinns“.

Diesem Kurs der USA, dem die deutsche Regierung in wesentlichen Gebieten leider folgt, muss entgegengetreten werden. Gefragt ist ein Paradigmenwechsel, weg von militärischen Gewaltstrategien und einseitigen Vorgehensweisen hin zu umfassenden kollektiven politischen Lösungsansätzen, die auf einen tragfähigen Interessenausgleich und die Einbeziehung aller Konfliktparteien, einschließlich Syriens und Irans, ausgerichtet ist. Politische Lösungen - das sind Verhandlungen auf der Grundlage des bestehenden Völkerrechts ohne Vorbedingungen, Verhandlungen auf gleichberechtigter Grundlage, auf gleicher Augenhöhe.

Da die Probleme komplexer Art sind, muss auch an die Lösung komplex herangegangen werden. Der Weg über bilaterale Verhandlungen, über das Herauslösen von Teilstücken kann nicht zum Erfolg führen. Von diesen Gedanken ließ sich das Nahost-Forum leiten, als es Anfang dieses Jahres beschloss, ein Kolloquium zum Thema „Chancen und Herausforderungen für eine Internationale Nahostfriedenskonferenz“ durchzuführen. Als Nichtregierungsorganisation

sollte in Kooperation mit dem Verband für Internationale Politik und Völkerrecht und unter Teilnahme von zivilrechtlichen Organisationen darüber beraten werden, welcher Weg zu einer umfassenden Regelung des Nahost-Konflikts gegangen werden muss und auch gegangen werden kann, welche Chancen für die Lösung der Jahrzehnte währenden Probleme bestehen und welche Voraussetzungen dafür notwendig sind.

Wir haben dabei nicht übersehen, dass bis zur Einberufung einer solchen Konferenz noch ein schwieriger Weg bevorsteht, dass nach Ansicht der deutschen Regierung die Zeit für eine internationale Konferenz noch nicht reif sei. Aber es gibt keinen anderen Weg. Es geht ja nicht nur um den Frieden zwischen Regierungen, sondern in erster Linie um den Frieden der Völker - wie der bekannte israelische Friedensaktivist Uri Avneri auf einer Veranstaltung in Berlin erklärte.

Auf dem Kolloquium am 5. Mai 2007 wurden Aspekte behandelt, die die Vielseitigkeit des Problems einer internationalen Nahostkonferenz zeigten. Nicht nur die Tatsache, dass im Nahen Osten nichts ohne die USA geht - vor allem hinsichtlich des Kernproblems, des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern -, sondern auch die Notwendigkeit einer Veränderung des Verhältnisses Europas zur arabischen Welt, auch das Einbringen seiner Erfahrungen beim Überwinden von Konflikten und Widersprüchen in Europa.

In einem verabschiedeten Appell an die deutsche Zivilgesellschaft wurde die Forderung an die deutsche und europäische Politik erhoben, Initiativen zur Einberufung einer internationalen Nahostfriedenskonferenz zu entwickeln. Dieser Appell steht nicht allein. In der Entschließung des EU-Parlaments vom 7. September 2006 zur Lage im Nahen Osten wurde der Europa-Rat aufgefordert, „alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine internationale Friedenskonferenz einzuberufen“.

Dem Aufruf folgten bekanntlich zehn europäische Regierungen mit einem entsprechenden Vorschlag, dem sich die deutsche Regierung bisher leider nicht anschloss, offensichtlich die Position Israels berücksichtigend, das an einer internationalen Nahostkonferenz nicht interessiert ist. Auch zum neuesten US-Vorschlag, eine Nahostkonferenz unter Leitung von Außenministerin Rice durchzuführen, meidet sie eine offizielle Stellungnahme.

Das Nahost-Forum sieht sich nach dem Vorschlag der zehn europäischen Staaten mit seiner auf dem Kolloquium an die Bundesregierung gestellten Forderung zu einem entschlossenen Engagement für die Implementierung eines Konferenzmechanismus unter der Schirmherrschaft der UNO bestätigt - auch nach der Antwort des Präsidenten des Europa-Parlaments auf den vom Nahost-Forum übermittelten Appell. Präsident Pöttering schrieb: „Ich unterstütze ... Ihre Anregung, eine Nahostkonferenz einzuberufen, die einen dauerhaften Frieden in der Region zum Ziel haben muss.“

Von Kairo kam ein positives Echo auf den Appell. Der Egyptian Council for Foreign Affairs stimmte mit den Vorstellungen des Nahost-Forums überein und schlug eine gemeinsame Erörterung möglicher und notwendiger Mechanismen einer internationalen Nahostkonferenz vor.

Das Nahost-Forum e.V., das 1996 von Mitgliedern des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht gegründet wurde, heute Nahostexperten, ehemalige Diplomaten aus Ost und West, die viele Jahre in der Region tätig waren, Außenhändler, Journalisten, Wissenschaftler und andere an der Region Interessierte vereint, leistet eine umfangreiche bildungspolitische Arbeit. In eigenen monatlichen Veranstaltungen, durch Vortragsarbeit über die Region in anderen Organisationen, mit Analysen, Studien, Beiträgen in den Medien wollen die Mitglieder ihren Beitrag leisten, über Ursachen der Konflikte im Nahen Osten aufzuklären und Möglichkeiten ihrer Lösung aufzuzeigen, in Zusammenarbeit mit anderen am Frieden in der Region interessierten Kräften die Regierenden aufzufordern, über einen Dialog in ernsthafte Verhandlungen einzutreten.

Das vorliegende Heft spiegelt viele Aktivitäten des Nahost-Forums wider. Es enthält nicht nur Materialien des Kolloquiums vom 5. Mai 2007 über Chancen und Herausforderungen an eine internationale Nahostkonferenz, sondern auch darüber hinaus grundsätzliche Beiträge zur Lage im Nahen Osten und zu notwendigen Veränderungen des Verhältnisses Europas zu den Staaten und Völkern dieser Region.

August 2007

Heinz Knobbe

Naher Osten. - Ist der Konflikt lösbar?

In diesem Jahr werden es sechzig Jahre, dass die UNO-Vollversammlung am 29. November 1947 für eine Resolution stimmte, die das ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina auf zwei Staaten, einen israelischen und einen arabisch-palästinensischen, aufteilen sollte. Damit sollte ein Konflikt geregelt werden, dessen Ursachen bis in das Ende des 19. Jahrhunderts zurückreichen.

Mit dem Blick auf die dramatischen Entwicklungen des vergangenen Jahres hat der scheidende UNO-Generalsekretär Kofi Annan auf seiner letzten Pressekonzferenz im Dezember 2006 von einer „tiefen Krise in der Nahostregion“ gesprochen. Die Spannungen hätten einen „breaking point“ erreicht. Die Situation sei jetzt viel komplexer, viel zerbrechlicher und viel gefährlicher wie seit langer Zeit nicht mehr geworden. Das Misstrauen zwischen Israelis und Palästinensern erreiche neue Höhepunkte. Extremismus würde sich ausbreiten und der Raum für gemäßigte Politik würde immer enger auch für jene arabischen Staaten, die bereits Friedensverträge mit Israel geschlossen hätten. Und er sagte den bedeutsamen Satz: „Die Möglichkeit für die Aushandlung einer Zwei-Staaten-Lösung wird nicht mehr lange andauern.“ Er forderte eine „neue und energische Anstrengung für den Frieden“. Die Welt müsse „ein neues Verständnis“ für die Ungewissheit entwickeln, die den Mittleren Osten ergreift. Er verwies dabei auf die verschiedenen Krisen und Konflikte: Libanon, Syrien, Iran und Irak, die immer mehr miteinander verflochten seien.

Beim Nahostkonflikt im umfassenden Sinne handelt es sich um ein ganzes Bündel von Streitfragen, die alle direkt oder indirekt miteinander zusammenhängen. Diese Konflikte können nicht getrennt voneinander und nacheinander bearbeitet werden. „Wenn die Geschichte des Nahost-Konflikts eines lehrt, dann dies: Es gibt keine Lösungen, ohne dem Zentrum der Streitfragen zu Leibe zu rücken, allen voran dem israelisch-palästinensischen Kernkonflikt im Nahen Osten. Sonst wird sich dessen immenses Gewaltpotential immer wieder Bahn brechen - mit fatalen Konsequenzen nicht nur für Sicherheit und Frieden in der gesamten Region, sondern auch für die Beziehungen zwischen dem Westen, seinen muslimischen Einwanderern und den islamisch geprägten Ländern.“¹

Bevor wir uns diesem Kernkonflikt zuwenden, wollen wir daran erinnern, dass sich in dieser Region mit zwei Dritteln der sicher nachgewiesenen Erdölvorräte die zurzeit wichtigste Energieressource der Welt befindet. Saudi-Arabien allein verfügt mit insgesamt 262 Milliarden Barrel (ein Barrel entspricht etwa 160 l) über ein Viertel der dokumentierten Erdölreserven der Welt, es folgen

¹ Margret Johannsen: Waffenruhe im Libanon. Ruhe vor dem nächsten Sturm? "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" August 2006 ,www.ifsh.de.

Irak mit 112,5 Milliarden Barrel und die Arabischen Emirate mit 97,8 Milliarden, fast gleichauf folgen Kuwait und Iran. Es lässt sich nicht bestreiten, dass das Bestreben, diese Vorräte zu beherrschen und den ungehinderten Zugang zu ihnen zu sichern, oder das Auftreten von politischen Kräften, die die bisherige Verfügung und den Zugang zum Erdöl zu ändern drohen, wesentliche Ursachen des Konfliktgeschehens in dieser gesamten Region sind.

Die gesicherten Welterdölreserven werden nach Expertenuntersuchungen noch etwa 40 Jahre reichen.² Die Erdölkonzerne und die großen Mächte unternehmen aber kaum Anstrengungen für die Erschließung alternativer Energiequellen, sondern ziehen aus der Verknappung höhere Profite. Wegen des Erdöls ist diese Region seit dem 2. Weltkrieg für die USA von erstrangigem Interesse. Mehrere USA-Präsidenten seit Roosevelt haben das öffentlich erklärt. Ich erinnere nur an die Carter-Doktrin aus dem Jahre 1980. Carter erklärte: „Jeder Versuch, die Kontrolle über den Persischen Golf zu erlangen, wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abgewehrt, inklusive militärischer Gewalt.“

Obwohl Präsident Bush in seiner Rede über die Lage der Nation Erdöl-einsparungen ankündigte, spricht vieles dafür, dass der von Vizepräsident Cheney im Mai 2001 vorgelegte Bericht über die Erdölsicherheit der USA weiterhin maßgebend ist. Darin wird der Energieversorgung der USA die höchste außenpolitische Priorität beigemessen. Und die dafür entscheidende Region bleibt der Nahe und Mittlere Osten. Ist es da ein Wunder, wenn im Endzeitalter der auf Erdöl beruhenden Energiewirtschaft gerade in der Region des Nahen und Mittleren Ostens die Konflikte zunehmen und sich verschärfen? Wäre es darum nicht gerade besonders dringend, dass Europa gegenüber dieser benachbarten Region eine Politik betreibt, die auf Konfliktregelung, Stabilität und Frieden orientiert?

Beginnend mit der UNO-Resolution von 1947 wurden bis heute solide völkerrechtliche Grundlagen geschaffen, die eine friedliche politische Regelung ermöglichen sollen, aber trotzdem sind alle Ansätze, Bemühungen und Möglichkeiten gescheitert, um wirklich zu einer solchen Regelung zu gelangen. Da man sich in der heutigen Tagespolitik und in den Medien nur noch wenig auf diese Grundlagen beruft - und wenn man es tut, so bleibt oft unklar, um welche Inhalte es dabei geht -, möchte ich die wichtigsten Resolutionen kurz erläutern.

Die Resolution 181 der UNO-Vollversammlung vom 29. November 1947 nannte ich schon. Die Aufteilung in zwei Staaten wurde vorgeschlagen, nachdem Bemühungen um die Schaffung eines gemeinsamen arabisch-jüdischen

² Die insgesamt geschätzten noch vorhandenen sicher nachweisbaren Reserven von 142 Milliarden t würden bei dem heutigen Verbrauch noch ca. 35 bis 40 Jahre reichen, die „wahrscheinlich gewinnbaren“ (sehr kostenaufwändig, aus großen Tiefen, unter dem Tiefseeboden) noch weitere 60 Jahre. Aber der Verbrauch steigt enorm an. Schon heute übersteigt die Jahresförderung die neu gefundenen Lagerstätten.

Föderativstaates sich als nicht realisierbar erwiesen hatten. Jerusalem und angrenzende Gebiete sollten eine internationale Zone bilden. Dem jüdischen Staat wurden etwa 56 % des Territoriums zugeteilt, dem palästinensisch-arabischen Staat 44 %, obwohl sich die arabische Bevölkerung in der Mehrheit befand.³ Die arabischen Staaten hatten gegen diese Resolution gestimmt. Nach der israelischen Staatsgründung intervenierten die arabischen Nachbarstaaten und Irak in die ausgebrochenen Kämpfe zwischen Juden und Palästinensern. Die israelische Armee erwies sich in diesem ersten Nahostkrieg als militärisch überlegen und besetzte nun etwa 78 % des ehemaligen Mandatsgebietes. Festzuhalten bleibt: den palästinensischen Staat gibt es bis heute nicht. Ganz Jerusalem wurde 1980 unter Missachtung der UNO-Resolutionen zur „ewigen unteilbaren Hauptstadt“ Israels erklärt.

Die Resolution der UNO-Vollversammlung 194 vom 11. Dezember 1948 legt das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr oder Entschädigung fest.

Die Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 wurde nach dem sog. Sechstagekrieg beschlossen. Israel hatte in diesem das ganze restliche Palästina besetzt, das Westjordanland und Ostjerusalem, solange unter jordanischer Kontrolle befindlich, und den Gaza-Streifen, bis zu diesem Krieg unter ägyptischer Kontrolle. Außerdem besetzte Israel die syrischen Golan-Höhen. Die wichtigsten Bestimmungen dieser UNO-Resolution waren:

Erstens: Israel muss sich aus den während des jüngsten Konflikts besetzten Gebieten zurückziehen. Die unterschiedliche Übersetzungsinterpretation ist sicher noch in Erinnerung. Die israelische Seite berief sich auf den englischen Text, der als Rückzug „von besetzten Territorien“ - also nicht „von allen“ - übersetzt werden konnte, die arabische Seite bezog sich auf den französischen und russischen Text, der mit „von den besetzten Territorien“ übersetzt wird. Aber ebenso wichtig ist eine weitere Formulierung dieser Resolution: Sie betont die „Unzulässigkeit, Territorium durch Krieg zu erobern“.

Zweitens: Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jedes Staates der Region und dessen Recht, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen, frei von Drohungen und Gewaltakten, zu leben. Selbstverständlich bezieht sich diese Formulierung auf Israel, aber auch auf die arabischen Staaten. Ich möchte auf einen sehr wichtigen Umstand aufmerksam machen. Man spricht immer davon, Israel müsse sich auf die Grenzen vom 4. Juni 1967 zurückziehen. Das ist nicht korrekt und steht auch nicht in der Resolution. Es handelt sich hier um die sog. „grüne Linie“, die Waffenstillstandslinie von 1949. Die UNO-Resolution zur Teilung Palästinas hatte andere Grenzen vorgeschlagen, und Israel hat bisher seine eigenen Grenzen nicht verfassungsmäßig festgelegt. Richtig ist, dass die

³ 1947 waren es 1.365.000 Araber und 710.000 Juden.

Palästinenser bereit sind, diese Linie zu ihrer Staatsgrenze zu machen. Ich schließe mich der Wortwahl Grenze an, obwohl es sich eigentlich um eine Waffenstillstandslinie handelt, die noch keine völkerrechtlich anerkannte Grenze ist.

Die Resolution 338 des UNO-Sicherheitsrates nach dem sog. Yom-Kippur-Krieg von 1973 hat die Resolution 242 nochmals bekräftigt.

Beide Resolutionen sind bis heute von Israel nicht erfüllt worden.

Die Grundlagen für eine völkerrechtliche Regelung wurden somit bereits während der Blockkonfrontation, des sog. Ost-West-Konflikts, gelegt. Beide Seiten - Israel wurde von den USA und dem Westen unterstützt, die arabischen Konfrontationsstaaten von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten - hatten kein Interesse daran, die Nahostkriege von 1967 und 1973 zu einem Weltkrieg ausarten zu lassen. So kam es zu UNO-Beschlüssen, die einigermaßen ausgewogen die Interessen Israels und der arabischen Staaten berücksichtigten.

Dennoch kam es zu keiner Konfliktbeilegung. Verschiedene Initiativen von arabischer (Fahd-Plan), sowjetischer, sogar von amerikanischer Seite (Rogers-Plan), allerdings nicht von israelischer Seite, führten nicht zum Ziel. Allerdings kam es zu dem israelisch-ägyptischen separaten Friedensvertrag von Camp David von 1978, der aber von den anderen arabischen Staaten als „Verrat“ betrachtet wurde, weil er keine Lösung der Palästinafrage einschloss. Er führte zu einer Verschärfung der Lage im Nahen Osten, was sich in der Besetzung Südlibanons bis zum Litani durch die israelische Armee im gleichen Jahr zeigte. Unter den Bedingungen der Blockkonfrontation konnte der Nahostkonflikt nicht gelöst werden. Jede Supermacht strebte nur eine solche Regelung an, die den Einfluss der anderen Seite zurückdrängen sollte. Der Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten hätte eine Stärkung jener arabischen Staaten bedeutet, die mit der Sowjetunion enge Beziehungen hatten - das entsprach aber nicht den Interessen der USA, es sei denn, es erfolgte ein Kurswechsel wie in Ägypten unter Sadat.

Doch nun kam 1990 das Ende des Ost-West-Konflikts. Der Nahe Osten hörte auf, ein Schauplatz der Blockkonfrontation zu sein. Die USA, die für ihren ersten Irak-Krieg, nach der irakischen Aggression gegen Kuwait, die Unterstützung der Sowjetunion und arabischer Staaten brauchten, stimmten einer Nahostkonferenz zu, die diese immer wieder gefordert hatten. In der USA-Politik sprach man von einem „window of opportunity“, das sich für die Lösung des Nahostkonflikts geöffnet habe.

Es kam zur Madrider Nahostfriedenskonferenz unter der Kopräsidentschaft der USA und der in den letzten Zügen liegenden UdSSR. Allerdings musste die israelische Likud-Regierung an den Verhandlungstisch gezwungen werden, was die USA taten, indem sie mit Verweigerung eines Kredits von 15 Milliarden Dollar drohten. Da sie sich damals weigerte, mit der PLO an einem

Verhandlungstisch zu sitzen, wurden PLO-Vertreter nur im Rahmen der jordanischen Delegation zugelassen.

Doch die Madrider Konferenz von 1991 kam über Grundsatzserklärungen nicht hinaus. Sie stagnierte. Die israelische Regierung des Likud-Blocks unter Ministerpräsident Schamir wollte kein Ergebnis. Nachdem die Labour-Partei unter Rabin und Peres die Macht übernommen hatte, kam es in der Nähe von Oslo zu Geheimverhandlungen zwischen der PLO und der israelischen Regierung, die zur Washingtoner Erklärung vom 13. September 1993, zum Händedruck von Arafat und Rabin, zum Friedensnobelpreis für beide Politiker, zur gegenseitigen Anerkennung und zum Autonomie-Abkommen führte. Nach einer fünfjährigen Autonomie für die besetzten Gebiete sollte ihr endgültiger Status erst danach entschieden werden. Darin bestand der große Mangel, denn Fragen, wie der eigene palästinensische Staat, die Grenzen, die israelischen Siedlungen, Jerusalem und Flüchtlinge, wurden ausgeklammert.

Trotzdem erfüllte Oslo beide Seiten mit großen Hoffnungen. Mehrheiten auf beiden Seiten begannen an das friedliche Nebeneinander von zwei Staaten zu glauben. Ein Prozess der Vertrauensbildung begann. Doch es zeigte sich bald, dass völlig unterschiedliche Vorstellungen über diesen endgültigen Status bestanden. Die Palästinenser wollten einen lebensfähigen Staat in den Grenzen von 1967, die israelische Seite wollte große Teil der besetzten Gebiete mit den Siedlungen behalten und setzte die Siedlungstätigkeit mit größerer Intensität als je zuvor fort.

Die Zersetzung des Osloer Prozesses und die Eskalation der Gewalt begannen etwa mit der Ermordung des Ministerpräsidenten Rabin im November 1995. Es kam zur zweiten Intifada, nachdem Ariel Scharon im September 2000 unter massivem bewaffneten Schutz den Tempelberg, wo sich mit dem Felsendom und der Al-Aksa-Moschee zwei der wichtigsten muslimischen Heiligtümer befinden, besucht hatte. Als Scharon schließlich im Februar 2001 Ministerpräsident wurde, erklärte er den Osloer Prozess für „erledigt“. Alle Bemühungen, die Gewalt zu beenden und eine Lösung zu erreichen, so die Verhandlungen in Camp David unter Vermittlung des USA-Präsidenten im Jahr 2000 oder im Rahmen des sog. Quartetts⁴ auf der Grundlage der Road Map vom April 2003⁵, scheiterten.

Der eigenartige Widerspruch besteht darin, dass in den verschiedenen Bemühungen auf palästinensisch-israelischer Ebene wie auch auf internationaler Ebene bereits sehr deutlich sichtbar wurde, wie eine zukünftige Regelung aussehen könnte, trotzdem aber das Erreichen einer solchen Regelung sich bisher als unmöglich erwies. Dass die Palästinenser einen eigenen Staat haben sollen ist nicht mehr strittig. Bush hat sich dazu bekannt.

⁴ UNO, USA, EU und Russland

⁵ Bis 2005 sollten die Voraussetzungen für einen palästinensischen Staat geschaffen werden.

Die Sicherheitsratsresolution 1397 vom 13. März 2002 hatte erstmalig die Errichtung eines eigenen palästinensischen Staates formuliert. Im gleichen Jahr hatte die arabische Gipfelkonferenz in Beirut Israel die Anerkennung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen, wenn sich Israel auf die Grenzen von 1967 zurückzieht. Israel lehnte ab. In israelisch-palästinensischen Expertenverhandlungen Ende Januar 2001 im ägyptischen Taba, kurz vor dem Ende der Regierung Barak, wurden auch für komplizierte Fragen wie Grenzen, Jerusalem und Flüchtlinge Lösungsmöglichkeiten anvisiert, nachdem USA-Präsident Clinton am Ende seiner Amtszeit weitreichende Vorschläge unterbreitet hatte. Diese kamen jedoch durch die Regierungsübernahme durch Scharon nicht mehr zum Tragen. Es gibt auf zivilgesellschaftlicher Ebene die sog. Genfer Initiative vom November 2003, in der namhafte israelische und palästinensische Persönlichkeiten nach intensiven Beratungen einen fertigen Friedensvertragsentwurf vorlegten, der für zukünftige Regierungsverhandlungen als Muster oder Grundlage dienen könnte. Und trotzdem kam es zu keiner Regelung. Was sind die Gründe?

Erstens: Der Hauptgrund ist natürlich, dass sich die direkt Beteiligten nicht einigen konnten. Warum? Vor allem wegen der Weigerung Israels, einen großen Teil der besetzten Gebiete wirklich aufzugeben. Das hat die israelische Regierung nicht nur öffentlich erklärt, sondern durch fortgesetzte Siedlungstätigkeit und Mauerbau unterstrichen. Nach den verschiedenen bekannt gewordenen Plänen sollen Ostjerusalem, das Jordantal und große Siedlungsblöcke mit ca. 350.000 Siedlern unter israelischer Souveränität bleiben. Der Jordan wird nicht die Grenze eines palästinensischen Staates zu Jordanien, sondern faktisch zur israelischen Ostgrenze. Durch die Siedlungen und durch die Vielzahl strategischer Straßen wird das Westjordanland zerstückelt. Nach dem Olmert-Plan vom März 2006 will Israel so etwa 36,5 % des Westjordanlandes, Ostjerusalem und Jordantal nicht gerechnet, behalten.⁶ Die 22 % des historischen Palästina, womit sich die Palästinenser für ihren Staat begnügen wollen, würden nochmals etwa um die Hälfte reduziert. Israel verfolgt das Ziel, „ein Maximum an Land zu kontrollieren, mit einem Minimum an palästinensischen Bewohnern“.⁷

Ein solches Projekt ist nicht nur für Hamas, sondern auch für jede andere palästinensische Regierung nicht verhandelbar. Das weiß natürlich die israelische Führung und hat deshalb bisher keine Verhandlungen geführt. Olmert - in Fortführung der Pläne von Scharon - will bekanntlich einseitig diese israelische Konzeption bis zum Jahr 2010 verwirklichen. Demgegenüber verlangen sowohl die Fatah als auch Hamas den palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967

⁶ Vgl. Paul Delmotte, *Le Hamas et la reconnaissance d'Israël*, *Le Monde diplomatique*, janvier 2007, S.19

⁷ Helga Baumgarten, *Gaza: Das Reservat wird zum Gefängnis gemacht*. In: *INAMO*, Heft 47, Herbst 2005, S.38

mit der Hauptstadt Ostjerusalem. Welches Konzept entspricht den UNO-Beschlüssen?

Zweitens: Die fast uneingeschränkte Unterstützung der USA für Israel, das im „Antiterrorkrieg“ der Bush-Administration und in ihren Neuordnungsplänen für den Nahen und Mittleren Osten **der** „strategische Verbündete“ ist. Die USA haben dieser Politik Israels nach Inbesitznahme großer Teile des Westjordanlandes bisher kein Veto entgegengesetzt, im Gegenteil: in einem Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Scharon und Präsident Bush vom 14. April 2004 hat Letzterer dem israelischen Plan prinzipiell zugestimmt.⁸

Das USA-Einverständnis mit einem palästinensischen Staat unterscheidet sich nicht prinzipiell von den Vorstellungen der israelischen Regierung, höchstens im Ausmaß des bei Israel verbleibenden Territoriums. Die USA und Israel sind sich als „Verbündete im Antiterrorkrieg“ völlig einig, dass man mit Hamas in Palästina und mit der Hizbollah in Libanon keinen Frieden schließen darf, sondern sie bekämpfen muss. Beide islamistische Bewegungen werden fälschlicherweise mit Al Qaida gleichgesetzt. Dass beide völker- und menschenrechtlich unzulässige terroristische Kampfmethoden gegen eine der stärksten Militärmächte der Welt - gegen die israelische Okkupation - anwenden, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie mit ihrem Kampf ein legitimes Ziel verfolgen und in den arabischen Völkern massive Unterstützung haben.

Drittens möchte ich den Fakt nennen, dass die Europäische Union sich als nicht in der Lage erwies, sich in den letzten Jahren ausreichend für die politische Lösung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten zu engagieren. Stattdessen wurde die USA-Politik, abgesehen vom Irak-Krieg, im Wesentlichen unterstützt. In dieser Hinsicht spielte die Regierung der Bundesrepublik keine positive Rolle; das hat sich mit der gegenwärtigen Regierung Merkel noch verstärkt, wie sich besonders während des Libanonkrieges zeigte. Die Bundesrepublik trat nicht für einen sofortigen Waffenstillstand ein, sondern unterstützte die Linie der USA, Israel die „Zeit zu geben“, Hizbollah militärisch zu zerschlagen, was nicht gelang. Der Hauptgrund, den Frau Merkel für die Entsendung von Bundesmarinekontingenten vor die libanesische Küste entsprechend der UNO-Sicherheitsratsresolution Nr. 1701 nannte, war - wie sie erklärt hatte - die Sicherung des Existenzrechtes Israels, obwohl dieses nicht durch Hizbollah oder den Libanon oder wen auch immer in der arabischen Welt bedroht ist. Das steht auch nicht in der UNO-Resolution.

⁸Der Brief von Bush an Ariel Scharon enthält folgenden Satz: “In the light of new realities on the ground, including already existing major Israeli populations centers, it is unrealistic to expect that the outcome of final status negotiations will be a full and complete return to the armistice lines of 1949, and all previous efforts to negotiate a two-state solution have reached the same conclusion. It is realistic to expect that any final status agreement will only be achieved on the basis of mutually agreed changes that reflect these realities.”

Ein weiteres Beispiel: Mitte November vorigen Jahres hatten Spanien, Frankreich und Italien zur Regelung der gegenwärtigen Konfliktsituation ein Fünf-Punkte-Programm vorgeschlagen, das auch eine internationale Nahostkonferenz vorsah. Dafür wollten sie die Bundesrepublik und Großbritannien gewinnen, doch der EU-Gipfel in Brüssel einen Monat später nahm keinen Bezug darauf. Hatte die Bundesrepublik wieder einmal eine Initiative blockiert, die nicht die Zustimmung Israels und der USA hatte? Die Nahostreise von Frau Merkel im Februar hat sicher in den arabischen Staaten Hoffnungen geweckt, da sie diese auch als EU-Ratspräsidentin und Vorsitzende der G8 durchgeführt hat. Doch ihre schönen Worte über eine Friedensinitiative oder einen „strategischen Gesamtplan USA-Europa-arabische Staaten“ oder ein „geöffnetes Fenster der Möglichkeiten“ konnten nicht verhüllen, dass die Reise für eine Friedenslösung nichts gebracht hat. In ihren öffentlichen Erklärungen gab es kein Wort darüber, dass Israel Sicherheitsratsresolutionen erfüllen müsse.

Spätestens mit dem Bericht der Baker-Hamilton-Kommission vom Dezember vorigen Jahres⁹ und dem Ausgang der amerikanischen Kongresswahlen kann es aber keinen Zweifel mehr daran geben, dass die von Präsident Bush und seinen neokonservativen Beratern verfolgte Nah- und Mittelostpolitik der USA gründlich gescheitert ist. Die Invasion im Irak erweist sich nach dem Urteil von Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater des ehemaligen USA-Präsidenten Carter, als das wahrscheinlich größte außenpolitische Desaster in der amerikanischen Geschichte¹⁰, und die antiamerikanische Stimmung in der arabischen Welt hat ein bisher nie gekanntes Ausmaß erreicht. Es gibt in den herrschenden Kreisen der USA, und zwar in beiden Parteien, ein starkes Bestreben, das Irak-Abenteuer zu beenden und die amerikanische Mittelostpolitik neu zu orientieren.

Der Baker-Hamilton-Bericht geht von der Nichtgewinnbarkeit des Krieges im Irak aus. Er macht aber nicht nur Vorschläge, um mit möglichst geringem Gesichtsverlust die amerikanischen Truppen abzuziehen, sondern entwickelt ein Konzept, um die Positionen der USA im Nahen und Mittleren Osten zu stabilisieren und dem enormen Ansehensverlust in der arabischen Welt entgegenzuwirken. Und das soll geschehen, indem sich die USA voll für die Regelung des israelisch-arabischen Konfliktes engagieren¹¹. Der Bericht betont ausdrücklich, dass sich die USA all den Fragen zuwenden sollten, die bisher ungeklärt blieben, wie der Bildung eines palästinensischen Staates, den israelischen

⁹ Eine paritätisch aus Vertretern der Demokraten und der Republikaner zusammengesetzte Kommission unter der Leitung des ehemaligen Außenministers James Baker und des ehemaligen demokratischen Abgeordneten Lee Hamilton hatte im Dezember vorigen Jahres dem USA-Präsidenten Vorschläge zur Neugestaltung der Nah- und Mittelostpolitik der USA unterbreitet.

¹⁰ Vgl. „Die Zeit,“ 11. Januar 2007

¹¹ Einer der m.E. wichtigsten Sätze in dem Bericht lautet: „The United States cannot achieve its goals in the Middle East unless it deals directly with the Arab-Israeli-conflict and regional stability.“

Siedlungen, den Grenzen, Jerusalem und dem Rückkehrrecht(!) der Palästinenser. Ja, sogar die Rückgabe der Golanhöhen an Syrien im Rahmen eines abzuschließenden Friedensvertrages wird genannt. Baker denkt an eine Art Neuauflage der Madrider Konferenz, deren Architekt er 1991 war.

Öffnet sich angesichts der gescheiterten USA-Politik und der Vorschläge der Baker-Hamilton-Kommission nicht doch ein „window of opportunity“? Kann es einen neuen Anlauf zu einem wirklichen Friedensprozess geben? Es erscheint unwahrscheinlich, dass dieses noch durch Präsident Bush erfolgen könnte. Denn als er seine neue Irakstrategie im Januar 2007 öffentlich machte, hatte er keine der grundsätzlichen Empfehlungen des Berichtes übernommen. Er will weiterhin im Irak militärisch siegen und verstärkte die Truppen. Gegenüber Syrien und Iran wurde der Dialog abgelehnt, eine härtere Konfrontation angekündigt. Die USA bemühen sich, mit arabischen Staaten eine Frontstellung gegen Iran, Syrien, Hamas und Hizbollah aufzubauen.

Nun hatte Bundeskanzlerin Merkel im Ergebnis ihres Treffens mit Präsident Bush Anfang Januar optimistische Äußerungen im Hinblick auf neue, günstige Möglichkeiten für einen Friedensprozess abgegeben. Danach gab es in der Tat eine Häufung diplomatischer Aktivitäten. Frau Merkel selbst unternahm Anfang Februar eine Nahostreise und sprach von einem „günstigen Zeitfenster“. Condoleezza Rice weilte zweimal in der Region, und zweimal trat das sog. Nahostquartett, das letzte Mal in Berlin am 21. Februar, zusammen. Erstmals nach mehreren Jahren gab es ein Treffen von Präsident Abbas mit Ministerpräsident Olmert und der amerikanischen Außenministerin am 19. Februar.

Doch bewegt hat sich nichts, dem Frieden ist man nicht einen Schritt näher gekommen. Dabei hätte die am 8. Februar in Mekka zwischen Präsident Abbas und der Hamas-Führung unter saudischer Vermittlung zustande gekommene Vereinbarung einer Regierung der nationalen Einheit, die bereit sein wird, die bisherigen Abkommen der PLO mit Israel zu respektieren, durchaus Möglichkeiten für ein neues Herangehen geboten, obwohl Hamas gegenwärtig noch nicht zur ausdrücklichen Anerkennung Israels bereit ist, Saudi-Arabien übrigens auch nicht. Diese Vereinbarung hatte einen bereits ausgebrochenen Bürgerkrieg unter den Palästinensern vorläufig beendet. Doch nach dieser Vereinbarung - die neue Regierung war noch gar nicht gebildet - haben Israel und die USA unisono die alten Bedingungen wiederholt und vor Verhandlungen die Beendigung der Gewalt und die Anerkennung des Existenzrechtes Israels gefordert.

Statt nun beim Treffen Olmert-Abbas die Tür für Verhandlungen zu öffnen, wurde Druck auf Abbas ausgeübt, Mekka zu revidieren. Ja, es scheint so, dass das Ergebnis von Mekka amerikanische und israelische Pläne vereitelt hat, das Hamas-Problem mit Gewalt zu lösen, denn immerhin hatte Condoleezza Rice Anfang Januar Waffenlieferungen an die Fatah zugesagt (nach einem Bericht des „Wall Street Journal“ 86 Mio. Dollar). So scheint der Bürgerkrieg, der je-

derzeit wieder aufbrechen kann, durchaus im Kalkül Israels und der USA gewesen zu sein. Nun kann man leider nach dem letzten Quartett-Treffen in Berlin, bei dem die drei Bedingungen an die Palästinenser bekräftigt wurden, nur urteilen, ein „Zeitfenster“ gibt es nicht, wenn es eins gab, wurde es nicht genutzt.

2007 wird wohl nicht zum entscheidenden Jahr werden, wie Frau Merkel erklärt hatte. Hinsichtlich der Bedingung, vor Verhandlungen müsse das Existenzrecht Israels anerkannt werden, schrieb der bekannte israelische Friedensaktivist Uri Avnery einen Artikel unter dem Titel: „Muss ein Indianer das Existenzrecht der Vereinigten Staaten anerkennen?“ Er beginnt mit den Worten: „Ich bin ein israelischer Patriot, und ich bedarf niemandes Anerkennung des Rechts meines Staates zu existieren. Mir reicht es vollkommen, wenn jemand bereit ist, mit mir Frieden zu schließen - und zwar auf der Grundlage von gemeinschaftlich ausgehandelten Bedingungen und Grenzziehungen. Ich bin bereit, die Geschichte, Ideologie und Theologie dieser Materie den Theologen, Ideologen und Historikern zu überlassen.“

Das Quartett wird wohl seine Haltung erst ändern können, wenn die USA ihre gegenwärtige Nahostpolitik ändern, wie es im Baker-Hamilton-Bericht vorgeschlagen wird. Obwohl das bisher nicht der Fall ist, halte ich die Gründe, die im Baker-Hamilton-Bericht und nicht nur dort für die Änderung der USA-Nahost-Politik genannt wurden, auf längere Zeit für zwingend. Eine Neuorientierung der amerikanischen Nahostpolitik, die auch einen entsprechenden Druck auf Israel, wie das Außenminister Baker 1991 getan hatte, einschließen müsste, wird nicht leicht zu erreichen sein, zumal Israel in beiden Parteien über eine starke Lobby verfügt.¹² Ex-Präsident Carter meinte anlässlich des Erscheinens seines Buches „Palestine, Peace not Apartheid“: Es würde für Mitglieder des Kongresses fast politischen Selbstmord bedeuten, wenn sie eine ausbalancierte Position zwischen Israel und Palästina einnehmen und vorschlagen würden, dass Israel das Völkerrecht befolgen müsse oder sie sich für Gerechtigkeit und für die Menschenrechte der Palästinenser einsetzen sollten. Wenn allerdings eine zu-

¹² Uri Avnery, der den Baker-Bericht sehr positiv bewertete, ist da skeptisch. Er verweist darauf, dass seit 1967 bereits mehrere Außenminister Pläne vorgelegt hatten, um den arabisch-israelischen Konflikt auch unter Berücksichtigung arabischer Interessen beizulegen, wie z.B. den Rogers-Plan in den frühen siebziger Jahren, der die Rückkehr in die Grenzen von 1967 mit unwesentlichen Änderungen vorsah. Diese und auch andere ähnliche Initiativen seien am Widerstand der pro-israelischen Lobby in den USA gescheitert. Uri Avnery sieht darin eine Bestätigung der Ansicht der Professoren John Mearsheimer und Stephen Walt, die Anfang 2006 für große Aufregung sorgte, nach der es immer die israelischen Interessen seien, die sich bei einem Konflikt mit den amerikanischen durchsetzen. „Kein Präsident will sich mit der Regierung Israels anlegen, wenn er wieder gewählt werden will oder - wie Bush jetzt - seine Amtsdauer mit Würde beenden will und die Präsidentschaft einem anderen Mitglied seiner Partei übergeben möchte. Ein Senator oder Kongressabgeordneter, der einen Standpunkt einnimmt, den die israelische Botschaft nicht liebt, begeht Harakiri à la Washington.“ Und das träfe auch für die Demokratische Partei zu, die jetzt die Mehrheit in beiden Häusern hat.

künftig veränderte USA-Politik es ermöglichen würde, für die Regelung des Nahostproblems einen neuen Anlauf zu nehmen, so wäre das im Interesse aller Völker der Region, auch des israelischen, nur zu begrüßen. Doch wir müssen uns über Folgendes im Klaren sein: Auch wenn sich bei bisherigen Anläufen zur Regelung bereits in Umrissen das „Wie“ einer Lösung abzeichnete, so ist doch die Lage im Vergleich zur Situation Anfang der neunziger Jahre viel komplizierter und schwieriger geworden.

So hat sich im Vergleich zu den Jahren vor der Madrider Konferenz das internationale Kräfteverhältnis entscheidend verändert. Damals stellten die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten ein starkes Gewicht zu Gunsten der arabischen Seite dar. Die Sicherheitsratsbeschlüsse 242 und 338 kamen unter den Bedingungen eines internationalen Kräfteverhältnisses zustande, das heute nicht mehr existiert. Hoffnungen der Araber, dass Europa ein nutzbares Gegengewicht zu den USA bilden könnte, haben sich nicht erfüllt und werden sich wohl auch nicht erfüllen. Dazu kommen folgende Umstände:

Erstens: Die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland, seit 1993 mit besonderer Intensität betrieben, hat faktisch die territoriale Integrität des Westjordanlandes zerstört. Sie hatte ja geradezu das Ziel, eine nicht rückgängig zu machende Situation zu schaffen. Die Anwendung des Prinzips „Land für Frieden“ würde die Rückgängigmachung eines Großteils dieser Siedlungen erfordern. Jede israelische Regierung, die diese Siedlungen aufgibt, würde außerordentlich starken inneren Widerstand hervorrufen.¹³

Zweitens: Seit Anfang der neunziger Jahre haben in fast allen arabischen Staaten politische Bewegungen eine Massenbasis gewonnen, die ihre politischen Ziele auf der Grundlage des Islam formulieren; säkulare nationalistische Bewegungen haben einen großen Einfluss-Schwund erfahren. Mit dem Wahlsieg der Hamas hatte diese Entwicklung auch Palästina erreicht. Damit einher geht eine sich in den letzten Jahren verstärkende Tendenz, wie in den Frühzeiten der PLO, bewaffnete Aktionen gegen Israel als Erfolg versprechend für die Erreichung der Ziele der Palästinenser zu sehen.

Diese Tendenz wurde durch den erfolgreichen Widerstand der Hisbollah gegen den israelischen Angriff 2006 genährt: „Das Einzige, was wir tun müssen, um im israelisch-palästinensischen Kampf etwas zu bewegen, ist, die Hisbollah in Gaza zu klonen“, meinte ein palästinensischer Politiker. Auch in Israel haben orthodoxe jüdische Bewegungen und Parteien, die sich vor allem in der Siedlerbewegung konzentrieren, größeren politischen Einfluss gewonnen. Zwischen solchen religiös motivierten Kräften ist ein politischer Kompromiss viel schwerer zu erreichen, denken wir nur an die Jerusalemfrage, wo es um die Heiligtümer von drei Weltreligionen geht. Es ist schwieriger, aber es geht - und es ist

¹³ 1992 gab es bereits 101.100 Siedler in der Westbank. Heute gibt es in den besetzten Gebieten ca. 380.000 Siedler. Sie kontrollieren 60 % des Westjordanlandes.

letztlich unumgänglich. So ist die Hamas-Regierung, die von Israel und dem gesamten Westen boykottiert wird, durchaus bereit, die Anerkennung der Existenz Israels in Erwägung zu ziehen, wenn Israel endlich die besetzten Gebiete räumt.

Das Problem besteht aber darin, dass weder die USA noch die EU-Staaten bisher bereit sind, mit den Islamisten überhaupt zu verhandeln. Eine solche unrealistische und kontraproduktive Politik hat aber nur dazu geführt, dass jene Kräfte an Zulauf gewinnen, die, wie der iranische Präsident Ahmadinedschad, die Existenz Israels und die Zwei-Staaten-Lösung für Palästina ablehnen.¹⁴ Im zukünftigen Verhalten zur Hamas, die als Wahlsieger in der neuen Regierung stark vertreten ist, scheint auch eines der schwierigsten Probleme zu liegen, denn westliche Politik hat sich bisher außerstande gesehen, gegenüber diesen Kräften der arabischen Welt eine Strategie friedlichen Zusammenlebens zu entwickeln.

Drittens: Zweifellos hängt die Lösung des Palästina-Problems in erster Linie davon ab, dass die direkt Beteiligten zu einer friedlichen Verständigung gelangen. Obwohl es in beiden Ländern Mehrheiten für die Zwei-Staaten-Lösung und das friedliche Zusammenleben der beiden Völker auf dieser Grundlage gibt, so hat doch die immer wieder ansteigende Eskalation der Gewalt sowohl bei den Palästinensern als auch bei den Israelis zu einer enormen Skepsis hinsichtlich der Erreichbarkeit einer solchen Lösung und zu Existenzängsten wegen des Verhaltens der jeweils gegnerischen Seite geführt. Die israelischen Bürger - die Shoah vor Augen - fürchten trotz aller militärischen Übermacht angesichts der terroristischen Selbstmordattentate um die Existenz Israels, die Palästinenser sehen in der Siedlungspolitik und der Besatzergewalt eine Fortsetzung der Nakba von 1948¹⁵.

Es wird Zeit brauchen, um, beginnend mit einer Deeskalation der Gewalt, wieder zu einem Prozess der Vertrauensbildung zu kommen. Doch Beendigung der Gewalt und Vertrauensbildung werden nur möglich, wenn die Lebenslage der Palästinenser verbessert und durch politische Fakten die Verwirklichung eines lebensfähigen palästinensischen Staates für die Palästinenser sichtbar wird. Aber gerade das könnte durch ein Verhalten des sog. Quartetts gefördert werden, wenn es konsequent auf die Erfüllung der eingangs von mir erläuterten Sicherheitsratsresolutionen drängen würde. Ein solches Signal ging von der Berliner Tagung nicht aus.

¹⁴ Der weltbekannte amerikanische Sprachwissenschaftler Noam Chomsky, einer der schärfsten Kritiker der USA-Politik, schätzte in einem Interview Anfang Januar ein: „Das grundlegende Faktum ist, dass US und Israel auf ihrem unilateralen Ablehnungsverhalten bestehen, damit fortfahren, den breit gefächerten internationalen Konsens hinsichtlich der Zwei-Staaten-Theorie zu unterminieren, wie sie es schon seit 30 Jahren tun, abgesehen von seltenen und sehr knapp gehaltenen Ausnahmen.“ Quelle: ZNet Deutschland 06.01.2007; www.zmag.de; Original: www.heidtmann-kripgans.de

¹⁵ Etwa 750.000 Palästinenser wurden damals aus Gebieten vertrieben.

Meine Betrachtung sollte zeigen, warum unter unterschiedlichen internationalen Bedingungen bis heute der Nahostkonflikt nicht gelöst werden konnte. Dafür gab es immer sehr konkrete Interessen, Gründe und Ambitionen für das politische Handeln der Akteure. Das heißt nicht, dass der Konflikt nicht lösbar sei. Interessen und Ambitionen sind politisch beeinfluss- und veränderbar.

Ich möchte die Frage nach der Lösbarkeit des Nahostkonflikts folgendermaßen beantworten: Um ein weiteres Abgleiten der Region in eine Katastrophe zu verhindern und die vom ehemaligen UNO-Generalsekretär geforderte „neue und energische Anstrengung für den Frieden“ zu erbringen, muss verantwortliche Politik von der Lösbarkeit des Nahostkonflikts ausgehen. Die völkerrechtlichen Grundlagen dafür sind vorhanden. Alle Beteiligten sollten sich von diesen leiten lassen und auf dieser Basis ohne Vorbedingungen miteinander reden.

Wenn Sie wissen wollen, ob in der Tat ein Prozess in Gang gesetzt werden kann, der zu einer Lösung des Nahostkonflikts führt, so besagen allgemeine hoffnungsvolle Erklärungen der politisch Agierenden, die schon oft zu Enttäuschungen führten, wenig. Entscheidend sind der konkrete Inhalt und die Umsetzung der Erklärungen durch Taten.

Wenn also eine israelische Regierung erklärt, Israel ist bereit, sich auf die „grüne Linie“ vom 4. Juni 1967 zurückzuziehen, d.h. die Waffenstillstandslinien von 1949 zur israelischen Grenze zu machen - gewisse Änderungen könnten mit der palästinensischen Seite vereinbart werden - und einen lebensfähigen palästinensischen Staat zu ermöglichen und das durch Taten bestätigt, wie z.B. den Abbau von Siedlungen, dann gerät die Lösung in Sicht.

Wenn sich also die palästinensische Seite, einschließlich Hamas, bereit erklärt, alle Gewaltaktionen einzustellen, falls sich Israel zurückzieht, und Israel in den Grenzen von 1967 zu respektieren und schließlich auch anzuerkennen, dann ist eine Lösung nicht mehr fern.

Wenn die USA und die Europäische Union die von mir erläuterten UNO-Resolutionen zur wirklichen Richtschnur ihres Handelns machen und aufhören, bei der Durchsetzung von UNO-Resolutionen im Nahen Osten zweierlei Maß anzuwenden, dann wären die Bedingungen für eine Lösung günstig.

*Vortrag im Verband für Internationale Politik und
Völkerrecht e.V., Berlin, 07. März 07*

Heinz-Dieter Winter

„Hamastan“ – und wie weiter?

Mitte Juni hatte die islamistische Hamas die Macht im Gazastreifen übernommen. Der seit 1948 territorial vom Westjordanland getrennte Gazastreifen ist nun politisch eigenständig, während die säkulare Fatah das Westjordanland kontrolliert. Wie lange? Im Nahen Osten spricht man inzwischen schon von „Hamastan“.

Diese Spaltung der Palästinenser ist zutiefst schmerzlich und dramatisch. Eine Regelung der Palästinafrage auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung ist damit weiter entfernt denn je. Die Verantwortung für diese katastrophale Entwicklung tragen nicht nur die Führungen der beiden palästinensischen Parteien, die offenbar ihre gewalttätigen Radikalen nicht im Griff haben und sich außerstande sehen, sich auf eine völkerrechtlich akzeptierte und international unterstützte Form des Kampfes für die nationalen Rechte der Palästinenser zu verständigen.

Verantwortlich ist auch Israel durch seine fortgesetzte Politik der Inbesitznahme palästinensischen Territoriums und der Bantustanisierung des Westjordanlandes mit einer sich ständig verschlechternden Lebenslage der Palästinenser. Schuld ist auch die internationale Gemeinschaft, die diese Entwicklung zuließ und sogar förderte. Die Welt habe Palästina „begraben“, meint der Nahostexperte der „Le Monde diplomatique“, Alain Gresh.

In Israel und in den USA wurde das Ende der palästinensischen Regierung der nationalen Einheit unverkennbar mit Befriedigung gesehen, entsprach sie doch eigenen Plänen. Auf dem Gipfeltreffen mit dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, dem ägyptischen Präsidenten, Hosni Mubarak, und dem jordanischen König Abdallah in Sharm el-Sheikh Ende Juni sah der israelische Ministerpräsident Olmert nun Möglichkeiten, die die sog. Road Map¹⁶ mit dem in ihr enthaltenen Ziel eines eigenen palästinensischen Staates in die Tat umzusetzen. Er erklärte sich zur Zusammenarbeit mit der neuen von Präsident Abbas eingesetzten Notstandsregierung bereit, sagte Wirtschaftskooperation, die fortlaufende Übermittlung der einbehaltenen Steuergelder und die Freilassung von 250 Fatah-Gefangenen zu.

Der palästinensischen Bevölkerung des Westjordanlandes wurde mehr Bewegungsfreiheit und ökonomischer Wohlstand zugesagt. Olmert erklärte, dass die Bewohner von Judäa und Samaria - er benutzte wie immer für das Westjordanland die jüdischen Namen, die den Anspruch auf dieses Gebiet bein-

¹⁶ Im April 2003 vom sog. Nahostquartett - USA, Russland, Europäische Union, UNO - vorgelegter Plan zur Schaffung eines palästinensischen Staates bis zum Jahr 2005

halten - spüren sollen, dass die Wahl eines Weges, der nicht aus Terror und Gewalt besteht, sondern vielmehr ein Weg des Dialogs und Friedens ist, neue politische Möglichkeiten eröffnet und zu einem besseren Leben führen würde.

Nichts dergleichen für den von der Hamas verwalteten Gazastreifen. Olmert erklärte sich lediglich bereit, auf Ersuchen von Präsident Abbas Versorgungsleistungen zur Vermeidung einer humanitären Katastrophe aufrechtzuerhalten. Und das alles, weil die von Abbas eingesetzte Notstandsregierung keine Vertreter der demokratisch gewählten Hamas enthält. Diese wird von Israel wegen ihres gewaltsamen Widerstandes gegen die israelische Okkupation als Terroristenorganisation bekämpft. Die Unterstützung Israels für Präsident Abbas ist an die Bedingung geknüpft, dass er und die Fatah den Konfrontationskurs gegen die Hamas beibehalten.

Diese Linie entspricht der USA-Nahoststrategie und wird leider auch von der Europäischen Union unterstützt. Schon beim zweiten Treffen Olmerts mit Palästinenserpräsident Abbas am 16. Juli wurde deutlich, dass die israelische Seite nicht beabsichtigt, über die Lösung der Kernfragen des Konflikts zu sprechen.

Israel hatte auch zu einer Zeit, als die Fatah allein das Sagen hatte und Hamas nicht in der Regierung war, Verhandlungen, die die Erfüllung der völkerrechtlich legitimierten Forderungen der Palästinenser nach Rückzug Israels auf die 1967er Grenzen und Bildung eines lebensfähigen palästinensischen Staates mit der Hauptstadt Ostjerusalem beinhalten, abgelehnt oder nur zum Schein geführt. Stattdessen wurde durch fortgesetzte Siedlungstätigkeit und Mauerbau die territoriale Integrität des Westjordanlandes zerstört. Die israelische Absicht, große Teile des Westjordanlandes mit den israelischen Siedlungen dem Staatsgebiet Israels einzuverleiben, wurde niemals verheimlicht.

Mit der Hamas-Regierung und der durch den Kompromiss von Mekka vom Februar angesichts der Bürgerkriegsgefahr zustande gekommenen Regierung der nationalen Einheit aus Hamas und Fatah wurden Kontakte kategorisch abgelehnt. Der Boykott durch Israel, die USA und die Europäische Union wurde beibehalten.

Der israelische Friedensaktivist Uri Avnery hatte nach der Bildung der Regierung der nationalen Einheit erklärt, dass diese „ein großer Segen für Israel“ sei, könne doch Israel nun mit einer Regierung verhandeln, die die Interessen des gesamten palästinensischen Volkes vertrete, um dem historischen Konflikt ein Ende zu setzen. Dafür bot das Regierungsprogramm dieser Regierung eine ausreichende Grundlage. Die Hamas ist zwar nicht bereit, zum gegenwärtigen Zeitpunkt Israel anzuerkennen, aber sie verpflichtete sich zum Respekt aller bisherigen mit Israel abgeschlossenen Vereinbarungen und ist ausdrücklich einverstanden mit der Gründung des palästinensischen Staates in den Grenzen von

1967. Dass diese historische Chance nicht genutzt wurde, daran ist auch das Nahostquartett schuld.

Das wird aus dem vom britischen „Guardian“ vom 13. Juni öffentlich gemachten vertraulichen Bericht des peruanischen Diplomaten Alvaro de Soto, der als stellvertretender Generalsekretär der UNO den Generalsekretär im Nahostquartett vertrat, deutlich. Dieser hatte im Mai dieses Jahres seine Mission zutiefst enttäuscht beendet. Er hielt die vom Quartett in Übereinstimmung mit Israel verfolgte Politik der Einstellung der Hilfe und des Boykotts der Hamas-Regierung und der Regierung der nationalen Einheit für kontraproduktiv und „extrem kurzsichtig“. Das führte zu „verheerenden Konsequenzen“ und habe nur dazu gedient, die Gefühle der Palästinenser zu radikalisieren und ein institutionelles Chaos zu schaffen, das die radikalen Elemente stärkte. Er bedauerte zutiefst, dass die UNO mit ihrer Teilnahme am Quartett zu einer Art Mittäter einer Politik wurde, die nicht in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Resolutionen der UNO steht. Die USA hätten auch nach der Vereinbarung von Mekka auf eine gewaltsame Konfrontation zwischen Fatah und Hamas hingewirkt. „Mir gefällt diese Gewalt“, habe der USA-Gesandte im Quartett auf einer Sitzung in Washington geäußert, weil sie zeige, dass Palästinenser der Hamas Widerstand leisten.

Die Hoffnungen, dass das Quartett den Weg zu einem lebensfähigen palästinensischen Staat bahnen könnte, sind kaum noch vorhanden. Charakteristisch dafür ist, dass die von USA-Präsident Bush betriebene Berufung des zurückgetretenen britischen Premierministers Tony Blair zum Sonderbotschafter des Nahostquartetts - angesichts der fast bedingungslosen Unterstützung der Nahostpolitik der USA, der Beteiligung Großbritanniens am Irak-Krieg, der faktischen Unterstützung des israelischen Krieges gegen Libanon und der Ablehnung der Regierungsbeteiligung der Hamas in der arabischen Welt - vorwiegend skeptisch und ablehnend aufgenommen wurde. Einer der bekanntesten arabischen Kommentatoren, Rami G. Khoury, schrieb am 27. Juni im libanesischen Daily Star: „Tony Blair zum Sondergesandten für den arabisch-israelischen Frieden zu ernennen, das ist wie Nero zum Feuerwehrhauptmann von Rom zu ernennen.“

Die dramatische Verschlechterung der Lage im Nahen Osten ist auch Ergebnis einer verfehlten Politik des Westens. Die Palästinafrage wurde dem „Krieg gegen den Terror“ untergeordnet und für diesen instrumentalisiert. Den USA geht es vor allem darum, mit den „Gemäßigten“ in der arabischen Welt, mit Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien und mit Palästinenserpräsident Abbas und seinen Gefolgsleuten, eine gemeinsame Front gegen die „Radikalen“, gegen Iran, Syrien, Hizbollah in Libanon und Hamas, aufzubauen, was weitere chaotische Entwicklungen in der Region zur Folge haben dürfte. Der Westen hat mit dem von den Washingtoner Neokonservativen inszenierten „Krieg gegen den Terror“, durch die Kriege in Afghanistan und Irak die Ursachen für Terrorismus

verstärkt. Es wurde keine Strategie entwickelt, um die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für Terrorismus zu reduzieren. Nun sorgen „Hamastan“ und die Lage im Libanon für neuen Zündstoff.

Eine friedliche Regelung der Palästinafrage durch eine Zwei-Staaten-Lösung ohne die Einbeziehung oder gar gegen den Widerstand einer islamistischen politischen Bewegung, die Interessensvertreter eines großen Teiles der Palästinenser ist - die Wahlen vom Januar 2006 ergaben für die Hamas eine Mehrheit -, kann es überhaupt nicht geben.

Worin könnte und müsste der Ausweg aus der gegenwärtigen dramatischen Situation bestehen?

Die Hamas-Führung und die Fatah von Präsident Abbas nehmen den Dialog wieder auf. Der ehemalige Ministerpräsident Haniyeh von der Hamas hat Bereitschaft dazu erklärt. Präsident Abbas wäre gut beraten, einem solchen Dialog zuzustimmen. Schon heute sehen ihn viele Palästinenser als Kollaborateur der ihn hofierenden USA und Israels. Ägypten und Jordanien, die in der Tat ein islamistisches „Hamastan“ fürchten, sind im Gegensatz zu USA-Erwartungen wegen der eigenen starken islamistischen Opposition eher geneigt, Präsident Abbas zu diesem Dialog zu ermutigen. Saudi-Arabien tut dies ohnehin, um den Kompromiss von Mekka zu bewahren.

Eine wiederhergestellte Regierung der nationalen Einheit wäre Partner für einen Friedensprozess. Verhandlungen mit Israel könnten auf der Grundlage des Arabischen Friedensplanes der Konferenz von Fez vom März 2007 stattfinden. Anliegen des Nahostquartetts sollte es sein, den Dialog zur Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung und Verhandlungen auf der Grundlage des arabischen Friedensplanes zu fördern.

Das würde aber erfordern, dass das Quartett auch von Israel die Einhaltung der in der Road Map enthaltenen Verpflichtungen, wie die Beendigung der Siedlungspolitik, einfordert. Über die Festlegungen der Road Map hinaus müsste das Quartett den Rückzug Israels auf die Grenzen vom 4. Juni 1967 und die Bildung eines lebensfähigen Staates mit der Hauptstadt Ostjerusalem in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit stellen. Das wäre die Alternative zu „Hamastan“ und ein durch israelische Besetzung in mehrere Teile zersplittertes „Fatahstan“.

Die Frage ist nur, ob und wann es gelingt, eine solche Orientierung des Nahostquartetts, das nach de Soto eher die Bezeichnung „Gruppe von USA-Freunden“ verdient, gegen den Willen der USA durchzusetzen oder ob die USA ihren gegenwärtigen Nahostkurs ändern.

In: „Leipzigs Neue“, 27. Juli 2007

Die aktuelle Situation in der Nah- und Mittelostregion und die Politik der Bush-Administration im Lichte ihrer deklarierten Strategie-Änderung

Alle hier im Saal eint sicherlich die Überzeugung, dass es mehr als an der Zeit ist, den Nahostkonflikt - und insbesondere dessen Kernstück, die Palästina-Frage - endlich friedlich und dauerhaft zu regeln und somit auch die nunmehr bereits seit 1967 andauernde israelische Okkupation palästinensischer und anderer arabischer Territorien zu beenden.

Dies gilt noch umso mehr, als sich die Brisanz in der Region insgesamt durch den Irak-Krieg der Bush-Administration, den Libanon-Krieg der Olmert-Regierung und die Latenz eines Waffengangs gegen Iran noch weiter verschärft hat. Zugenommen hat ebenso die Interdependenz aller dieser Konfliktlagen. Es besteht nicht nur die Gefahr eines regionalen Flächenbrandes. Auch die Zukunftsperspektiven dieser unserer Nachbarregion mit ihren gegenwärtig rund 250 Millionen Einwohnern, davon rund 60 Prozent im jugendlichen Alter, werden nachhaltig davon beeinflusst.

Ohne eine umfassende, tragfähige Konfliktregelung wird diese Region immer weiter in den Abgrund gezogen, sind die hier infolge kolonialen Erbes und neokolonialer Abhängigkeit gegebenen, teilweise äußerst gravierenden, sozioökonomischen und strukturellen Blockaden nicht zu überwinden, werden die Ungleichmäßigkeiten im Entwicklungsniveau der einzelnen Länder noch weiter zunehmen.¹⁷ Einerseits zu den größten Waffenarsenalen in der Welt zählend, vergrößern sich andererseits - noch verstärkt durch die Globalisierung - im internationalen Vergleich beständig die Abstände bei den ökonomischen und sozialen Entwicklungsindikatoren.¹⁸

¹⁷ So klafft eine große Schere zwischen einzelnen Ländern beziehungsweise Ländergruppen sowohl hinsichtlich ihres natürlichen Ressourcenreichtums als auch der Verfügbarkeit von Kapital und Arbeit. Während beispielsweise Katar über ein BIP von 57.300 US\$ verfügt, sind es bei Jemen lediglich 550 US\$ und in den Palästina-Gebieten mit 951 US\$ nicht allzu viel mehr (Zahlen von 2005). Auch die politischen Systeme sind äußerst unterschiedlich; die Spannweite reicht von Monarchien (GCC-Staaten, Jordanien), teilweise theokratisch ausgerichtet (Saudi-Arabien), über säkulare autoritäre Präsidialregime (Ägypten, Syrien), konfessionalistisch geprägte Ordnungen (Libanon) und Demokratien (Israel) bis zu theokratischen Republiken (Iran).

¹⁸ Die Integration der Länder der Region in die Welthandelsmärkte befindet sich mit unter 5 Prozent auf marginalstem Niveau. Damit gehört diese Region zu den am wenigsten integrierten der Welt. Nahezu zwei Drittel aller Exporte beschränken sich auf Rohstoffe – in erster Linie Kohlenwasserstoffe, Chemikalien und andere Primärprodukte. Allein die Hälfte aller

Die stetig steigende Rüstungsspirale bindet nicht nur erhebliche finanzielle Mittel, die anderswo, vor allem im Bildungs- und Ausbildungsbereich für die so große Zahl Jugendlicher, dringend benötigt würden. Sie schürt auch fortwährend neue Rivalitäten um immer schlagkräftigere Waffensysteme. Da dieser Gordische Knoten von Krieg und Gewalt, wie gerade jüngste Erfahrung wieder bestätigt, mit militärischen Mitteln nicht zu durchschlagen ist, bleibt als einzig vernünftige Alternative nur die politische Lösung - und zwar unter Einbeziehung aller Beteiligten in der Region und bei internationalem Monitoring in Gestalt einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz.

Wie real nun aber die Chancen für eine solche Konferenz sind, hängt sehr wesentlich von den USA ab. Zum einen sind sie selbst Kriegspartei im Irak-Konflikt und wären nur sie in der Lage, Iran zum Zwecke seines Einlenkens im Atomstreit die erforderlichen Sicherheitsgarantien wie wirtschaftlichen Offerten zu unterbreiten. Zum anderen haben sie beim nahöstlichen Kernkonflikt den Schlüssel vor allem dafür in der Hand, den notwendigen Druck auf Israel auszuüben. Natürlich sind gegenseitige Verständigung und dauerhafter Frieden letztlich nur erreichbar, wenn die unmittelbaren Konfliktparteien dazu auch willens und fähig sind.

In Anbetracht der gegebenen Kräftekonstellationen aber ist dies, ohne Anstoß und förderliche Begleitung von außen, jedoch kaum zu erwarten. Ohne diesen äußeren Einfluss würde Israel weder seine Palästina-Politik ändern noch damit aufhören, immer neue *faits accomplis* zu eigenen Gunsten zu schaffen. „Nur dann“, so unterstreicht beispielsweise Jeff Halper¹⁹, Koordinator des *Israeli Committee Against House Demolitions* (ICAHD), „wenn die internationale Gemeinschaft sich für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina engagiert, (wird) Israel die erforderlichen Zugeständnisse machen.“

Kann nun aber gerade von der Bush-Administration der ernsthafte Wille zu einer umfassenden kollektiven politischen Konfliktlösungssuche in der Nah- und Mittelostregion erwartet werden? Vielleicht gerade wegen deren Desasters im Irak und der daraus resultierenden nachhaltigen Wirkungen auf die eigene Innenpolitik, insbesondere das zugunsten der oppositionellen Demokraten veränderte machtpolitische Kräfteverhältnis?

Um dieser Frage nachzugehen, sollen im Folgenden, wenn auch jeweils nur sehr konzis, hauptsächlich vier Aspekte angesprochen werden. Und zwar:

Nicht-Öl-Exporte entfallen auf Israel. Ein weiteres wesentliches Charakteristikum der Region im internationalen Vergleich besteht in der starken Abhängigkeit von Renteneinnahmen, vor allem aus Rohstoffverkäufen, Transferzahlungen, Finanz- und Militärhilfen sowie Gastarbeiterrücküberweisungen.

¹⁹ Jeff Halper war übrigens ein Kandidat für den Friedensnobelpreis 2006 gemeinsam mit dem palästinensischen Friedensaktivisten Ghassan Adoni.

- die von Bush unter dem Zwang der Ereignisse im Januar 2007 deklarierte Strategie-Änderung gegenüber Irak;
- der Zusammenhang zwischen US-strategischen Interessen in der Region und der Nah- und Mittelostpolitik der Bush-Administration;
- der neokonservative Einfluss auf diese Bush-Politik und die spezielle Rolle der Israel-Lobby sowie
- die seit Anfang 2007 von US-Außenministerin Condoleezza Rice betriebene Reise-Diplomatie.

Zur von Bush unter dem Zwang der Ereignisse im Januar 2007 deklarierten Strategie-Änderung gegenüber Irak

Dieser völkerrechtswidrige Krieg gegen Irak, von seinen Urhebern gedacht als erste Stufe eines größeren Plans zur Neuordnung der Region im Wege eines demokratischen Dominoeffekts, hat nicht nur das Nation und State Building des Irak zutiefst erschüttert. Überdies ist er zum Katalysator weiterer Konfliktlinien geworden - mit bislang noch gar nicht allen absehbaren Folgen. So hat das saudisch-iranische Verhältnis sichtlich an Spannungen zugenommen. Saudi-Arabien, dessen wahhabitische Staatsdoktrin dem Schiismus, der staatstragenden islamischen Richtung im Iran, generell feindlich gegenübersteht, sieht sich, wie die Golfemirate, durch eine mögliche, auf Nuklearbesitz gestützte weitere Festigung der regionalen Vormachtstellung Irans bedroht.

Mit der Machtübernahme durch die schiitische Mehrheit im Irak hat sich die über die Jahrzehnte austarierte sunnitisch-schiitische Kräftebalance innerhalb der Golfregion eindeutig zugunsten der Schiiten verschoben. Die von Iran unterstützte Hizbullah und insbesondere deren Generalsekretär Nasrallah sind zu einem Symbol erfolgreichen Widerstandes gegen Fremdherrschaft und Unterdrückung geworden.²⁰

Aber nicht nur Saudi-Arabien fühlt sich herausgefordert. Auch sunnitische Extremisten sehen sich dadurch in ihrem Ansinnen gestärkt, nicht nur die US- und anderen ausländischen Truppen aus dem Land zu verjagen, sondern ebenso diese Kräfteverschiebung wieder rückgängig zu machen. Und alle hehren Postulate von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, die den Krieg gemäß der „Forward Strategy for Freedom“ propagandistisch begleitet haben, sind wie Seifenblasen in der Luft zerstoßen. Der Verfall der Staatsgewalt im Irak schreitet so rapide voran, dass diese sich nicht einmal mehr in der Hauptstadt gegen die verschiedenen Aufständischen²¹ behaupten kann. Mittels der von den USA initiiert-

²⁰ Manch einer stellt sogar schon Vergleiche zwischen ihm und Gamal Abdel Nasser an, dem legendären Führer der arabischen nationalen Befreiungsbewegung in den 1950er/60er Jahren.

²¹ Milizen, Terrororganisationen und andere Verbrecherbanden

ten Verfassung ist Irak zu einer Art Autonomien-Staat mutiert, fragmentiert nach religiöser beziehungsweise ethnischer Provenienz. Die Sunniten sehen sich in Kollektivhaftung für das gestürzte Baath-Regime und für Saddam Hussein. Angesichts der immer katastrophaleren Sicherheitslage bangt die Mehrheit der Iraker heute um ihre nackte Existenz und ihr täglich Brot. Sie wünscht sich nichts sehnlicher als Stabilität und Sicherheit und das Ende von Okkupation und Fremdbestimmung.

Trotz gewaltiger Militärmaschinerie ist der Krieg für die USA offenkundig nicht zu gewinnen, auch wenn der US-Präsident dies anscheinend immer noch nicht wahrhaben will. Nimmt man dazu noch die Schlappe Israels im jüngsten Libanon-Krieg, so ist beinahe schon als symptomatisch anzusehen: Unter den Bedingungen einer asymmetrischen Kriegführung kann eine noch so hoch gerüstete Armee nicht dadurch siegen, dass in großem Stile Infrastruktur zerstört wird. Nicht nur Israels Nimbus der Unbesiegbarkeit ist ernsthaft in Zweifel gezogen, auch das Ansehen der USA hat im Ergebnis des Irak-Krieges schwersten Schaden genommen. Noch nie wohl in der neueren Geschichte gab es unter den Bevölkerungen der Region derartige antiamerikanische Aversionen wie derzeit. Pax Americana wird mehr denn je mit Krieg und Zerstörung, mit Großmachtgelüsten und Werteverfall identifiziert.

Harscheste Bush-Kritiker in den USA, darunter Zbigniew Brzezinski²², bezeichnen deshalb nicht zufällig diesen Krieg als das wahrscheinlich größte außenpolitische Desaster in der amerikanischen Geschichte²³. So genannte *declinists*, die nach dem Untergang der Supermacht Sowjetunion vom nachfolgenden Niedergang auch der USA als Weltmacht ausgehen, scheinen mit ihrer Hypothese nicht ganz unrecht zu haben.²⁴ Auch der renommierte Soziologe Joseph Nye jr. sah sich angesichts dieses Debakels veranlasst, darüber nachzudenken, wie die USA stattdessen in der Weltpolitik erfolgreich sein können. Sein Rezept ist die so genannte *soft power* (im Gegensatz zur *hard power*). Damit sei es eher möglich, Menschen und Nationen zur Unterstützung der eigenen Politik zu gewinnen und gleichzeitig dem Terrorismus den Boden zu entziehen.²⁵ Richard N. Haass²⁶, ehemals für den Nahen Osten zuständiger Sicherheitsberater von Bush

²² Sicherheitsberater von US-Präsident James Carter und heutiger Treuhänder des *Centre for Strategic and International Studies (CSIS)* in Washington D.C.

²³ Vgl. Die Zeit (Hamburg), 11. Januar 2007

²⁴ So auch Emmanuel Todd, der in seinem 2003 in München erschienenen Buch „Weltmacht USA – Ein Nachruf“ die These zu begründen sucht, wonach sich die zu Zeiten des Kalten Krieges für die USA gegebene wirtschaftliche und ideologische Dominanz über den nicht-kommunistischen Teil der Welt nach dessen Beendigung sukzessive abschwächen und im Falle einer unberechenbaren und destabilisierenden Außenpolitik noch umso schneller schwinden werde.

²⁵ Joseph Nye jr., Das Paradox der amerikanischen Macht, 2003 und *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, 2004

²⁶ Vorsitzender des *Council on Foreign Relations*

sr., sieht mit der jetzigen Schlappe von Bush jr. im Irak das Ende der amerikanischen Ära im Nahen Osten eingeläutet, die - als „Ironie der Geschichte“ für ihn - mit dem Irak-Krieg dessen Vaters 1991 überhaupt erst begonnen habe.²⁷

Mit der von Ex-Außenminister James Baker gemeinsam mit dem Demokraten Lee Hamilton initiierten „Irak-Studiengruppe“ sollte also offenkundig die Reißleine vor dem gänzlichen Absturz, vor allem in der Innenpolitik, gezogen werden. In dem von ihr vorgelegten so genannten Baker-Hamilton-Report ist die große Sorge geäußert, dass es im Falle des Fortdauerns der Probleme im Irak zu einer verstärkten Polarisierung in den Vereinigten Staaten selbst kommen könnte. Immerhin missbilligten bereits 66 Prozent der Amerikaner die Kriegsführung der Regierung und mehr als 60 Prozent monierten das Fehlen eines klaren Plans für eine Aufwärtsentwicklung. Zugleich betont der Report die Notwendigkeit einer politischen Lösung und der Gesprächsbereitschaft ebenfalls mit Syrien und Iran. Wenn es kein politisches Agreement zwischen den Irakern über die Zukunft ihres Landes gäbe, so würden die US-Truppen weder die Gewalt stoppen noch eindämmen können.

Die als Reflex darauf von George W. Bush im Januar 2007 verkündete Strategie-Änderung - oder „Redirection“, wie es im Weißen Haus heißt - lässt indessen erkennen, dass er und seine die Richtlinien bestimmenden Strategen die eingetretene Niederlage auch fürderhin militärisch zu revidieren suchen. Ebenso bleibt die Einbindung von Syrien und Iran offensichtlich weiterhin noch ein striktes Tabuthema. In Konterkarierung des Baker-Hamilton-Reports verfügte der Präsident sogar noch eine zahlenmäßige Aufstockung der US-Truppen im Irak um 21.500 Personen, getreu dem Motto seines Vize Richard Cheney, wonach im Kampf gegen die Extremisten im Nahen Osten die freie Welt *nur* die Option der Offensive bis zur endgültigen Zerstörung des Feindes habe.

Die einzige einschneidende Konsequenz bildete anscheinend die Demission von Donald Rumsfeld vom Posten des Verteidigungsministers und statt seiner die Berufung des ebenfalls in der „Irak-Studiengruppe“ mitwirkenden Robert Gates. Insider vermeinen in diesem Schritt, der sicherlich nicht zufällig einen Tag nach dem Verlust der republikanischen Mehrheit im Kongress erfolgte, jenen politischen Preis zu sehen, den Bush unbedingt zu entrichten gezwungen war, um wenigstens die angestrebte republikanische Wiederwahl 2008 nicht völlig zu gefährden.

Sieht man einmal davon ab, dass es nun nicht mehr in erster Linie - wie noch 2003 - um die Vorwärtsstrategie für Demokratie und Freiheit geht, sondern um die verstärkte Zusammenarbeit mit den prowestlichen, sunnitischen Staaten gegen den so genannten schiitischen Halbmond, so ist also eine wirkliche Strategie-Änderung gegenüber Irak bislang erst einmal nicht in Sicht.

²⁷ Richard N. Haass, The New Middle East. In: www.foreignaffairs.org/2006

Zum Zusammenhang zwischen US-strategischen Interessen und der Nah- und Mittelostpolitik der Bush-Administration

Jegliche Politik der USA gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten ist stets nur im Kontext mit deren dortigen strategischen Interessen zu sehen.

Seit Eisenhowers Zeiten wird diese Region aufgrund ihres immensen Ressourcenreichtums und ihrer herausragenden geostrategischen Lage bekanntlich als „vitale Interessenssphäre“ der USA betrachtet. Immerhin lagern hier fast 65 Prozent der weltweiten Reserven an Erdöl und reichlich 45 Prozent an Gas. Die Region befindet sich an der Nahtstelle dreier Kontinente - Asien, Afrika und Europa - und am Schnittpunkt wichtiger Verbindungswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Ihre Märkte, vor allem das Waffengeschäft²⁸, erweisen sich als höchst profitabel. Ungeachtet aller Nuancierungen zwischen demokratisch oder republikanisch geführten Administrationen - und auch ungeachtet der Modifizierungen während des Kalten Krieges - hat die US-Politik gegenüber dieser Region bislang stets offensiven Charakter getragen und ist von ihrem Wesen seit jeher unilateralistisch ausgerichtet. Dies gilt natürlich nun noch umso mehr, da sich die USA als verbliebene einzige Superpower und damit militärische Ordnungsmacht zwangsläufig zur Führung der Geschicke der Welt berufen sehen.

„Amerikanische Führerschaft ist unerlässlich ... Wir sind die Nation, die die Zukunft gestalten kann ... Wir müssen sicherstellen, dass die Kontrolle über die Ölressourcen der Welt nicht in seine (Saddam Husseins) Hände fällt, ... Unsere Sache ist gerecht. Unsere Sache ist moralisch. Unsere Sache ist richtig.“ Alle diese Aussagen stammen nicht erst aus dem Munde des jetzigen US-Präsidenten, sondern mit ihnen suchte bereits Bush sr. 1991 nach dem Niedergang des Ost-Blocks seine Vision einer „Neuen Weltordnung“ zu begründen.

Als eine der entscheidenden Legitimationsressourcen dieses prononcierten Weltherrschafts- und Führungsanspruchs ist zweifellos der Militär-Industrie-Komplex anzusehen, der während der rund fünf Jahrzehnte des Kalten Krieges systematisch zu einem gigantischen Netzwerk angewachsen ist und seinerseits nach dem Fortbestand der bisherigen Ausnahmestellung strebt. Mohssen Massarat hat sich ihm deshalb nicht zufällig in seinem 2006 erschienenen Buch „Kapitalismus-Machtungleichheit-Nachhaltigkeit“ dezidiert gewidmet. Neben den Großkonzernen der Rüstungsindustrie²⁹ und den in deren Auftrag tätigen rund 85.000 privaten Subunternehmen sind zu ihm auch etliche Think Tanks³⁰ sowie verschiedene Forschungseinrichtungen bis hin zu Universitäten mit speziellem

²⁸ Der durchschnittliche Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt entsprechend SIPRI-Berichten aus dem Jahre 2006 mindestens mehr als doppelt so hoch wie der Weltdurchschnitt, und die dortigen Waffenarsenale gehören folglich ebenfalls zu den größten in der Welt.

²⁹ Darunter Boeing, Lockheed, Martin, Northrop Grumman, Raytheon und General Dynamics

³⁰ Wie z.B. Rand Corporation und Hoover Institution

Sponsoring durch das Pentagon zu zählen. Sie alle profitieren von den ständig steigenden Rüstungsausgaben³¹ und bedingen einander bis hin zur entsprechenden politischen Lobby.

Nicht zuletzt in diesem Kontext zu nennen sind gleichfalls die Interessen und Einflussnahmen der mächtigen Energieunternehmen auf die Politik. Beispielsweise erbat im März 2001 die Nationale Energiepolitik-Entwicklungsgruppe, auch als Cheney's Energy Task Force bezeichnet, in der die bedeutendsten US-amerikanischen Energieunternehmen vertreten sind, von der Administration, mittelöstliche Länder zur Öffnung von Bereichen ihres Energiesektors für ausländische Investitionen zu bewegen. Ziel dessen war, das Erdöl - wie bis in die 1970er Jahre, bevor die Nationalisierungen in Irak und anderen nahöstlichen Staaten erfolgten - wieder unter die Kontrolle der heutigen vier größten Konzerne (ExxonMobil, Chevron, Shell und BP) zu bringen.

Dass die irakischen Ölreserven dabei seit langem ganz oben auf der Wunschliste stehen, verriet bereits 1998 der Geschäftsführende Vorstand von Chevron: „Irak besitzt riesige Öl- und Gasreserven – Reserven, von denen ich gerne hätte, dass Chevron Zugriff auf sie hat.“³² Folglich nimmt es auch nicht wunder, dass die Bush-Administration nach Beginn des Irak-Krieges unverzüglich darauf gedrängt hat, ein Öl-Gesetz durchzubringen, welches sich an den Interessen der Ölgesellschaften zum Nachteil des Irak und dessen Wirtschaft orientiert.³³ Speziell der Militär-Industrie-Komplex wie auch die großen Energiekonzerne sind offensichtlich größte Nutznießer des gegenwärtigen Chaos und fehlender politischer Lösungen in der Region.

Zum neokonservativen Einfluss auf die Bush-Politik sowie zur speziellen Rolle der Israel-Lobby

Eine Zäsur in der Nah- und Mittelostpolitik der Bush-Administration bildet zweifellos der 11. September 2001. Die danach verabschiedete Anti-Terror-Strategie, bezeichnet auch als „Krieg gegen den Terror“, entsprach genau jenem strategischen Konzept, für das die neokonservative Denkschule schon Jahre zuvor heftig die Werbetrommel gerührt hatte. Anstelle ihres antikommunistischen Feindbildes aus den Zeiten des Kalten Krieges stand für sie nun die Gefahr des islamistischen Terrorismus an erster Stelle, mit der unheilvollen Konsequenz, dass sich Islamophobie und Arabophobie in der gesamten westlichen Welt seither wieder deutlich ausgeprägt haben. Insbesondere jene Neokonservativen, da-

³¹ Mohssen Massarat, Militärindustrieller Komplex, Hegemonialinteressen und programmiertes Chaos, in: Kapitalismus-Machtungleichheit-Nachhaltigkeit, Hamburg 2006

³² Zit. in Antonia Juhasz, Whose Oil is it, Anyway. www.nytimes.com/2007/03/13

³³ Manche verweisen in diesem Zusammenhang noch zusätzlich auf den Fakt, dass dieses Gesetz in Englisch entworfen und endverfasst worden und dann erst quasi für das „Abnicken“ durch irakisches Parlament und irakische Regierung ins Arabische übertragen worden sei.

runter Richard Cheney, Donald Rumsfeld und der inzwischen auch als Weltbank-Präsident in die Schlagzeilen geratene Paul Wolfowitz, die schon unter Bush sr. maßgeblichen Einfluss auf die Richtlinienkompetenz des Präsidenten ausgeübt haben, gewannen nach diesem 11. September bestimmenden Einfluss auch auf die Nah- und Mittelostpolitik der Bush-Administration.

Während der demokratischen Präsidentschaft von Clinton hatten sie sich in speziellen „Think Tanks“ zusammengesetzt, so dem hinlänglich bekannten *Project For The New American Century*. In dessen 1997 veröffentlichter Prinzipienklärung, die durchaus als Blaupause nachfolgender Politik angesehen werden kann, wurden als die vier unabdingbaren Erfordernisse US-amerikanischer Außen- und mithin Nah- und Mittelostpolitik im 21. Jahrhundert definiert: *Ersstens* eine wesentliche Erhöhung der Militärausgaben; *zweitens* die Stärkung der Bande zu Verbündeten und Brückierung jener Regime, die den US-Interessen und -Werten als zuwiderlaufend eingestuft werden; *drittens* Beförderung der (im US-amerikanischen Sinne verstandenen - d. Verf.) politischen und ökonomischen Freiheit überall in der Welt sowie *viertens* die Akzeptanz der unikalischen Rolle Amerikas bei der Gewährleistung einer internationalen Ordnung, die der eigenen Sicherheit und Prosperität sowie den eigenen Prinzipien entspricht.³⁴

Noch bevor Bush überhaupt Präsident geworden war, hatten die Neokonservativen bereits die Entscheidung zum Sturz von Saddam Hussein als auch anderer missliebiger Regime getroffen³⁵ - alle für den Irak-Krieg vorgebrachten Begründungen waren folglich bloße Farce. Strittig unter ihnen war lediglich noch die Reihenfolge, ob nun zuerst Afghanistan, dann Syrien, gefolgt von Iran und Irak, oder auch zuerst Irak. Also Iran und Syrien stünden demnach noch auf der neokonservativen Agenda.

Einen Grundpfeiler bei der Umsetzung dieses neokonservativen, auf eine gewaltsame Veränderung setzenden Konzepts gegenüber den benannten missliebigen, wenngleich unterschiedlich motivierten antiwestlichen Regimen bildet die strategische Partnerschaft USA-Israel. Auch wenn diese durchaus nicht neu ist. (Schon Ende 1981 war zwischen beiden Seiten mit ihrem *Memorandum of Understanding* eine solche strategische Kooperation vereinbart worden, damals allerdings mit dem erklärten Ziel, der gemeinsamen Abwehr sowjetischer Bedrohung.)

³⁴ Statement of Principles, in: www.newamericancentury.org. Zu den Trägern dieses Projekts gehören neben den drei bereits Genannten (in alphabetischer Reihenfolge) u.a. Elliot Abrams, Francis Fukuyama, Zalmay Khalizad, I. Lewis Libby, Norman Podhoretz (Herausgeber des „Commentary“).

³⁵ So hatten sie in zwei Offenen Briefen, unterzeichnet u. a. von Elliot Abrams, John Bolton, Douglas Feith, William Kristol, Bernard Lewis, Donald Rumsfeld, Richard Perle und Paul Wolfowitz, an Clinton dazu aufgerufen, Saddam Hussein von der Macht zu verdrängen.

Besonders enge Bande unterhalten die Neokonservativen zum rechtsgerichteten Likud. Im Verhältnis zu Israel wird von den Neokonservativen nicht nur bedingungslose Loyalität eingefordert. Mehr noch: In dem von ihnen postulierten „Krieg gegen den Terror“ wird zugleich noch eine mehr als dubiose strategische Interessenidentität zwischen beiden Ländern unterstellt. Israel und die USA seien verbunden in der gemeinsamen Bedrohung durch den Terrorismus. Auf diese Weise werden Hamas und Hizbullah - entgegen allen Realitäten - in den Rang einer globalen Bedrohung erhoben. Außerdem wird dadurch noch der israelisch-palästinensische Konflikt, ganz im Sinne der politischen Klasse Israels, vom Zentrum der Konfliktlage in der Region an die Peripherie verschoben, quasi zu einer Nebensächlichkeit.

In ihrer bedingungslosen Treuebekundung zu Israel treffen und verbünden sich Neokonservative mit christlichen Evangelikalen. In deren Verständnis wiederum würde die Existenz Israels auf dem gesamten Boden des historischen Palästina die Erfüllung biblischer Prophezeiung bedeuten und zugleich auch eine entscheidende Voraussetzung sein für die erwartete Wiederkehr ihres Messias. Da, wie bekannt, auch George W. Bush bekennender evangelikaler Christ ist, darf wohl nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass derartig krudes Gedankengut auch einen gewissen Eingang in die nahöstliche Politikbestimmung findet.

Neben dieser weit reichenden Unterstützung erfreut sich Israel in den USA zudem einer politisch einflussreichen und finanzkräftigen Lobby, insbesondere repräsentiert im *American Israel Public Affairs Committee (AIPAC)*, dem sowohl hochrangige Republikaner als auch Demokraten angehören³⁶. Die Effizienz dieser Lobby, vor allem auch des AIPAC, resultiert, nach Einschätzung US-amerikanischer Experten, aus deren Einfluss innerhalb des Kongresses wie auch bei Präsidentschaftswahlen (60 % der Wahlkampfausgaben bei den Demokraten sollen sich übrigens aus dieser Quelle speisen).³⁷ Dadurch stehe per se Israels Politik außerhalb jeglicher Kritik und erfreuten sich israelische Politiker bei ihren Auftritten in den USA stets größter Aufmerksamkeit, wie beispielsweise Ministerpräsident Olmert, als er im Mai 2006 vor dem Kongress seinen fragwürdigen *Convergence Plan* präsentierte und dafür wiederholt stehende Ovationen erntete.

³⁶ Der AIPAC - Amerikanisch-Israelischer Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten - wird als einflussreichste Institution der Israel-Lobby in den USA angesehen, dem mehr als 100.000 Mitglieder, vorwiegend aus Politik und Hochfinanz, angehören und zu denen z. B. von republikanischer Seite Bush jr. und Bush sr., Richard Cheney, Condoleezza Rice oder John Mc Cain sowie von demokratischer Seite Bill und Hillary Clinton, Nancy Pelosi oder John Kerry angehören. Von israelischer Seite sind in ihm gleichfalls zahlreiche Politiker, darunter in erster Linie Ministerpräsidenten, ob nun von Likud, Kadima oder MAI, vertreten.

³⁷ Vgl. dazu John Mearsheimer/Stephen Walt, *The Israel Lobby*, in: www.papers.ssrn.com/abstract=891198

Dank dieser Lobby wird Israel ein außergewöhnliches, unikales Maß an Unterstützung zuteil. Neben den jährlichen Zahlungen im Rahmen der US-Direkthilfe (seit 1973 jeweils 3 Mrd. US\$)³⁸, die fast ein Viertel der Gesamt-US-Auslandshilfe ausmachen, erhält es vielfältige weitere Vergünstigungen.³⁹ Einmalig ist schließlich auch die diplomatische Unterstützung im UN-Sicherheitsrat. Immerhin wurden seit Anfang der 1980er Jahre mehr als 30 eingebrachte Israel-kritische Resolutionen durch Veto der USA geblockt.⁴⁰

Von großer, wenngleich bislang nicht adäquat beachteter Tragweite ist die von Bush in seinem Brief vom 14. April 2004 an Sharon getroffene und von beiden Häusern des Kongresses gebilligte Feststellung, wonach es im Lichte der neuen Realitäten vor Ort, einschließlich der bereits bestehenden großen israelischen Bevölkerungszentren (gemeint sind die drei kapitalen, durch die Mauer bereits umzingelten illegalen Siedlungsblöcke), unrealistisch sei zu erwarten, dass das Ergebnis der Endstatus-Verhandlungen ein vollständiger, kompletter Rückzug auf die Waffenstillstandslinien von 1949 sein würde,⁴¹ also, auf die so genannte grüne Linie von 1967.

Damit wird im Interesse Israels Völkerrecht gebrochen; ihm wird einseitig durch die USA etwa ein Fünftel der Westbank zu seinem Staatsterritorium zugeschlagen. Überdies zeigt sich darin die ganze Diabolik der von der Bush-Administration 2002 eingebrachten UN-Sicherheitsratsresolution 1397 zur Zwei-Staaten-Lösung sowie der 2003 nachfolgenden Road Map. Kraft dieser gewaltigen Israel-Lobby haben folglich auch in der innenpolitischen Debatte Israel-kritische Positionen kaum eine Chance, Gehör zu finden, auch wenn es eine stetig wachsende Zahl von Gruppen gibt, die sich für das Ende der israelischen Okkupation und einen tragfähigen Interessenausgleich zwischen Israelis und Palästinensern stark zu machen versuchen. Nichtsdestoweniger sehen sie sich nicht selten äußerst scharfer Kritik bis hin zum Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt. Letzteres trifft insbesondere auf Stephen M. Walt und John Mearsheimer zu, die sich in wissenschaftlichen Untersuchungen kritisch mit diesem Phänomen der Israel-

³⁸ Im Zeitraum 1949 bis 2004 beliefen sich die von den USA an Israel bereitgestellten Finanzmittel auf die Gesamtsumme von 140 Mrd. US\$ (ohne Holocaust-Kompensationszahlungen und Spenden von jüdischen Gemeinschaften).

³⁹ So darf es rund ein Viertel der Hilfgelder zur Subventionierung seiner eigenen Verteidigungsindustrie verwenden. Ebenso braucht es keinen Nachweis über deren Verwendungszweck zu führen; solche Gelder können durchaus also auch in den illegalen Siedlungsbau fließen. Überdies werden zusätzliche Mrd. US\$ in Form von Kreditgarantien ausgereicht, israelische Kredite vor Insolvenz geschützt sowie jenen US-Bürgern, die für wohltätige Zwecke in Israel spenden, Steuererleichterungen gewährt.

⁴⁰ Darunter auch ein Antrag arabischer Staaten, Israels atomares Arsenal auf die Agenda der IAEA zu bringen Vgl. dazu John Mearsheimer/Stephen Walt, The Israel Lobby, in: www.papers.ssrn.com/abstract=891198

⁴¹ Letter from President Bush to Prime Minister Sharon, in: www.whitehouse.gov/news/releases/2004/04/20040414-3.html.

Lobby in den USA und der damit einhergehenden bedingungslosen Unterstützung für Israel auseinandersetzen.

Angesichts des massiven Gewichts dieser eng, teils sogar personell miteinander verwobenen pro-israelischen Klientel und deren vehementer Einflussnahme auf Politik, Medien und Öffentlichkeit ist es wohl als wenig wahrscheinlich anzusehen, dass Bush auch nur irgendwie geartete, von Israel nicht akzeptierte Schritte in der Palästina- und Nahostfrage zu unternehmen bereit wäre. Seine ohnehin schon unterhöhlte Machtstellung würde durch eine Kollision mit dieser Lobby noch zusätzlich beschädigt. So gesehen überlagern, wie von Walt/Mearsheimer konstatiert, israelische Interessen in der Tat nationale Interessen der USA.

Zur Reise-Diplomatie von US-Außenministerin Condoleezza Rice

Aber bewegt sich nun nicht doch etwas im Verhältnis der Bush-Administration zum israelisch-palästinensischen Konflikt und folgt sie wenigstens darin den Empfehlungen des Baker-Hamilton-Reports? Immerhin unterstreicht der Report den direkten Zusammenhang zwischen der Gewährleistung von Stabilität in der Region und der Regelung dieses Konflikts und orientiert auf die bisher ungelösten Essentials, wie die Bildung eines Palästina-Staates und Festlegung der Grenzen, die Siedlungsfrage, das Jerusalem-Problem und das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge. Zumindest, wenn man die von Condoleezza Rice seit Anfang 2007 praktizierte Shuttle-Diplomatie zwischen Ramallah und Jerusalem in Rechnung stellt, könnte der Eindruck entstehen, dass die bisherige Hinhaltetaktik möglicherweise doch aufgegeben werden sollte.

Interessant sind insbesondere diesbezügliche Bewertungen vor Ort. Denn ungeachtet bestimmter Nuancierungen überwiegt hier deutlich die Skepsis. So vermutet Uri Avnery darin gar nur ein rein taktisches Manöver. Und zwar, weil sich die USA damit der Unterstützung der arabischen Herrscher, vor allem Saudi-Arabiens und der Emirate, in einem möglichen Waffengang gegen Iran versichern wollten.

Gideon Levy - oder auch andere *Ha'aretz*-Journalisten - vermeinen in der Reisediplomatie von Außenministerin Rice sogar die schlechten Seiten des Reise-Drehbuchs ihres Vor-Vorgängers James Baker von 1988 zu erkennen: Bei Anreise wird in Richtung arabische Welt verkündet, dass die USA nun entschlossen seien, sich der Lösung des Palästina-Problems zuzuwenden. Und bei Rückreise geht es dann wieder vornehmlich um israelische Interessen und die Bekräftigung von Vorbedingungen an die palästinensische Seite. Uri Avnery hat dafür ein hübsches allegorisches Bild gezeichnet: Condoleezza Rice kommt als Leopardin, um Ehud Olmert ein für alle Mal beizubringen, wer der Boss ist - und reist als Miezekätzchen mit eingezogenem Schwanz wieder nach Hause. Nach Meinung von Seymour M. Hersh gehe es generell zum einen um die Un-

terscheidung zwischen dem, was öffentlich geschehe, und jenem, was „hinter den Kulissen“ - quasi in geheimer Mission - ablaufe. Zum anderen sei für ihn unbestritten, dass die Neokonservativen, namentlich Richard Cheney, Elliot Abrams und Zalmay Khalilzad, höchstpersönlich hinter dieser „Redirection“ stünden. Während Außenministerin Condoleezza Rice den öffentlichen Part zu vertreten habe, würden demgegenüber die Geheimoperationen im Büro Cheney angesiedelt sein⁴². Vertraut man den Einschätzungen des Stellvertretenden Hizbullah-Chefs, Scheich Naim Kasseem, so habe Cheney bereits Order für einen verdeckten Krieg gegen Hizbullah gegeben, u. zw. als Bestandteil eines Planes, demgemäß nun Libanon die eigentlich Irak zugedachte Schlüsselrolle zufallen soll, die angestrebte nahöstliche Neuordnung endlich auf den Weg zu bringen.⁴³

Obwohl auch Jim Lobe recht skeptisch ist, so unterscheidet er sich doch insofern von den Übrigen, als er bei der Außenministerin das ehrliche Bemühen um Fortschritte im palästinensisch-israelischen Verhältnis und die Durchsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung zu erkennen vermeint. Ihre Anstrengungen würden durch die über das Vizepräsidentenbüro gezogenen Fäden, und speziell durch Elliot Abrams⁴⁴, jedoch wieder zunichte gemacht.⁴⁵

Selbst wenn Jim Lobe mit seiner Annahme Recht hätte, so würde dies aber kaum viel daran ändern, dass die Bush-Administration, im falsch verstandenen Interesse Israels, im palästinensisch-israelischen Konflikt ihrer bisherigen Hinhaltetaktik treu bleibt und damit weiterhin auf Zeitgewinn für ihren israelischen Verbündeten setzt, dem seinerseits wiederum sehr daran gelegen ist, dass der nahöstliche Focus der USA auf Iran gerichtet bleibt.

⁴² Seymour M. Hersh: The Redirection, in: The New Yorker, 05.03.2007, www.newyorker.com/

⁴³ Vgl. dazu Ha'aretz Service vom 11. April 2007

⁴⁴ Abrams Gewicht gründet sich insbesondere auf seine exzellenten Verbindungen zur Israel-Lobby und deren jüdischen wie christlichen Flügel. Übrigens musste er wegen seiner lügenden Aussage vor dem Kongress in der so genannten Iran-Kontra-Affäre Ende der 1980er Jahre seine Tätigkeit in der Administration von Bush sr. aufgeben und einstweilen bei verschiedenen neokonservativen Think Tanks Unterschlupf suchen, bis er bei Bush jr. wieder Verwendung fand. Bezeichnend für seine Person sind insbesondere folgende Tatbestände: Als z.B. Bush sr. Druck auf den damaligen israelischen Ministerpräsidenten Itzhaq Schamir ausgeübt hat, um ihn zur Teilnahme an der Madrider Konferenz zu bewegen, organisierte Abrams, gemeinsam mit anderen Neokons, das „Committee on U.S. Interests in the Middle East“, um Stimmung dagegen zu machen. Auch den Osloer Prozess lehnte er strikt ab mit der Begründung: „Die palästinensische Führung will keinen Frieden mit Israel, und es wird keinen Frieden geben“. Vgl. dazu Jim Lobe, Rice Faces Formidable White House Foe.

⁴⁵ Lobe befürchtet deshalb, Condoleezza Rice könne nun das gleiche Schicksal ereilen wie ihren unmittelbaren Vorgänger Colin Powell, der insbesondere seit 2002 wegen einiger Israel-kritischer Äußerungen - und zwar im Zusammenhang mit dessen militärischen Einmarsch in die Palästinensischen Autonomiegebiete - massiver neokonservativer Kritik ausgesetzt war. Siehe ebenda

Schlussbemerkung

Diese also insgesamt eher düstere Prognose bezüglich der Bereitschaft und Fähigkeit der Bush-Administration zu einem Paradigmenwechsel in ihrer Nah- und Mittelostpolitik und mithin zu einer international verhandelten umfassenden Konfliktlösung soll andererseits aber auch nicht den Blick dafür verstellen, dass der Druck auf den Präsidenten möglicherweise noch erheblich anwachsen wird:

- Immerhin beginnen sich in den USA Parteien und jeweilige Kandidaten bereits für die Präsidentschaftswahlen 2008 in Position zu bringen. Und die Demokraten werden sicherlich bemüht sein, ihre jüngsten Wahlerfolge, die sie in erster Linie ihren verbalen Anti-Kriegsbekundungen verdanken, voll dafür zu nutzen. Es kann also sicherlich erwartet werden, dass sie die Forderung nach einem Abzug der US-Truppen aus Irak zu einem ihrer Hauptthemen machen werden, wie beispielsweise das Ende April in dem eingebrachten Gesetz enthaltene Junktum zwischen einer Zustimmung zur Bewilligung weiterer Finanzmittel für den Einsatz im Irak und der Forderung nach einem konkreten Zeitplan für den Truppenrückzug. Oder auch solche Überraschungsvisiten wie die der Kongress-Sprecherin Nancy Pelosi in Damaskus mit dem Ergebnis, in vollem Affront zu Bush, dem syrischen Präsidenten Friedenswilligkeit zu attestieren.

- Ebenso in seiner Wirkung nicht zu unterschätzen ist der anhaltende Widerstand im Irak mit täglich neuen Toten und Verletzten auch unter den amerikanischen Truppen. Dieser Widerstand werde, so ist jedenfalls die in London lebende irakische Publizistin Haifa Zangana überzeugt, solange andauern, wie die Okkupation fortbestehe. Bush wie Blair müssten begreifen, dass der irakische Widerstand für die Beendigung der Besatzung kämpfe und sich in seinen Reihen „normale Iraker, nicht nur Al-Qaida, nicht Sunniten oder Schiiten, nicht jene Terroristen, ..., inspiriert durch solche Nachbarstaaten wie Iran“⁴⁶, befänden.

- Selbst mit den USA kollaborierende arabische Regime können gegenüber den USA nicht als bloße Marionetten fungieren, schon allein im Interesse ihrer eigenen Machterhaltung, um nicht noch weiteren Volkszorn auf sich zu ziehen. Aber nicht zuletzt auch wegen des tief in der zivilisatorisch reichen Geschichte ihrer Völker wurzelnden Stolzes auf die eigene Würde und die darin implizierte Verachtung jeglicher Bevormundung wie anderer Fremdbestimmung. Interessanterweise sind im saudisch-US-amerikanischen Beziehungsgefüge - ungeachtet der seit 1945 bestehenden strategischen Zusammenarbeit - auch Widersprüche und teilweise erhebliche Risse zu beobachten,⁴⁷ bis hin zu dem

⁴⁶ Haifa Zangana, The Iraqi resistance only exists to end the occupation, in: The Guardian, April 12, 2007

⁴⁷ So ist sich Saudi-Arabien, wie die Golfemirate oder auch Ägypten und Jordanien, zwar grundsätzlich mit den USA darin einig, einen weiteren Ausbau der regionalen Machtstellung Irans und vor allem dessen möglicher atomarer Bewaffnung einen Riegel vorzuschieben. Allerdings hegen dessen Herrscher erhebliche Vorbehalte gegenüber einem militärischen Ein-

auffälligen Bemühen Saudi-Arabiens um eine Diversifizierung seiner Beziehungen, darunter insbesondere zu China.⁴⁸

- Im Unterschied zu 1991, als die USA im Wesentlichen als alleiniger spiritus rector bei der Einberufung der Madrider Konferenz fungierten, besteht heute in Gestalt des 2002 formierten so genannten *Diplomatischen Quartetts* (USA, EU, UNO, Russland) ein kollektives, die internationalen Hauptakteure vereinigendes Gremium. Hier darf man natürlich nicht verschweigen, dass ihm zuvörderst obläge, das Vertrauen in seine eigene Seriosität und Effizienz unter Beweis zu stellen und sich konstruktiv um die Schaffung der notwendigen Bedingungen für das Ingangbringen eines tragfähigen Friedensprozesses zu bemühen, also die erforderliche Rolle als Katalysator, Triebkraft und aufrichtiger Makler tatsächlich auszufüllen. Dazu gehörte zweifellos, keinerlei einseitige Vorbedingungen und Doppelstandards zuzulassen und überdies alle Konfliktparteien in die Verhandlungslösung einzubeziehen. Darin eingeschlossen ist, den Parteien und Bewegungen des politischen Islam - oder auch Islamisten - vorurteilsfrei zu begegnen und folglich darauf zu verzichten, diese pauschal und völlig undifferenziert als „terroristisch“ abzustempeln und damit als Verhandlungspartner automatisch zu stigmatisieren.

- Nunmehr wird also auch die Frage, was die EU und Russland können und wollen, wesentlich mitentscheiden, ob sich die Hoffnungen auf eine internationale Nahost-Friedenskonferenz in absehbarer Zeit erfüllen oder nicht.

Um abschließend noch einmal den bereits eingangs zitierten Jeff Halper zu Wort kommen zu lassen, der im Interesse nahöstlichen Friedens nicht nur für Druck „von außen“, sondern gleichfalls für Druck „von unten“ plädiert, indem er feststellt: „Frieden wird von Israel nur durch äußeren Druck kommen, und Regierungen werden auf Israel keinen Druck ausüben, wenn sie durch uns, das Volk, nicht dazu genötigt werden.“

*Referat auf dem Kolloquium des Nahost-Forums,
05. Mai 2007*

greifen, schon gar seitens der USA. Im Spannungsfeld zwischen aggressiver US-Nah- und Mitteloststrategie und wachsendem Gewicht radikaler islamistischer Kräfte im eigenen Land erfolgte der Abzug der US-Truppen aus Saudi-Arabien und deren jetzige Stationierung in Katar und Kuwait. Demgegenüber wurde Saudi-Arabien kraft des 2005 im US-Kongress eingebrachten *Saudi Arabia Accountability Act* der Terrorismus-Unterstützung bezichtigt.

⁴⁸ Wohl keineswegs zufällig reiste König Abdullah nach seiner Inthronisation als erstes im Januar 2006 nach Peking und nicht nach Washington. Bezeichnenderweise hat das Brzezinski-Centre for Strategic and International Studies bereits ein mehrjähriges Projekt unter dem Titel: „The Vital Triangle: China, the United States, and the Middle East“ aufgelegt und in dessen Rahmen im September 2006 eine internationale Konferenz durchgeführt.

Eine Regelung im Atomstreit mit Iran ist möglich

Meinen Vortrag kann ich mit der angenehmen Mitteilung beginnen, dass für die Regelung des Atomstreits mit Iran endlich ein konkreter Verhandlungsrahmen gefunden ist. Aus diplomatischen Quellen verlauten dazu folgende Eckpunkte:

Erstens: Der Westen geht auf die erklärte Bereitschaft der iranischen Führung ein, die Urananreicherung nicht für die Entwicklung von Atomwaffen zu nutzen. Als Gegenleistung bietet der Westen an, iranischen Sicherheitsbefürchtungen hinsichtlich einer westlichen Intervention zum Sturz der iranischen Führung durch folgende Maßnahmen Rechnung zu tragen:

- Die USA setzen ihr Militärprogramm zur Schaffung einer 120.000 Mann starken „Caspian Guard“ im Kaukasus aus, legen einen Truppenabzugsplan aus Irak vor und reduzieren ihre Militärpräsenz im Persischen Golf.

- Die USA, EU und NATO wenden das zweite Helsinki-Prinzip der friedlichen Koexistenz „Enthaltung von der Androhung und Anwendung von Gewalt“ auf Iran an.

- Die OSZE vermittelt endlich die Unterzeichnung der im September 2002 von den iranischen Nachbarstaaten Zentralasiens erreichten Vereinbarung über die Verwandlung Zentralasiens in eine atomwaffenfreie Zone, und diese beginnen mit deren Verwirklichung⁴⁹.

- Die iranische Führung verpflichtet sich zum Verzicht auf atomare Waffen und zur Teilnahme an einer Umwandlung des Nahen und Mittleren Ostens in eine atomwaffenfreie Zone.

Zweitens: Der neue Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, prüft gegenwärtig, dem Sicherheitsrat sowie den Staaten des Persischen Golfes einen Vorschlag für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region zu unterbreiten.

Drittens: Iran nimmt den Vorschlag der Russischen Föderation an, Uran gemeinsam in russischen Anlagen anzureichern und dort zu lagern.

Viertens: Die Bundesregierung erwägt gegenwärtig eine vertrauensbildende Vorleistung in Form einer Grundsatzvereinbarung mit Iran über eine dauerhafte Konsolidierung des Verhältnisses Deutschlands zur Islamischen Republik Iran. Damit sollen die Beziehungen dauerhaft auf gegenseitig annehmbare Prinzipien und eine berechenbare Grundlage gestellt werden.

⁴⁹ Die Initiative dazu ging von der Mongolei aus, die sich 1992 zur atomwaffenfreien Zone erklärte und aufforderte, in Zentralasien Gleiches zu tun. 1993 griff diesen Vorschlag der Präsident Usbekistans, Islam Karimov, auf. 2002 (!) kam der Prozess zum Stillstand.

In dieser Vereinbarung, so verlautet aus vertraulichen Quellen, erkennt die Bundesregierung das Recht Irans auf *seinen* selbstbestimmten, am Islam, der sozialen Spezifik und den Werten seiner Gesellschaft orientierten Entwicklungsweg an. Auch sollen Fragen der Wirtschaftsbeziehungen sowie der Gewährleistung zukünftiger Energiesicherheit auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils geregelt werden.

Schließlich erwägt die Bundesregierung z. Zt., die Problematik der atomaren und konventionellen Rüstungsbegrenzung und Abrüstung unverzüglich und nachdrücklichst doch noch auf die Tagesordnung des nächsten G8-Gipfels zu setzen und dem Deutschen Bundestag einen dementsprechenden Plan zu unterbreiten.

Meine Damen und Herren, Sie haben es längst bemerkt: Ich habe Sie hinters Licht geführt. Einen solchen Plan gibt es natürlich nicht! Aber, in etwa so müsste und könnte ein Plan zur friedlichen Regelung des Atomstreits mit Iran aussehen. Es müsste ein grundsätzlicher Plan sein. Denn im Streit mit der iranischen Führung steht wahrhaft Grundsätzliches auf dem internationalen Spiel!

Worum geht es? Wodurch werden seine Grundelemente charakterisiert? Das zu erläutern beabsichtige ich in vier Schwerpunkten:

- I. in einer Charakteristik der Ausgangspositionen des Westens,
- II. durch das Erläutern von Problemstellungen, die bei der Bewertung des Atomstreits zu beachten sind,
- III. indem ich eingehe auf einige Implikationen für europäische und deutsche Politik, und schließlich
- IV. auf Konturen eines erforderlichen neuen Verhältnisses zu den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie die Regelung des Konfliktes mit Iran.

Seit Monaten belasten des Westens Anstürmen gegen das Atomprogramm Irans und dessen Beharren auf seinem Recht, gemäß Artikel IV Atomwaffensperrvertrag die Kernenergie zu friedlichen Zwecken voll zu nutzen und Uran anzureichern, die internationale Lage. Noch immer sind Sanktionen des Sicherheitsrats nach Kap. 7 VN-Charta⁵⁰ nicht ausgeschlossen. Gerüchte, ja, Erwartungen einseitiger militärischer Aktionen, so der USA oder/und mit ihnen Verbündeter, weichen nicht aus den Medien.

Die Konsequenzen könnten katastrophal sein. Ein Kriegszustand zwischen NATO-Staaten und Iran wäre nicht auszuschließen, was militärische Handlungen zur Sperrung der Straße von Hormus provozieren könnte; eine Krise bei der internationalen Erdölversorgung sowie eine weitere Eskalation im Nahostkonflikt wären möglich. Die Spannungen zwischen dem Westen und Iran wüchsen sich also in einen schweren internationalen Konflikt aus.

⁵⁰ „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“

I.: Welche Ausgangspositionen des Westens sind zu beachten?

Der Westen unterstellt der iranischen Führung, sie wolle die Atomanreicherung zum Bau von Atomwaffen nutzen. Diese hat das stets bestritten und behauptet, die Anreicherung diene ausschließlich der friedlichen Nutzung zur Gewinnung von Atomenergie. Obgleich der Westen die iranische Führung mit ihrer Versicherung beim Wort nehmen und sie in eine international verbindliche, konsensuale Vereinbarung einbinden könnte, geht er den entgegengesetzten Weg. Er trachtet danach, Iran die Wahrnehmung seines Rechts auf Anreicherung kategorisch zu verbieten. Das ist eine machtpolitisch motivierte Entscheidung, bei der es den westlichen Mächten vor allem um Dreierlei geht:

Erstens, zu verhindern, dass sich in für sie „vitalen Interessenszonen“, wie sie der Nahe und Mittlere Osten darstellt, dritte Staaten ein unabhängiges, unter bestimmten Umständen auch militärisch nutzbares Potential zulegen. Letzteres könnte diese nämlich in die Lage versetzen, eigene Interessen auch gegen hegemoniale Zielstellungen der westlichen Allianzen zu behaupten. Gelänge es bestimmten Regionalmächten, zu denen auch Iran gerechnet werden kann, solche Potentiale zu schaffen, so könnte sich erneut ein Gegengewicht zu jenen Allianzen herausbilden. Hinderlich wäre das insbesondere für die Absicht Letzterer, bei der noch nicht endgültig abgeschlossenen Determinierung einer ihren Interessen entsprechenden neuen „internationalen Ordnung“ die Monopolstellung zu erringen und zu behaupten.

Wie noch dargestellt wird, spielt die Bush-Administration im Widerstand gegen die iranische Führung eine besondere Rolle. Sie befindet sich in der Tat in lebenswichtiger Abhängigkeit von den Erdölressourcen im Persischen Golf und von der Bewahrung des Dollars als Leitwährung des internationalen Erdöl- und Erdgashandels. Im US-Feindbild „Schurkenstaat“ nimmt die islamische iranische Führung einen zentralen Platz ein. Umgekehrt galten die USA für die Verfechter der islamischen Revolution von Anfang an als „Reich des Bösen“ und stehen bei der Verteidigung ihres politischen Systems als Gegner an der Spitze.

Es geht, **zweitens**, um die größtmögliche Bewahrung des atomaren Abschreckungspotentials in den Arsenalen der führenden Staaten des Westens. Das Behaupten der Monopolstellung beim Determinieren einer neuen internationalen Ordnung bedingt die Bewahrung des atomaren Abschreckungspotentials. Letzteres gewinnt erneut an Bedeutung angesichts des Versagens des neuen, aber noch nicht oder nur partiell atomar gestützten militärischen Hightech-Mittelrepertoires in den Kriegen der USA im Irak und der NATO in Afghanistan. Hier stellt sich heraus, dass ein Hightech-Krieg in der Auseinandersetzung mit den asymmetrischen Kampfmitteln der „neuen Gegner“ nicht zu gewinnen ist. Auch zeigt sich, dass die militärische „Enthauptung“ gegnerischer Führungen nicht deckungsgleich mit dem Verwirklichen angestrebter politischer Ziele zu sein braucht. Angesichts dieser Erfahrungen stecken die westlichen Allianzen zurzeit in einem

Ziel-Mittel-Dilemma ihrer Interventionsstrategie: Die politischen Absichten lassen sich mit dem zur Verfügung stehenden militärischen Hightech-Mittelrepertoire nicht oder nur ungenügend zielführend in die Tat umsetzen.

Drittens, die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere atomarer. Bei aller Kritik und berechtigtem Misstrauen an und gegenüber der zunehmend interventionistischen Neuorientierung von NATO und EU sollte nicht negiert werden, dass auch politische Akteure des Westens über die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen besorgt sind. Eine solche Besorgnis würde aber zwingend deren konsequentes Eintreten für die Festigung des völkerrechtlich gültigen Nichtweiterverbreitungsregimes gegenüber eigenen Verbündeten, insbesondere der Bush-Administration, erheischen. Zugleich müssten sie das Ausräumen von Ursachen in den Mittelpunkt rücken, die andere Staaten dazu veranlassen, im Besitz eigener Atomwaffen einen Ausweg für die eigene Interessenswahrung zu sehen. Eine solche Haltung ist allerdings auch in der Außenpolitik der CDU-SPD-Koalitionsregierung zu vermissen.

Im Falle Irans kulminieren alle genannten westlichen Motive: Das Infragestellen der Hegemonie des Westens über eine „vitale Interessenszone“ (Stichwort: Energiesicherheit) durch die selbstbewusste Führung eines islamischen Staates, die sich in vielerlei Hinsicht den regionalen und internationalen Ordnungsabsichten und Strategien des Westens widersetzt; das Bestreben, das atomare Abschreckungspotential des Westens zu bewahren; die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Deshalb setzen die tonangebenden Staaten des Westens mit ihrer anti-iranischen Offensive in der Atomfrage alles daran, die iranische Führung zu „disziplinieren“ und ihr auf längere Sicht die potentielle Möglichkeit zu verwehren, sich gegen eine äußere Intervention zu ihrem Sturz zur Wehr zu setzen.

Russland und China befinden sich als Ständige Mitglieder des Sicherheitsrats in einer widersprüchlichen Situation. Einerseits sind sie sich des interventionistischen Strategiewechsels in der internationalen Politik der führenden Staaten des Westens bewusst. Er ist auch für sie in vielerlei Hinsicht gefährlich, impliziert Einengung eigener internationaler sowie regionaler Spielräume und potentiellen Konfliktstoff.

Das betrifft insbesondere das Bestreben der USA, die Sanktionsschwelle, vor allem für die Anwendung von Kapitel 7 UN-Charta, für die Realisierung eigener Interessen abzusenken. Andererseits sind beide Staaten daran interessiert, den Klub der Atommächte, welchem sie selbst angehören, klein zu halten. Schließlich beeinflussen umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen mit Iran, auch im atomaren Bereich, deren Verhalten im Atomstreit.

Im Kern haben wir es also mit einer Widerspruchssituation zu tun.

II. Problemstellungen bei der Bewertung des Atomstreits

Diese Widerspruchssituation besteht zwischen dem Anspruch Irans auf Respektierung seines selbstbestimmten Entwicklungswegs, der Unterschiedlichkeit seiner Gesellschaft sowie seines politischen Systems, einerseits, und einer Hegemonialpolitik des Westens gegenüber dem Nahen- und Mittleren Osten, andererseits. Diese zugespitzte Widerspruchssituation ist das Ergebnis der Antiterrorstrategie des Westens. Letztere erweist sich sechs Jahre nach dem 11. September als ein gigantisches politisches Manöver, mit dem der Westen die 180-Grad-Wende des außenpolitischen und militärischen Charakters seiner Bündnisysteme NATO und EU im Sinne eines international wirksamen Interventionspotentials vor der Öffentlichkeit tarnte.

Nun, nachdem das erforderliche Potential verfügbar ist, tritt die strategische Absicht einer „geopolitischen Neuordnung“⁵¹ des „Greater Middle East“ in die Phase ihrer politischen Implementierung. Die Indikatoren dafür und bisherigen Höhepunkte sind die US-Aggression und die Okkupation des Irak, die Behauptung, Europas Sicherheit müsse am Hindukush verteidigt werden (Struck), der Krieg in Afghanistan, die Tolerierung der atomaren Aufrüstung durch verbündete Regime wie Israel und Pakistan und die auf dem G8-Gipfel am 9. Juni 2004 auf Sea Island verabschiedete gemeinsame Strategie „Partnership for Peace and a Common Future with the Region of Broader Middle East and North Africa“, in der sich die führenden EU-Staaten im Kern der ordnungspolitischen Stoßrichtung der Bush-Administration anschlossen.

Dabei dürfen allerdings taktische Differenzierungen zwischen dem Vorgehen der Bush-Administration und dem einiger EU-Staaten nicht übersehen werden. Während Erstere einen brutalen Kurs verfolgt, der Regime, die sich westlichen und US-Interessen in den Weg stellen („Schurkenstaaten“), mit Straf- und Zwangsmaßnahmen bis hin zu deren Sturz bedroht, setzt die EU auf die Unterstützung reformeinsichtiger Kräfte, greift Regime weniger frontal an, sondern versucht, sie durch Dialog und mehr oder weniger lockende Konditionierung auf ihren Kurs zu bringen.

Warum erscheint es mir wichtig, diese Differenzierung zu berücksichtigen? Weil die EU-Taktik mehr Spielräume für koexistenzielle Politikansätze bietet. Zugleich darf man aber die Augen nicht davor verschließen, dass in der Kernfrage im transatlantischen Bündnis Übereinstimmung besteht. In der Absicht nämlich, die Regime jenes geopolitischen Staatengürtels zu beherrschen, in dem sich die wichtigsten Ressourcen an Erdöl und Erdgas sowie Transportinfrastrukturen konzentrieren: Nah- und Mittelost, hier besonders der Raum des Persischen Golfes, Nordafrika, Mittelmeerraum, Kaukasus, Teile Zentralasiens und

⁵¹ Perthes, Volker, Greater Middle East, Geopolitische Grundlinien im Nahen und Mittleren Osten, Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2004, S. 684

Afrika südlich der Sahara. Zur Sicherung ihrer „vitalen Interessen“ in dieser Region haben die USA ihr militärisches Potential im Persischen Golf, im Irak, im weiteren arabischen Raum und im Mittelmeer im Zuge der Antiterrorstrategie und des Irakkrieges nochmals verstärkt. Erstmals nach dem Ende des Ost-West-Konflikts treten die NATO und ihre Mitgliedstaaten, darunter auch die Bundesrepublik, hier militärisch auf den Plan. Sie agieren am Horn von Afrika und im Arabischen Meer und kämpfen im an Iran grenzenden Afghanistan. Die NATO beabsichtigt, an der Grenze zu Pakistan einen permanenten Stützpunkt zu errichten. In der Kaspischen Region, dem Kaukasus sowie in Teilen Zentralasiens binden USA und NATO zurzeit Staaten an ihr Militärsystem. Die USA arbeiten an der Schaffung jener bereits erwähnten „Caspian Guard“, einer militärischen Formation, der 120.000 Mann aus den USA, der Türkei, Georgien und Aserbaidschan angehören sollen.

So ist um den Iran herum ein Umzingelungsszenarium mit einem gewaltigen militärischen Interventionspotential entstanden, das nicht zuletzt auf die Disziplinierung oder sogar Ausschaltung der iranischen Führung gerichtet ist. Für Letztere bedeutet dies ein drastisches Sicherheitsdefizit. Es wird von der iranischen Führung umso ernster genommen, als sie seit ihrer Machtübernahme in der islamischen Revolution 1979 permanentem Druck durch die USA⁵² und, in differenziertem Maße, auch durch die anderen Staaten des Westens ausgesetzt ist. So reflektiert der gegenwärtige Konflikt zwischen dem Westen und Iran einen grundsätzlichen Widerspruch. Er besteht in einer Politik des Westens, welche „Einmischung als Norm“ zum Prinzip macht, und deren Zurückweisung.

Die zentralen Säulen jener Politik sind das Streben, fremde Herrschaftssysteme, welche nach westlicher Einschätzung eine „Gefahr“ darstellen, entweder von außen zu stürzen oder sie mit „weicher demokratisierender Intervention“ nach westlichem Normensystem zu transformieren, die machtgestützte Sicherung von Wirtschaftsinteressen sowie die wertemäßige und kulturelle Bevormundung durch einen sich im Zuge der ökonomischen Globalisierung ausweitenden Kulturimperialismus.

Das sind die grundsätzlichen Ingredienzien des Widerspruchs zwischen dem Westen und Iran. Er ist insofern von breiterer regionaler und internationaler Tragweite, als er sich zunehmend auch im Verhältnis zwischen dem Westen und afroasiatischen sowie lateinamerikanischen Regionen auszuprägen beginnt.

Ich möchte jedoch noch auf zwei weitere Problemfelder eingehen, die ich für zentral halte: auf die Frage der Energieressourcen und die Frage nach den Perspektiven der weiteren gesellschaftspolitischen Entwicklung in der Region.

⁵² Unvergessen für sie bleibt der erste Golfkrieg, mit dem sie das Regime Saddam Hussein überzog, unterstützt von den USA, den meisten westlichen Staaten und den arabischen Golfstaaten.

Zur Auseinandersetzung um den Zugang zu Energieressourcen. In erster Linie befürchten die USA, dass die iranische Führung das System gegenseitiger Abhängigkeiten durchlöchert, welches sie in den letzten Jahrzehnten mit den Erdöl produzierenden Staaten der Golfregion aufbauten. So brachte die iranische Führung die Erwägung in den internationalen Umlauf, eine alternative asiatische Ölbörse zu schaffen. Über sie sollen Erdöl und Erdgas nicht mehr in US-Dollar, sondern in anderen Währungen, darunter in Euro, gehandelt werden. Russland, das der Shanghai Cooperation Organisation angehört, beschloss, die alleinige Deposition seiner Devisenreserven vom US-Dollar zu lösen und zugunsten des Euro (30 %) zu diversifizieren.

Angesichts eines rapide wachsenden Rohölkonsums u.a. Chinas und Indiens sowie des steigenden Bedarfs der alten Industriestaaten einerseits und des Schrumpfens der Reserven andererseits wird sich die Konkurrenz um Energierohstoffe absehbar zuspitzen. In dieser Situation ist für die USA das Aufrechterhalten der Vorherrschaft des Dollars als Leitwährung des internationalen Erdölhandels und des unbegrenzten Zugangs zu Erdölressourcen von vitaler Bedeutung.

Dem laufen o.g. iranische Überlegungen diametral entgegen. Der gesamte Westen beobachtet daher auch mit Sorge das Entstehen partnerschaftlicher Beziehungen zwischen der iranischen Führung und dem Präsidenten eines weiteren Erdölspitzenenerzeugers - Venezuela. Gemeinsam mit Kuba vermochten es Iran und Venezuela, auf dem jüngsten Gipfeltreffen der Bewegung der Nichtpaktgebundenen deutliche Anti-Bush-Akzente zu setzen. Angesichts der prekären Situation des Energieressourcensektors ist absehbar, dass das internationale Gewicht der erdöl- und erdgasproduzierenden Staaten steigt.

Damit erhöhen sich auch die Handlungsoptionen der nah- und mittelöstlichen Regionen, einschließlich der iranischen Führung. Das gilt es zu berücksichtigen, wenn über die Art und Weise des Umgangs mit der neuen Konkurrenzsituation auf dem Energiesektor zu entscheiden ist.

Ob die Wahl des Umgangs interventions- oder konsensorientiert zum gegenseitigen Vorteil ausfällt, wird auch das Verhältnis zwischen Europa und seinen islamischen Nachbarregionen entscheidend beeinflussen. Sollte sich dort das Kräfteverhältnis weiter zugunsten radikal-islamistischer Kräfte verändern, wäre eine Verwendung des „Erdöls als Waffe“ gegen militärisch-interventionistische Strategien des Westens nicht auszuschließen. Ob er in einer solchen Situation mit dulddender Neutralität asiatischer Mächte, wie China und Indien, rechnen könnte, ist offen. Diese Unsicherheit bekräftigen gesellschaftspolitische Entwicklungsprozesse in der Region. Das Deutsche Orient-Institut Hamburg schätzt 2006 in einer fundierten Analyse der Entwicklungstendenzen bis 2010⁵³ zwar ein, dass die in-

⁵³ Faath, Sigrid, Politik und Gesellschaft in Nordafrika, Nah- und Mittelost zwischen Reform und Konflikt, Entwicklungstendenzen bis 2010, Deutsches Orient-Institut, Hamburg, Mitteilungen, Band 74/2006

nenpolitische Stabilität auf Grund der hohen Anpassungsfähigkeit der autoritären Systeme bis 2010 nicht grundsätzlich gefährdet sei. Zugleich verweist das Institut darauf, dass auf Kerngebieten europäischer Nahostpolitik, Reformierung und Demokratisierung der Region, sozioökonomische Problemlage, Einfluss islamistischer Kräfte, Haltung zum Westen, Migration, von der Dauerhaftigkeit retardierender Tendenzen ausgegangen werden muss. „Die gegenwärtige innen- und außenpolitische Situation in Nordafrika, Nah- und Mittelost wird sich bis 2010 [...] nicht grundlegend ändern. Sie bietet ein ideales Operationsfeld für den Einsatz islamistischer Diskurse und die Sammlung von Unterstützung auch außerhalb der überzeugten Befürworter eines ‚islamischen Staates‘.“⁵⁴ Die Reformen des politischen Systems würden bis 2010 keine weitreichenden Liberalisierungsprozesse erfahren, die Modernisierung gerate in den meisten Staaten ins Abseits, während die Forderungen nach Schutz der kulturellen Identität und nationaler Souveränität in den Mittelpunkt rückten. Unter solchen Bedingungen würden auch westliche Demokratisierungskonzepte keine breitere Akzeptanz finden.⁵⁵ Die Analyse schlussfolgert: „Die Gefahr besteht, dass die politisch-ideologischen und kulturell-religiösen Unterschiede (zu Europa, d. Verf.) zu einer Trennlinie stilisiert und zum Gegenstand politischen Kalküls von Befürwortern einer Abschottung vom ‚Westen‘ (westlichen Normen) [...] werden. [...] In Bezug auf Staaten mit einflussreicher islamistischer Bewegung ist mit starken Schwankungen in den Beziehungen zu Europa und mit einer erschwerten Kooperation zu rechnen.“⁵⁶

III. Implikationen für die europäische und deutsche Politik

Über Implikationen für europäische und deutsche Politik nachdenkend, muss man zu dem Schluss kommen, dass sich die Modernisierungsproblematik im Nahen und Mittleren Osten als überaus kompliziert erweist. Dem ist beim Nachdenken über eine alternative Strategie sowohl gegenüber dem iranischen Regime als auch bezüglich des Verhältnisses zu Phänomenen wie Islamismus und Islamisten, Radikalisierung auf islamischer Grundlage und „islamische Revolution“ Rechnung zu tragen.

Erstens gilt es, sich auf eine lang anhaltende Periode einzustellen, in der in islamischen Ländern politische Bewegungen ihre Forderungen religiös auf der Grundlage des Islam, nicht säkularistisch, sondern islamistisch, artikulieren. Solche Bewegungen zeichnen sich häufig durch einen Doppelcharakter aus, der sich entlang der Linie „sozial/national“ manifestiert. Einerseits können diese Kräfte mit ihrer Orientierung auf einen islamischen Staat Protagonisten eines rückwärts gewandten politischen Systems sein. Sie sind in der Regel auch nicht antikapitalistisch orientiert. Andererseits bestehen sie auf einer nationalen Ent-

⁵⁴ Ebenda, S. 88

⁵⁵ Ebenda, S. 85/86

⁵⁶ Ebenda, S. 103

wicklung ohne westliche Einmischung. Iran ist dafür das staatlich organisierte Beispiel.

Zweitens gilt es zu berücksichtigen, dass eine wie auch immer sich gestaltende Reformierung und Modernisierung weder *ohne*, noch *gegen* islamistische Bewegungen und Parteien möglich sein werden. Da diese Bewegungen auch ihre internationale Agenda haben und aktiv verfolgen, ist ihnen auch in der internationalen Politik sowie im Verhalten nah- und mittelöstlicher Staaten Rechnung zu tragen. Diese Situation wirft Fragen hinsichtlich des Verständnisses des Charakters des „Europäischen Stabilitätsraums“ (EU) und seines Verhältnisses zu seinen südlichen Nachbarregionen auf. Am Beispiel des Konfliktes mit Iran wird die Unversöhnlichkeit zweier unterschiedlicher Konzepte offenbar: Der iranische Anspruch auf einen selbstbestimmten Entwicklungsweg einerseits und die ihm entgegenstehende Politik einer „geopolitischen Neuordnung“ der nah- und mittelöstlichen Regionen andererseits. Zieht man die im vorherigen Abschnitt skizzierte Gefahr einer „Abschottung vom Westen“ ins Kalkül, so gilt es, jenen Interessenskonflikt, der allerdings im Atomstreit mit dem Iran sehr zugespitzt zu Tage tritt, auszuräumen.

Die konzeptionellen und strategischen Hürden, die es dafür zu überwinden gilt, sind enorm. Sie türmen sich auf, weil die EU ihre Nachbarschaftspolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten als regionales Szenario für die Umsetzung einer Politik gestaltet, die das transatlantische Bündnis als „Achse“ versteht, um die herum der Westen *seine* neue Weltordnung formt. Beides ist nicht geeignet, die auf der arabischen und islamischen Seite verbreitete negative Subjekt-Objekt-Wahrnehmungsperspektive abzubauen, der zufolge Europa das *Subjekt* von Interessenpolitik ist, während die nah- und mittelöstlichen (islamischen) Regionen deren *Objekt* sind. Eine solche Zweitklassigkeitswahrnehmung belastet das Verhältnis zu Europa aufs Schwerste.

IV. Konturen eines neuen Verhältnisses zu den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie einer Regelung des Konfliktes mit Iran

Alle entscheidungsrelevanten Kriterien - Stabilität des geostrategischen Gesamt- raumes Europa und seiner südlichen Nachbarregionen, Energiesicherheit, innere europäische Stabilität und Integration muslimischer Bevölkerung, Sicherheitswahrnehmungen seitens der südlichen Nachbarstaaten, deren Verzicht auf Atomwaffen, europäische Nachbarschaftspolitik im Mittelmeerraum, schwierigeres gesellschaftspolitisches Umfeld in der Region - sprechen dafür, dass sich Europa um ein neues Verhältnis zu seinen islamischen Nachbarregionen bemühen sollte. Worin müsste das „Neue“ inhaltlich bestehen? Dazu unterbreitet die Gruppe deutscher Botschafter a.D. „Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt“, die sich aus einer Kritik der einseitigen militärischen Orientierung der Antiterrorstrategie heraus gebildet hat und der Diplomaten aus den außenpo-

litischen Diensten der DDR und der BRD angehören, folgende Überlegungen: Europa sollte einen Weg einschlagen, der für sein Verhältnis zu den islamischen Nachbarregionen langfristig zu einem Modus vivendi friedlicher Koexistenz führt. Dazu müssten kurz- und langfristige Absichten und Ziele miteinander verbunden werden. Als unmittelbare Ziele sollten das schnelle Überwinden von Kriegszuständen (Irak, Afghanistan) und der sofortige Übergang zu vertrauensbildenden Maßnahmen in Angriff genommen werden. In solche sind auch radikal-islamistische Bewegungen einzubeziehen. Als langfristiges Ziel sollte das Gewährleisten einer Perspektive des gleichberechtigten Zusammenlebens unserer beiden Zivilisationen nach innen und außen angestrebt werden.

Diese Kernbereiche sollten bestehen im Respektieren der Integrität der Zivilisation des Anderen, in der Anerkennung der Unterschiedlichkeit seiner Gesellschaften und des politischen Systems, im Recht auf einen selbstbestimmten Entwicklungsweg, darunter einen sich am Islam orientierenden, in gleichwertiger Sicherheit in einem gemeinsamen Stabilitätsraum. Diese Kernbereiche bedeuten keineswegs die Aufgabe von Werten und Prinzipien. Vielmehr laufen sie auf den Aufbau von Beziehungen hinaus, die auf Zusammenarbeit und Koexistenz beruhen. Auch unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten bedeuten sie keinen Abstrich von europäischer Sicherheit, weil ein europäischer Sicherheitsraum ohne die Stabilität jener Regionen und ein stabiles Verhältnis zwischen beiden nicht mehr machbar ist.

Welche Positionen könnten in Abwägung des oben Gesagten in der aktuellen Iranproblematik vertreten werden?

Erstens: Zum iranischen Entwicklungsweg sollte grundsätzlich eine Haltung bezogen werden, die als *selbstverständlich anerkennt*, dass Iran *seinen* selbstbestimmten, am Islam, der sozialen Spezifik und Werten seiner Gesellschaft orientierten Entwicklungsweg geht.

Zweitens: In der Atomfrage gilt es, das entschiedene Votum für die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen beizubehalten, das sich auf alle Atomwaffen bezieht, auch iranische. Zugleich sollte die Zweckbehauptung zurückgewiesen werden, Iran sei mit seinem Nuklearprogramm der gefährlichste internationale Konfliktherd. Wenn von einem gefährlichen Konfliktherd die Rede sein kann, dann verursacht diesen die Politik der Atommacht USA, welche die nah- und mittelöstliche Region destabilisiert und auch Iran bedroht. Obgleich prinzipielle Bedenken gegen die Nutzung der Atomenergie bestehen und daher für den Ausstieg aus dieser plädiert wird, muss um eine friedliche, diplomatische Regelung des Konfliktes um das iranische Nuklearprogramm, ohne Sanktionen durch den VN-Sicherheitsrat, gerungen werden.

Eine solche Regelung sollte folgende Grundsätze und Elemente beinhalten:

- Sämtliche Entscheidungen müssen auf geltenden völkerrechtlichen Vereinbarungen beruhen. Gemäß Artikel IV Atomwaffensperrvertrag ist Iran berechtigt, die Kernenergie zu friedlichen Zwecken voll zu nutzen und Uran anzureichern.

- Über die Anreicherung sollte zwischen der IAEA und Iran eine Vereinbarung getroffen werden, die der iranischen Seite die Möglichkeiten einräumt, einerseits Uran anzureichern und andererseits ihre Zusage zu verwirklichen, dass sie nicht nach atomaren Waffen strebt.

Drittens: Die Regelung des Konflikts in der Atomfrage sollte durch eine Grundsatzvereinbarung über die Konsolidierung des Verhältnisses zur Islamischen Republik Iran flankiert und erleichtert werden. Eine solche Vereinbarung soll berechtigten iranischen Sicherheitsbedenken Rechnung tragen und dauerhafter Vertrauensbildung dienen. Sie soll die Beziehungen auf gegenseitig annehmbaren Prinzipien und berechenbaren Grundlagen begründen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine solche Vereinbarung zu initiieren. Sie sollte folgende Grundstruktur tragen:

- *Prinzipien des gegenseitigen Verhältnisses, zu deren Einhaltung sich die Seiten verpflichten.* Diese sollten sich an den Helsinki-Prinzipien der friedlichen Koexistenz orientieren: Achtung ihrer souveränen Gleichheit; Enthaltung von der Androhung und Anwendung von Gewalt; Unverletzlichkeit ihrer Grenzen; Achtung der territorialen Integrität ihrer Staaten; Friedliche Regelung von Streitfällen; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit; Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker; Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

- *Gegenseitige Sicherheit.* Ausarbeiten eines Verhaltenskodexes zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und Vertrauensbildung. Dabei sollte von dem Leitgedanken ausgegangen werden, dass die Sicherheit der Seiten unteilbar und untrennbar mit der Sicherheit aller anderen verbunden ist und Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten gefestigt werden kann. Die sicherheitspolitischen Vereinbarungen sollten u.a. das Verhalten auf den Gebieten der Gewährleistung der Sicherheit von Schifffahrts-, Land- und Luftverkehrswegen, der Zusammenarbeit bei Abrüstung und Rüstungskontrolle, Nichtweiterverbreitung von MVW, Terrorismusbekämpfung und der regionalen Sicherheit regeln.

- *Wirtschaftsbeziehungen.* Wirtschaftsbeziehungen mit Iran hatten stets einen hohen Stellenwert. Sie könnten auch bei der Vertrauensbildung und dauerhaften Stabilisierung des Verhältnisses mit Iran eine zentrale Rolle spielen. In diesem Kontext könnten auch Fragen der Gewährleistung zukünftiger Energiesicherheit auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils geregelt werden.

Viertens: Schaffung eines Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region des Persischen Golfes. Iran besitzt das Recht auf Selbstverteidigung. Allerdings sollte dem nicht durch die Entwicklung eigener Atomwaffen, sondern durch die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in der Golfregion entsprochen werden. Unverzichtbare Eckpunkte einer solchen Ordnung müssten sein: gegenseitiger Gewaltverzicht, Nichtangriffsgarantien, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im militärischen Bereich, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Eine Positionsbestimmung zur iranischen Führung kommt jedoch nicht ohne Kritik und Abgrenzung von Haltungen aus, die mit einem demokratischen innen- und außenpolitischen Verhalten unvereinbar sind. Zu fordern sind:

- Eine Abkehr von der Verneinung des Existenzrechts Israels und der Leugnung des Holocaust. Die Anerkennung des Existenzrechtes Israels in der Region, die Unterstützung einer unverzüglichen Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage einer Zweistaatenlösung sowie weiterer in den Resolutionen der UNO und in der Road Map enthaltenen Beschlüsse und Maßnahmen sind unverzichtbar.

- Die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte im Iran. Repressalien gegen politische Kritiker und Oppositionelle sind einzustellen, die Freiheit der Medien ist zu gewährleisten, gravierendes Fehlverhalten der Justiz, Diskriminierung nationaler Minderheiten, die Todesstrafe sowie einzelne Aspekte des islamischen Straf- und Familienrechtes, wie Amputationen und Steinigungen, sind abzuschaffen. Die Rechte der Frau sind zu achten und zu verwirklichen.

Andererseits unterstützt eine auf ein koexistenzielles Verhältnis zum Iran orientierte Politik zugleich Werte, deren Einhaltung von iranischer Seite eingefordert wird: Pluralismus, globale Demokratie, Zurückweisung von Doppelstandards in den internationalen Beziehungen, Respekt der Gleichberechtigung und Würde aller Nationen, Ablehnung von Hegemonie. Die ernststen Belastungen im Verhältnis der islamischen „Welt“ zum „Westen“ und, als ihr Auswuchs, die Grundlagen des heutigen Terrorismusdilemmas sind in einem langen historischen Prozess gewachsen, der bis in Europas Epoche kolonialer Dominanz über den Nahen und Mittleren Osten zurückreicht.

Es wird eines längeren Prozesses bedürfen, diese Belastungen auszuräumen. Doch dieser Prozess muss jetzt begonnen werden! Konkrete Handlungsmöglichkeiten bestehen!

Vortrag im Rahmen der Vorlesungsreihe „Friedensvorlesungen“ der AG Friedensforschung der Universität Kassel, 12. Februar 2007

Heinz Knobbe

Möglichkeiten und Grenzen einer eigenständigen Rolle Deutschlands gegenüber dem Nahen Osten

Wenn man sich in den Ländern des Nahen Ostens aufhält, stellt sich die Frage, wie wird die Haltung Deutschlands zu den Problemen dieser Region wahrgenommen.

Als wir Ende November 2006 mit einer Delegation des Nahost-Forums auf Einladung der Damaszener Universität im Institut für Politische Wissenschaften und im Zentrum für Strategische Studien Gespräche führten, vom amtierenden Außenminister und vom Informationsminister Syriens empfangen wurden, zeigte sich eine große Erwartungshaltung gegenüber der deutschen Nahost-Politik, insbesondere hinsichtlich der bevorstehenden EU-Präsidentschaft durch Deutschland. Man erwartete von der deutschen Regierung Initiativen zur Lösung der Konflikte in dieser Region, die Interessen Europas engagiert zu vertreten, sich vom Fahrwasser der so genannten Greater Middle East-Politik der US-Administration zu lösen. Natürlich wisse und verstehe man, dass Deutschland im engen Bündnis mit den USA stehe, Verpflichtungen innerhalb der NATO habe, aber müsse Deutschland in allen Fragen der Beurteilung der Lage im Nahen Osten den USA folgen, mit einseitigen Erklärungen und Aktivitäten sich ein Lob der Bush-Regierung verdienen wollen?

Man hielt uns die Haltung der deutschen Regierung zur Militäraktion Israels im Libanon entgegen. Keiner verstand die Erklärung von Frau Merkel, dass mit der Entsendung von deutschen Marineeinheiten vor der libanesischen Küste die Sicherheit Israels verteidigt werden solle. Unter der Schröder-Regierung habe es das Bemühen gegeben, ein ausgewogenes Verhältnis zu beiden Seiten zu erreichen. Durch ihre einseitige Parteinahme im Krieg Israels gegen seine Nachbarn habe die Regierung von Frau Merkel dieses Ansehen Deutschlands in den arabischen Staaten weitgehend beschädigt.

Es ist nun einmal Fakt, dass Deutschland an der Seite Großbritanniens im Rahmen der EU die Annahme einer Resolution über die sofortige Einstellung der militärischen Aktionen verhinderte und sich damit im Schlepptau der USA befand, die Israel faktisch grünes Licht für seine militärischen Operationen gegeben hatten.

Auch die EU, die sehr lange gebraucht hatte, um wenigstens einen Waffenstillstand zu verlangen, hat - so muss man heute sagen - in dieser Krisensituation versagt. Sie trägt Mitschuld daran, dass der Krieg Israels, das Töten und Zerstören im Libanon so lange andauern konnten. Es ist bezeichnend für die gegenwärtige Diskussion in Israel, dass die Kritik an der Olmert-Regierung ledig-

lich vom Standpunkt des Misserfolgs geübt wird, dass Außen- und Sicherheitspolitik ausschließlich als Militärpolitik gesehen und betrieben wird. Diese Strategie Israels wird außer von den USA leider auch von Deutschland unterstützt.

Deutschland beteiligt sich an der Auf- und Ausrüstung der israelischen Armee. Die Lieferung von U-Booten und Panzerersatzteilen ist allgemein bekannt. Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Nicht zufällig ist Deutschland nach den USA der wichtigste Handelspartner Israels. So betragen die deutschen Lieferungen nach Israel im Jahre 2005 rd. 3,5 Mrd. US-Dollar, also fast soviel wie in den Iran mit seinen 70 Mio. Einwohnern. Schwerpunkte dabei sind optische und Hightech-Instrumente sowie Beförderungsmittel, die vor allem in der Armee einsetzbar sind.⁵⁷

In der Politik gegenüber den Palästinensern folgte die deutsche Regierung 1:1 der israelischen Position. Sie hatte sich ohne jegliche Notwendigkeit den Forderungen Israels an die Hamas-Regierung als Vorraussetzung für Verhandlungen angeschlossen, das Existenzrecht Israels und alle bisherigen Vereinbarungen anzuerkennen, auf jegliche Gewalt zu verzichten. Durch Versagen finanzieller Unterstützung wurde die Hamas abgestraft, obwohl diese demokratisch gewählt und die Ergebnisse der Wahlen von der Gruppe der EU-Beobachter, der u.a. auch das Vorstandsmitglied unseres Nahost-Forums, Dr. Balke, angehörte, bestätigt wurden.

Die angeführten Beispiele - man könnte hier auch Afghanistan nennen - weisen darauf hin, dass der militärische Faktor in der deutschen Außenpolitik weiter an Gewicht zugenommen hat. Die Regierungschefin bezeichnete auf der in München tagenden Sicherheitskonferenz vom Frühjahr 2006 die Ausweitung der Aktionen der NATO – und damit Deutschlands – auf „fast alle Regionen der Welt“ als „klare politische Herausforderung“, sie erklärte die Bereitschaft Deutschlands, „vermehrt Verantwortung zu übernehmen ... über das eigentliche Bündnisgebiet hinaus“.⁵⁸

Damit soll ein Führungsanspruch angemeldet werden, auch im Nahen und Mittleren Osten im Rahmen und unter dem Deckmantel der NATO aktiv zu werden. Die Kanzlerin ergänzend, sagte der deutsche Verteidigungsminister auf dieser Konferenz: „Die alte NATO als ausschließliches Verteidigungsbündnis gehört der Vergangenheit an.“⁵⁹

Mit anderen Worten: Die interventionistische Politik soll gegenüber allen Regionen der Welt und damit auch gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten permanent werden. Das enge Bündnis mit den USA, deren Außenpolitik in den wichtigsten Lebensfragen die deutsche Regierung folgt, bedeutet jedoch nicht, dass sie diese Politik in allen Fragen in Gänze übernimmt.

⁵⁷ Wirtschaftsforum Nah- und Mittelost, Heft April/Mai 2005, S 4 f.

⁵⁸ Neues Deutschland, 09.10.2006

⁵⁹ Ebenda

Wir haben gerade in den letzten Tagen verfolgt, wie im Zusammenhang mit den US-Plänen der Errichtung eines Raketenabwehrschutzes in Osteuropa der deutsche Außenminister zur Behutsamkeit mahnte, sein Staatsminister Erler öffentlich Kritik am Rüstungskurs der USA übte, auf die Gefahren hinwies, die dieser Kurs für die Zusammenarbeit mit Russland mit sich bringt. In dieser Haltung kommen eindeutig deutsche Interessen zum Ausdruck.

Und wie steht es mit der Region des Nahen und Mittleren Ostens? Ein Beispiel für eine gewisse eigenständige Politik Deutschlands als Ausdruck der Wahrnehmung der nationalen Interessen sind die Beziehungen zu Iran. Es ist nicht zufällig, dass Deutschland innerhalb der Gruppe der Sechs - die fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und Deutschland - im Streit um die Urananreicherung bestrebt ist, eine politische Verhandlungslösung zu erreichen, eine Verschärfung des Verhältnisses zur iranischen Führung zu vermeiden.

Die außenpolitischen Positionen Deutschlands werden vor allem durch seine wirtschaftlichen Interessen bestimmt. So wurden die deutschen Exporte in den Iran in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert, von 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf 3,5 Mrd. Euro im Jahr 2005. Unter den Hauptexportgütern erfuhr die Lieferung von Maschinen in diesem Zeitraum eine Steigerung von 380 Mio. Euro auf über 1,1 Mrd. Euro.⁶⁰ Über eine solche enorme Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu Iran wird wohlwollend in der Öffentlichkeit kaum gesprochen und geschrieben.

Als erdölimportabhängiges Land muss Deutschland berücksichtigen, dass hinsichtlich der gesicherten Ölreserven in der Welt Iran mit 10 % an 2. Stelle nach Saudi-Arabien steht, bei der Fördermenge im Rahmen der OPEC mit 13 % ebenfalls die 2. Stelle nach Saudi-Arabien einnimmt. Die deutsche Regierung geht in ihren Beziehungen zu Iran davon aus, wie ihr Botschafter in Teheran schrieb, dass die politische und ökonomische Rolle Irans im Nahen und Mittleren Osten weiter wachsen wird.⁶¹

In der letzten Zeit tut sich auch einiges in den Aktivitäten Deutschlands auf dem Wege der Lösung des Nahostkonflikts. Die Wiederbelebung des Nahost-Quartetts, das Zustandekommen der Beratung in Berlin mit dem Beschluss, die nächste Tagung in der Region unter Beteiligung weiterer interessierter Staaten durchzuführen, ist nicht zuletzt auf das aktive Handeln des deutschen Außenministers zurückzuführen, wie der russische Außenminister in einem Gespräch versicherte.

Trotz des Widerspruchs der israelischen Regierung - sogar eines öffentlichen Tadels - führte Außenminister Steinmeier in Damaskus im Dezember 2006

⁶⁰ Wirtschaftsforum Nah- und Mittelost, Heft 1, März 2005, S. 3

⁶¹ Ebenda

politische Gespräche. Nunmehr hat auch die amerikanische Seite mit dem Gespräch von Frau Rice in Bagdad mit dem syrischen Außenminister nachgezogen.

Der Abdullah-Plan der Arabischen Liga von Riad wird als positiver Schritt für Verhandlungen von der deutschen Regierung begrüßt. In Gesprächen im Auswärtigen Amt wurde uns erklärt, dass sich damit die Entwicklung auf eine internationale Nahostkonferenz hinbewege. Auch wenn der Zeitpunkt für ihre Einberufung noch lange nicht reif sei, begrüße man die Aktivitäten des Nahost-Forums mit der Durchführung eines Kolloquiums zu Problemen einer solchen Konferenz. Es sei das Bestreben deutscher Außenpolitik, auf eine umfassende Regelung des Nahost-Konflikts hinzuwirken, wenn man auch die Schwierigkeiten auf diesem Wege nicht übersehe.

Zusammenfassend soll mit meinem Beitrag zum Ausdruck gebracht werden:

Erstens: Die deutsche Regierung folgt nach wie vor in ihren Nahost-Aktivitäten den Grundlinien der NATO-Politik, die von den USA bestimmt wird, damit der Außenpolitik der Bush-Administration, auf jeden Fall, solange diese im Amt ist.

Zweitens: Es ist nicht zu übersehen, dass die deutsche Regierung bemüht ist, in den Fragen, wo deutsche Interessen auf dem Spiel stehen, diese zu wahren und flexiblere Positionen einzunehmen, an die man anknüpfen kann.

Drittens: Für uns als Nahost-Forum gilt es, gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen Initiativen und Aktivitäten zu fördern, die die deutsche Regierung ermuntern - um nicht zu sagen zwingen -, sich mehr im Prozess für die Lösung des Nahost-Konflikts zu engagieren, sich aktiv für die Vorbereitung einer Internationalen Nahostfriedenskonferenz einzusetzen.

*Vortrag auf dem Kolloquium des Nahost-Forums,
Berlin e.V., 05. Mai 2007*

Zum Krieg in Palästina und Libanon

Offener Brief von Wissenschaftlern, Diplomaten a. D. und Friedensaktivisten an Bundeskanzlerin Angela Merkel

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

zutiefst beunruhigt von der Kriegssituation zwischen Israel, Libanon und Teilen der autonomen palästinensischen Gebiete, insbesondere Gaza, wenden wir, Wissenschaftler, Diplomaten a.D. und Friedensaktivisten, uns an Sie mit der Aufforderung, sich für eine *sofortige* Einstellung aller militärischen Kampfhandlungen einzusetzen. Bis zum heutigen Tag, dem 27. Juli 2006, haben Sie in dem seit Beginn der militärischen Handlungen verstrichenen Zeitraum die kriegführenden Seiten nicht einmal zu jenem Minimum aufgefordert, welches aus mitmenschlicher Verantwortung von Ihnen erwartet werden muss: Die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen, um das Leben der Zivilbevölkerung nicht länger zu gefährden. Dies zu tun wäre die oberste Pflicht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, wie immer die politische Verantwortung für die Auslösung der aktuellen Kampfhandlungen zu bewerten ist und welche Parteien auch immer direkt oder indirekt an ihnen beteiligt sind.

Wir beobachten mit Sorge in der Nahostpolitik der Bundesregierung eine Tendenz, dieses oberste Prinzip taktischen Erwägungen im transatlantischen Bündnis hintan zu stellen. Und das in einer Situation, wo in den Kriegs- und Konfliktschauplätzen des Nahen und Mittleren Ostens, bis hin nach Afghanistan, das Opfern von Zivilbevölkerung zur bewussten Waffe wird. So verhalten sich inzwischen nicht nur „Terroristen“ und Widerstandsbewegungen, sondern auch Staatsführungen, welche Sie zu Ihren engsten Verbündeten zählen. Deutschland hat allen Grund, sich in diese Blutspur nicht hineinziehen zu lassen.

Von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, erwarten wir eine konsequente Friedenspolitik. Gegenüber einer Politik, die das Opfern von Zivilbevölkerung in ihr Kalkül zieht, darf es keine Toleranz geben. Wir erwarten dies als Deutsche, die zum Teil noch selbst erlebten, dass von deutschem Boden Kriege ausgingen, und die in ihren frühen Lebensjahren traumatische Erfahrungen mit Bomben und Luftschutzbunkern machen mussten.

Frau Bundeskanzlerin, wir rufen Sie auf, sich für die sofortige Beendigung der Kriegssituation zwischen Israel, Libanon und Teilen der autonomen palästinensischen Gebiete, insbesondere Gaza, einzusetzen. Unterstützen Sie die Vorschläge des Generalsekretärs der Vereinten Nationen gegenüber dem Sicherheitsrat vom 20. Juli 2006, in denen er fordert

- den vorsätzlichen Beschuss israelischer Bevölkerungszentren durch Raketen der Hisbollah und die unverhältnismäßige Gewaltanwendung und kollektive

Bestrafung der libanesischen Bevölkerung durch Israel gleichermaßen zu beenden;

- die willkürliche und unverhältnismäßige Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt unverzüglich einzustellen;
- die Bemühungen von Präsident Abbas zu unterstützen, die palästinensische Seite zu einer Regierung der nationalen Einheit zu bewegen, welche die Prinzipien des Nahost-Quartetts unterstützt;
- Israel solle einseitige Handlungen unterlassen, durch welche ein endgültiger Friedensstatus präjudiziert werde, und sich den Friedensverhandlungen wieder anschließen;
- die internationale Gemeinschaft müsse sich der Palästinafrage entschlossen und kreativ annehmen und einen umfassenden Frieden im Nahen Osten herbeiführen.

Letzteres ist das übergreifende und entscheidende Kriterium für jedwede Friedenspolitik gegenüber dem israelisch-palästinensischen Konflikt. Die Perspektive für Israels Existenz im Nahen Osten liegt auf lange Sicht nicht in militärischer Überlegenheit, sondern in dessen Fähigkeit, sich in die Region einzupassen und das Stigma zu widerlegen, es sei der „Stachel des Westens im Fleische“ des arabischen, islamischen Nahen Ostens. Dabei sollte deutsche Nahostpolitik helfen. Eine möglichst umgehende Zweistaatenlösung zwischen Israel und Palästinensern auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und ein vereinbarter Modus vivendi zwischen diesen Staaten könnten nicht nur die Akzeptanz von Israels Existenzrecht in der Region dauerhaft verankern, sondern auch den Weg zu friedlicher Koexistenz mit seinen Nachbarn öffnen.

Berlin, den 27. Juli 2006

Gezeichnet:

Ackern, Gertrud van, Dipl.-Sozialpädagogin, Tübingen; Albrecht, Anette, Heidelberg; Albrecht, Karl-Georg, Gemeinderat, Gerstetten; Al-Hayali, Thair, Ludwigshafen; Althoff, Markus, Michendorf; Prof. Dr. Altvater, Elmar, Berlin; Alvensleben, Oda von, Tübingen; Ammon, Inge, M.A., Friedensinitiative Christen der Region München; Anhenn, Ingo, Stuttgart; Arendt, Erhard, Dortmund; Dr. Arnim, Wolf Herman von, Idar Oberstein; Ascheraden, Wilhelm von, Pfarrer, Offenburg; Atsma, Lisa, Freiburg; Atsma, Rudolf, Pfarrer, Freiburg; Babis, Hella, Lahr; Dr. Balke, Fritz, Berlin; Bastian, Anka, Lauterbach; Dr. Bastian, Johannes, Mühlacker; Bastian, Wolfgang, Lauterbach; Bastian-Engelbert, Christiane, Mühlacker; Dr. Bathke, Peter, Köln; Battistini, Sandra, Dipl.-Pol., Berlin; Bauer, Matthias, Berlin; Baz, Elia, Heroldstatt; Dr. Behrendt, Rainer, Berlin; Beier, Meike, Heusenstamm; Beitz, Marlies, Stuttgart; Beiz, Winfried, Dipl.-Theol., Heidelberg; Bennhold, Agnes, Heidelberger Friedensratschlag, Heidelberg; Beuß, Susanne, Bremen; Bitter, Nicole, München; Bittl, Karl-Heinz, Oberasbach; Blach, Roland, Stuttgart, Deutsche Friedensges.-Vereinigte Kriegsgegnerinnen; Bliss, Friederike R., Michendorf; Blochwitz, Angelika, Rom; Blume, Margit, Hamburg; Prof. Bock, Siegfried, Botschafter a.D., Ber-

lin; Böhm, Volker, Berlin; Böhringer, Siegfried, Pfarrer, Nagold; Bosch, Erika, Düsseldorf; Prof. Brie, Michael, Berlin; Bringer, Gabriele, Dipl.-Psych., Berlin; Bruetting, Eva-Maria, Fürth; Dr. Brunner, Heinrich, Bad Endorf; Bruns, Jan, Darmstadt; Bürger, Peter, Düsseldorf; Prof. Dr. Buro, Andreas, Komitee f. Grundrechte und Demokratie, Grävenwiesbach; Busche, Julia, Göttingen; Chodura, Ethel, Lauterbach; Chodura, Hartmut, Lauterbach; Couley, Patrick, Berlin; Dr. habil. Crome, Erhard, Berlin; Dallener, Marianne, Berlin; Dallmer, Grischa, Berlin; Danneck, Hartmut, Oberstudienrat, Villingen-Schwenningen; Diek, Klaus, Ravensburg; Prof. Dr. Dietrich, Barbara, Frankfurt; Dietsche, Friederike, Heidelberg; Dischler, Erhard, Pax Christi, Grevenbroich; Dostal, Barica, Lauterbach; Prof. Dr. Duchrow, Ulrich, Heidelberg; Dürr, Gerhard, Pfarrer, Stuttgart; Dr. Eberlein, Helmreich, Flensburg; Prof. Dr. Eckhardt, Juliane, Langen; Dipl.- Ing. Eichel, Winfried, Stuttgart; Eisfeld, Mechthild, Freiburg; Enderle, Markus und Silke, Rastatt; Engel, Elisabeth, Pax Christi, Netphen; Erlemann, Edmund, Pfarrer, Mönchengladbach; Fabricius, Annegret, Heidelberg; Feder, Margit, Bendorf; Ferreira da Silva, Edgar, Rüsselsheim; Fielenbach, Rainer P., Strausberg; Flach, Hanna, Dipl.-Psych., Aliensbach; Frommelt, Wolfram, Ravensburg; Prof. Dr. Fuchs, Albert, Meckenheim; Fuchs, Harald, Köln; Prof. Dr. Funke, Joachim, Heidelberg; Gaisler, Bernd, Riedlingen; Ganko, Marion, Dipl.-Geogr., Bochum; Gebert, Werner, Pfarrer, Offerdingen; Gildemeister, Jan, Dipl. Pol. Hennef; Gnändinger, Franziska, Pfarrerin, Heidelberg; Golimbeck, Gustafa, Dipl.-Psych., Bonn; Gollwitzer, Christiane, Stuttgart; Grabowski, Wolfgang, Botschafter a.D., Berlin; Groll, Franz, Geelingen; Groll, Marie-Jose, Geelingen; Grunow, Michaela, Berlin; Günther, Evelyn, Heidelberg; Gußmann, Christa, Waiblingen; Haerberle, Renate, Schwäbisch Hall; Haida, Gerhard, Botschafter a.D., Berlin; Hanschen, Kirsten, Bremen; Hardt, Tobias, Esslingen; Hauger, Heinz, Pfarrer i. R., Herrenberg; Heinemann, Hildegard, Dipl. Sozialökonomin, Hamburg; Dr. Hellner, Jürgen, Botschafter a.D., Bonn; Heule, Hans-Georg, Schwai-gern; Herrmann, Albrecht, Pfarrer, Heidelberg; Higel, Werner, Pfarrer, Freiburg; Dr. Hillerich, Elisabeth, Ulm; Hitze, Franz-Karl, Dipl. Staatswiss., Botschaftsrat a.D., Berlin; Hoerber, Dirk, Stuttgart; Hoerth, Roswitha, Bühl; Hoffmann, Elfriede, Rottweil; Höftberger, Helmut, Grieskirchen; Holsten, Mareike, Dipl.-Sozialpädagogin, Hamburg; Huber, Alfred, Fachschulrat, Heilbronn; Husheer, Gabriele, Bremen; Imsirivić, Senad, Wien; Iskenius, Ernst-Ludwig, Villingen; Dr. Janson, Udo, Freiburg I. Br.; Jaeschke, Norbert, Botschafter a.D., Berlin; Jaspers, Wilfried, Mainz; Dr. Käss, Hellmut, Braunschweig; Kannen, Rolf, Geschäftsführer pax christi, Bistumsstelle Freiburg; Karch, Ursel, Ludwigshafen; Kaufmann, Alfons, Costrop-Rauxel; Keck, Waltraud, Waiblingen; Kekic, Niko, Lauterbach; Dr. Keller, Richard, Dortmund; Kenty, Steffen, Mainz; Kern, Karl-Heinz, Botschafter a.D., Berlin; Kern, Stefan, Friedensinitiative Main-Taunus, Hofheim a. Taunus; Kerschgens, Karl, Staatssekretär a. D., Bensheim; Dr. Kiefer, Markus, Ulm; Kirstein-Mätzold, Liselotte, Hannover; Kiss, Angela, Düsseldorf; Klatt, Ernst-Günther, Freiburg; Dr. Kleinau, Tilmann, Stuttgart; Kleinwächter, Birke, Hamburg; Klepzig, Annette, Leimen; Klingberg, Insa, M.A., Balingen; Knauss, Heiner, Meckenheim; Knobbe, Heinz, Botschafter a.D., Berlin; Köhler, Helga, Niamey, Niger; Dr. Köhnlein, Dieter, Karlsruhe; Köhnlein, Rosemarie, Karlsruhe; Dipl.-Ing. Kölblin, Robert, Lörrach; Koschenz, Günter, Langen; Kosjek, Jutta, Studienrätin, Hamburg; Krauß, Wolfgang, Bammental; Kreher, Sibylle und Jochen, Schallstadt; Krings, Hellmut, pax christi, Achem; Prof. Dr. Krysmanski, Hans-Jürgen, Münster; Kubier, Brigitte und Martin, Bietigheim-Bissingen; Dr. Ing. Kühne, Eckart; Chemnitz; Landenberger, Hans, Gammertingen; Langenberger, Regine D.; Dipl.-Haushaltsökonom, Sigmaringen; Langer, Bobby, Würzburg; Lechler, Martina, Esslingen; Dr. Lempp, Walter, Pfarrer i. R., Stuttgart; Lempp, Elisabeth, Stuttgart; Leonhardt, Kai, Eschborn; Lindner, Horst, Botschafter a.D., Berlin; Lison, Elke, Bliedhausen; Prof. Dr. Lohmann, Ingrid, Hamburg; Lohse, Helmut, Dipl.-Päd., Bremen; Ludwig, Uta, Tübingen; Lüttmann Valencia, Maria Eugenia, Dipl.-Dolm., Leinen; Männer, Petra, Tuttlingen; Marx, Philipp, Rottenburg; Mason, Julia, Leinfelden; Mätzold, Fritzjof, Hannover; Maisenbacher, Christa, Herrenberg; Mauersberger, Günter, Botschafter a.D., Berlin; Maurer, Andreas, Stuttgart; Mayer, Axel, Freiburg i. Br.; Mayr, Andre-

as, Dipl.-Ing, Ulm; Mazaracis, Gabriele, Freren; Mehl, Karl, Pfarrer, Burgau; Meinshausen, Gudrun und Helmut, Merzhausen; Mende, Peter, Botschafter a.D., Berlin; Mertens, Marsha, Münster; Mesch, Helga, Bremen; Meyer, Horst, Dipl.-Ing., Kraichtal; Micheel, Hans-Jürgen, Botschafter a.D., Neuenhagen; Prof. Dr. Mieke, Georg, Marburg; Dr. Mieke, Sabine, Marburg; Prof. Dr. Mies, Maria, Köln; Monika, Dipl. Sozialpädagogin, Bremen; Mork, Michael, Bremen; Mork, Werner, Kronach; Mühl, Thomas, Heidelberg; Mujanić, Jasminka, Lauterbach; Müller, Norbert, Schwäbisch Gmünd; Müller, Norbert, terre des hommes, Schwäbisch Gmünd; Neef, Bärbel, Wiesbaden; Prof. Dr. Neelsen, John, Tübingen; Nowak, Sean, Berlin; Oettel, Eberhard, Oberst a. D. Berlin; Prof. Dr. Orth, Gottfried, Braunschweig; Ott, Alexandra, Berlin; Ott, Monika, Denisdorf; Prof. Dr. Peach, Norman, MdB, Hamburg; Petersen, Dipl.-Sozialarbeiterin, Zentrum Selbstbestimmt Leben e. V., Stuttgart; Pfeiffer, Otto, Botschafter a.D., Berlin; Dr. Pfister, Hellmut, Erlangen; Dr. Pospischil, Hans Thomas, Heidelberg; Pöter, Franz, Bonn; Dr. Prestele, Hans, Lörrach; Raiber-Di Gaetano, Sibylle, Rottenburg; Rauschenberger, Johannes, Dipl.-Kaufmann, Stuttgart; Rauschmayer, Luise, München; Remitier, Elena, Freiburg; Remmer, Francis, Freiburg; Remmer, Johannes, 0 ST R, Freiburg; Remmer, Marike, Freiburg; Remmer, Odile, Freiburg; Rempel, Bernhard, pax christi, Meckenheim; Dr. Resch, Ralf, Neuss; Richter, Bergrun, Gießen; Prof. Dr. Dr. Richter, Horst-Eberhard, Gießen; Rieg, Hartmut, Karlsruhe; Riegels, Erdmuthe, Dipl.-Psychologin, Essen; Rinneberg, Christoph, AG Frieden wagen, Wembach; Robinson, Ulli, Bornheim; Roeder, Edgar, Botschafter a.D., Potsdam; Roepel, Stefan, Kassel; Rotter, Heinz, Freiburg; Rüger, Thomas, Dipl.-Sozialpäd., Nürnberg; Salkowski, Wilhelm, Aurich; Schaale, Diethild, Frauennetzwerk Nahost, Leinfelden-Echterdingen; Scharfenberg, Günther, Botschafter a.D., Kühlungsborn; Schelbert, Erwin, München; Schindler, Hans, Gesandter a.D., Berlin; Schlang, Peter, Althengstett; Schlupp-Hauck, Wolfgang, Schwäbisch Gmünd; Dr. Schluroff, Maik, Konstanz; Schmaus, Christine, attac, Mutlangen; Schmid, Eleonora, Botschafterin a.D., Gehren; Dr. Schmid, Manuel, Ulm; Schmid, Michael, M.A., Gainmertungen; Dr. Schneider, Erich, Mössingen; Schneider, Margit, Blieskastel; Schnelle, Marianne, Arbeitskreis Frieden Nordhorn, Nordhorn; Schroth, Doris, Wiesbach; Schroth, Günter, Diakon, Wiesbach; Schubert, Gerhard, Pfarrer, Ditzingen; Schüler, Silvia, Heddesheim; Dr. Ing., Schulze, Dietrich, Karlsruhe; Seibert, Reinhardt, Pfarrer, Sindelfingen; Seibold, Fritz, Diakon, Remsbalden; Seibold, Fritz, Diakon, Remshalden; Seidel, Freimut, Botschafter a.D., Berlin; Dr. Seifert, Arne, Botschafter a.D., Groß-Fredenwalde; Seifert, Jörg, Berlin; Simon, Christa und Rainer, Reutlingen; Prof. Dr. Sorg, Richard, Hamburg; Prof. Dr. Steeger, Gerhard, Erlangen; Steinbicker, Otmar, Aachen; Steinhagen, Elisabeth, Wieren; Steinhagen, Jochen, Wieren; Stengele, Peter, Pfarrer, Aliensbach; Stiehler, Sabine, Schramberg-Sulgen; Prof. Dr. Stolle, Volker, Mannheim; Stolz, Hilde, Heidelberg; Straßburger, Doris, Pfarrerin I. R., Essen; Dipl.-Ing. Sträub, Tilmann, Cottbus; Sträub, Ursula, Dipl.-Sozialpädagogin, Heilbronn; Sträub, Volker, Dipl.-Ing., Heilbronn; Dr. Tackmann, Kirsten, MdB, Tomow; Tlach, Hanna, Dipl.-Psych. Allensbach; Tomaić, Pavle, Lauterbach; Traupe, Andreas, Dipl.-Informatiker, Karlsruhe; Trottier, Gerhard, Pfarrer i. R., Sendenhorst; Prof. Dr. Tuschling, Burkhard, Marburg; Uehlein, Dirk, Karlsruhe; Unger-Leistner, Cornelia, Mainz; Varchmin, Joachim, Berlin; Vögele, Hildegard, Ammerbuch; Völkel, Rupert, Arabist, Eichwalde; Volz, Hansmartin, Pfarrer, Gammertingen; Vos, Ute, Pfarrerin, Neunkirchen; Dr. Voß, Hans, Botschafter a.D., Berlin; Wacha, Kerstin, Kirchheim-Teck; Wachowitz, Stefanie, Wassenberg; Prof. Dr. Walz, Hans, Baienfurt; Warnatzsch, Katrin, Gammertingen; Weber, Peter B., Ellern; Dr. Weiler-Lorentz, Arnulf, Heidelberg; Dr. Well, Roland, Schwaikheim; Dr. Wenig, Sibylle, Ludwigsburg; Werner, Maria-Luise, Dipl.-Religionspäd., Freiburg; Dr. Winter, Heinz-Dieter, Botschafter a.D., Vogelsang; Wolf, Anja, Friedensplenum-Antikriegsbündnis Tübingen, Tübingen; Zeilinger, Dietrich, Pfarrer, evangelischer Oberkirchenrat, Karlsruhe; Zimmermann, Frank, Schondorf

Krieg, Politik und Religion im Heiligen Land

Weihnachten schaut die Welt nach Bethlehem, dem Ort, wo nach biblischer Überlieferung vor mehr als zweitausend Jahren Jesus Christus zur Welt gekommen war. Sechshundert Jahre später verkündete Mohammed mit dem Koran den Islam, der auch Jesus Christus als Propheten anerkennt. Der Nahe Osten ist der Ursprung dreier Weltreligionen: Judentum, Christentum und Islam. Doch gerade das Heilige Land, wo nach dem Lukas-Evangelium in Bethlehem in der Geburtsnacht von Jesus die Botschaft vom „Frieden auf Erden“ verkündet wurde, ist Schauplatz eines nicht enden wollenden Konfliktes, der in diesem Jahr zum sechsten Krieg seit 1945 führte.

Wer heute den Weg von Maria und Josef von vor zweitausend Jahren von Nazareth nach Bethlehem gehen will, wird den Geburtsort von Jesus nur unter größten Schwierigkeiten, als muslimischer oder christlicher Palästinenser vielleicht überhaupt nicht, erreichen. Durch die von Israel errichtete Mauer, von Israel „Sicherheitszaun“ genannt, ist das 10 km von Jerusalem entfernte Bethlehem fast eingemauert. Der Besucher muss über Wälle steigen, die von der israelischen Armee aus Erde und Felsbrocken zusammengeschichtet wurden. Israelische Kontrollposten und für ihn verbotene „strategische Straßen“ werden seine Wanderung immer wieder unterbrechen. Bethlehem selbst, vor zehn Jahren noch eine blühende Pilgerstätte, macht heute einen trostlosen und verwahrlosten Eindruck. Besucher sehen aufgerissene Gehsteige, von Schlaglöchern zerstörte Straßen und unfertige Häuser. Säcke mit Abfall türmen sich an der Strasse zu stinkenden Bergen, man sieht kaum noch tätige Handwerker. Die Hotels haben keine Gäste.

Im Jahr 2002 wurde die Geburtskirche von der israelischen Armee belagert und beschossen, weil sich 40 junge Palästinenser, vor allem von der Al-Aqsa-Brigade, dort hinein geflüchtet hatten. In die Kirche einzudringen, in der auch Muslime beten dürfen, wagte die israelische Armee nicht. Diese Kirche wurde zwischen 326 und 335 vom römischen Kaiser Konstantin I. an der Stelle errichtet, wo gemäß der Überlieferung Jesus geboren wurde. Um eine Katastrophe zu verhindern, handelte der damalige amerikanische Außenminister Colin Powell nach etwa vier Wochen Belagerung zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Scharon und Arafat einen Kompromiss aus, der zur Deportation von 13 Palästinensern führte, die von Israel als „gefährliche und überführte Terroristen“ benannt wurden, die übrigen blieben in Freiheit in Palästina.

Was hat der Palästinakonflikt mit Religion zu tun? Konflikte und Kriege, so wichtig für daran Beteiligte auch religiöse Motive, Überzeugungen und Emotionen gerade im Heiligen Land sein mögen, haben vor allem politische Ursa-

chen und müssen durch politische Übereinkünfte geregelt werden. Im israelisch-palästinensischen Konflikt geht es um Territorium und eigene staatliche Existenz. Auf der Grundlage der UNO-Resolution 181 von 1947 sollte Israel als jüdischer Staat auf etwa 56 % des Territoriums des ehemaligen britischen Mandatsgebietes Palästina gegründet werden, dem bis heute nicht existierenden palästinensischen Staat waren damals etwa 44 % zugedacht. Im Ergebnis der Nahostkriege von 1948/49 und von 1967 eignete sich Israel über 78 % des ehemaligen Mandatsgebietes an und strebt heute die Einverleibung weiterer großer Teile des Westjordanlandes an. Die Palästinenser kämpfen heute noch für den eigenen Staat und sind bereit, ihn in den Grenzen von 1967, d.h. auf den noch verbliebenen 22 %, zu errichten.

Eine unheilvolle Entwicklung setzte ein, als radikal-religiöse Kräfte auf beiden Seiten die Religion für ihre politischen Ziele instrumentalisierten. Unter dem Eindruck des Wahlsieges der islamistischen Hamas empfand es der israelische Friedensaktivist Uri Avnery in einem Aufsatz im Februar 2006 als bedrückenden Albtraum, dass der Palästinakonflikt einen religiösen Charakter annahm. Er, der wie kaum ein anderer in den letzten Jahrzehnten die brutale Unterdrückungspolitik Israels gegenüber den Palästinensern angeprangert hat, macht darauf aufmerksam, dass gegenüber der ursprünglich eher nichtreligiösen zionistischen Bewegung nach dem Sechstagekrieg 1967 orthodoxe religiöse Kräfte in wachsendem Maße die israelische Staatspolitik beeinflussen und die jüdische Religion ihrer universellen Werte berauben, so dass sie zu einem „engstirnigen, militanten, fremdenfeindlichen Stammesglauben, dem es um Eroberung und ethnische Säuberung“ geht, mutierte. Sie erheben Anspruch auf das ganze Heilige Land. Deshalb unterstützen und fördern diese Kräfte, vor allem in der Nationalreligiösen Partei und im Gusch Emunim („Block der Getreuen“) konzentriert, die Siedlertätigkeit in den besetzten palästinensischen Gebieten. Diese wurde bisher von allen israelischen Regierungen unterstützt und droht, den Palästinensern nochmals einen großen Teil des von ihnen beanspruchten nach 1967 verbliebenen Territoriums von 22 % zu rauben.

Mit dem Beginn der ersten Intifada 1987 vollzog sich auch unter den Palästinensern eine Entwicklung, die religiösen Kräften, der aus den Moslebrüdern hervorgegangenen Hamas, einen zunehmenden Einfluss gab. Diese machte schließlich der säkularen PLO, der auch viele palästinensische Christen angehören, den führenden Rang streitig. Entsprechend ihrer Charta aus dem Jahre 1988 ist Hamas aber „davon überzeugt, dass das Land Palästina ein islamisches Waqf-Land für die Generationen der Muslime bis zum Tag der Auferstehung ist“. Das bedeutet, dass - unter religiöser Obhut befindlich - kein Teil Palästinas an Nichtgläubige gegeben werden darf.

Anspruch auf das Heilige Land als religiösen Besitz erhebt auch eine Gruppe evangelikanischer christlicher Fundamentalisten mit beträchtlichem Einfluss unter den Neokonservativen in den USA. Nach ihrer Lehre sollen die Ju-

den ins Heilige Land zurückkehren, um die Wiederkunft Christi zu ermöglichen. Die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik wird von dieser Seite tatkräftig gefördert. Solche sich einander ausschließende Ansprüche auf Palästina erschweren eine politische Lösung in dem Maße, wie sie Einfluss auf die Politik erlangen.

Ist unter solchen Bedingungen ein Kompromiss überhaupt möglich? Uri Avnery bejaht das. Aber es sei viel, viel schwerer. Einem frommen Muslim sei es erlaubt, einen Waffenstillstand über 100 Jahre und mehr auszurufen. Ariel Sharon, der seine Karriere als uneingeschränkter „Großisrael“-Vertreter begann, dann aber die Siedler aus dem Gazastreifen abzog, sprach von „langfristigen Abmachungen“. In der Politik tendieren vorläufige Maßnahmen dauerhaft zu werden. Es wären jedoch viel Weisheit, Raffinesse, Spitzfindigkeit und Geduld erforderlich, um unter diesen schwierigen Umständen eine Lösung zu erreichen, meint Uri Avnery.

Von Weisheit ließ sich die Politik der USA und der Europäischen Union mit ihrer Reaktion auf den Wahlsieg der palästinensischen Hamas nicht leiten. Denn diese ist zu einem langfristigen Waffenstillstand, zur sog. Hudna, bereit. Und das Ende von Krieg und Gewalt wäre wohl zunächst das Allerwichtigste, um dem Heiligen Land dauerhaften Frieden für Muslime, Juden und Christen gleichermaßen zu ermöglichen.

Die weihnachtliche Friedensbotschaft im Lukas-Evangelium erinnert daran, dass die Weltreligionen Wesentliches für den Frieden leisten können, wenn sie nicht fundamentalistisch für menschenfeindliche Ziele instrumentalisiert werden. Der katholische Religionswissenschaftler Hans Küng hat in seinen weltweit bekannten wegweisenden Büchern über das Judentum, das Christentum und den Islam die unerschütterliche Hoffnung begründet, „dass alle drei Weltreligionen gemeinsam einen unverzichtbaren Beitrag zu einer friedlicheren und gerechteren Welt leisten werden“. So zeigt auch das von Hans Küng begründete Weltethos, gemeinsam getragen von religiösen und nichtreligiösen Menschen, dass es Alternativen gibt zu der von Samuel P. Huntington vor zehn Jahren verkündeten Perspektive eines angeblich unvermeidlichen „Kampfes der Kulturen“ zwischen dem Islam und dem Westen im 21. Jahrhundert.

Wenn der Geburtsplatz von Jesus, Bethlehem, wieder eine blühende Pilgerstätte wird und Muslime, Christen und Juden im friedlichen Miteinander die heiligen Stätten der drei Weltreligionen in Jerusalem besuchen dürfen, dann wäre das eine inspirierende Vision für den „Frieden auf Erden“.

In: „Leipzigs Neue“, 22. Dezember 2006

Jürgen Hellner

Wasserzugang und Wasserverteilung im Nahen Osten als politisch-diplomatischer Faktor

Für die Wasserressourcen des Nahen Ostens gilt seit jeher die politische Formel „Wasser ist Macht“. Damit werden diese Ressourcen nicht zuletzt auch wegen der Wasserknappheit in diesem Raum (Libanon vielleicht ausgenommen) im Rahmen möglicher Konfliktlösungen zu einem wichtigen Mittel für Zusammenarbeit und Ausgleich zwischen den jeweiligen Konfliktparteien. Diese sind in wechselnden Konstellationen für den hier betrachteten Raum Libanon, Syrien, Jordanien, Israel und die palästinensischen Gebiete (Westbank und Gaza). Als Wasserressourcen kommen in Frage der Jordan, Israels Hauptwasserquelle, mit den Quellflüssen Banyas aus den syrischen Golanhöhen, dem libanesischen Hasbani und dem israelischen Dan. Südlich des Sees Tiberias mündet der Jarmuk (syrisch-jordanischer Grenzfluss) in den Jordan. Zusätzlich bieten die Westbanks ein beachtliches Grundwasseraufkommen.

Entwicklung des Streits um die Wasserreserven außerhalb internationaler Vereinbarungen

In der neueren Geschichte des Nahen Ostens ergaben sich in der Zeit nach der Gründung der ersten jüdischen Kolonie in Rosh Pinna (Galiläa/1895) und verstärkt nach dem ersten Zionistenkongress in Basel (29.-31.08.1897) und der daraus resultierenden zionistisch motivierten Einwanderung zunehmend örtlich begrenzte Konflikte um Brunnennutzungen. Diese Auseinandersetzungen verschärften sich mit nunmehr politischem Unterton nach der Gründung des Staates Israel (14.05.1948) und der damit verbundenen Politik der Landnahme und der Urbarmachung.

Der zur Entschärfung dieser Konflikte unternommene Vermittlungsversuch der Johnston-Mission (1953-1955) scheiterte am Prinzip der Nichtanerkennung des Staates Israels seitens der beteiligten arabischen Staaten einerseits und an sicherheitspolitischen Positionen Israels andererseits. Es begannen die Jahre einseitiger Maßnahmen zur Sicherstellung des eigenen Ressourcenanteils: Israel errichtete (1959/64) den National Water Carrier, um Wasser vom See Tiberias zur landwirtschaftlichen Bewässerung in den Negev zu leiten. Das syrisch-jordanische Umleitungsprojekt am Jarmuk wurde 1965 von der israelischen Luftwaffe bombardiert. Durch den Junikrieg 1967 notwendig gewordene Reparaturarbeiten am East Ghor Kanal wurden durch Israel behindert. Die Finanzierung des geplanten syrisch-jordanischen Staudamms am Jarmuk (Sad al wah-da/Damm der Einheit) wurde von Israel in der Weltbank verhindert. Die Arabi-

sche Liga entwickelte den Arab Diversion Plan zur Umleitung zweier Quellflüsse des Jordan (1964 - nicht verwirklicht). Nach dem Libanonkrieg (1982) und der Besetzung des südlichen Teils des Landes entwickelte Israel Pläne, sich das Wasser des gänzlich im Libanon verlaufenden Flusses Litani durch Ableitung zu Nutzen zu machen.

Der Streit um die Wasserressourcen in Verträgen und im Oslo-Prozess

Im Rahmen ihres Friedensvertrages vom 26. Oktober 1994 vereinbarten Israel und das Haschemitische Königreich, die Wasserverteilung der gemeinsam genutzten Gewässer (Jarmuk und Jordan sowie das Grundwasser im Wadi Araba), „die rechtmäßige Aufteilung des Wassers ... in Übereinstimmung mit den vereinbarten annehmbaren Prinzipien, Mengen und Qualitätskriterien beiderseitig anzuerkennen ...“ (Art. 6, Ziff.1 des Vertrages). Artikel 6 des Friedensvertrages sieht auch die Zusammenarbeit in einer Reihe von Projekten vor, die aber bisher kaum verwirklicht werden konnten. Zudem wollte Israel schon während der Dürreperiode 1998/1999 die Jordanien zugesagte Wassermenge nicht liefern.

Anders als mit Jordanien konnte Israel mit der palästinensischen Seite noch nicht zu einer umfassenderen Vereinbarung in Wassernutzungsfragen kommen. Auch der so genannte Oslo-Prozess ändert daran substanziell wenig. Das Oslo-I-Abkommen vom 04.05.1994 (auch als Kairo-Abkommen oder Gaza-Jericho-Abkommen bekannt)⁶² konnte keine einvernehmliche Präzisierung der Osloer Prinzipienklärung vom 13.09.1993 (Declaration of Principles) in dieser Frage erreichen.

Sah die Prinzipienklärung in Art. VII unter anderem die Schaffung einer palästinensischen Behörde zur Wasserbewirtschaftung vor, konnte deren Zuständigkeit in Oslo I wegen fortbestehender wasserpolitischer Differenzen nur rein administrativ beschrieben werden („... alle Wasser- und Abwassersysteme im Gazastreifen und dem Jerichogebiet werden durch die Nationale Palästinensische Behörde verwaltet und entwickelt“). Die Frage der Wasserzuteilung wurde indessen einmal mehr auf die Zukunft vertagt.

Das Oslo-II-Abkommen (24.09.1995, auch als Taba-Abkommen oder Interimsabkommen bekannt geworden) ließ diese Fragen praktisch ebenfalls offen, ja, es wurde ihretwegen sogar verzögert. Es sieht allerdings ohne grundsätzliche Kompetenzregelung zusätzliche Wassermengen für die palästinensische Bevölkerung in den Westbanks und im Gazastreifen vor. Eine „Joint Water Commission“ soll bis zu einer endgültigen Regelung des Status der besetzten Gebiete für Wassermanagement im Westjordanland zuständig sein.

⁶² Zu den Oslo-I- und Oslo-II-Verträgen sowie zur Osloer Prinzipienklärung vgl. das entsprechende Stichwort in: „Nahost Lexikon“, 2001, S. 247 ff., S.249 ff. und S. 251 ff.

Der gegenwärtige Umfang der Wassernutzung und Wasserzuteilung

Der gegenwärtige Umfang der Wassernutzung und Wasserzuteilung in den Westbanks, dem Gazastreifen, auf den Golanhöhen und in Israel wird praktisch durch zwei halbstaatliche Organisationen, die dem israelischen Landwirtschaftsministerium unterstellt sind, bestimmt: Mekorot ist für die Bereitstellung des Wassers, Tahal für die entsprechende Planung zuständig. Seit der Besetzung des Westjordanlandes, des Gazastreifens und der Golanhöhen im Jahre 1967 verwaltet Israel fast das gesamte Wassersystem des hier besprochenen Raumes. Dabei ist festzustellen, dass die israelische Wasserentnahme aus nicht erneuerbaren Grundwasservorkommen wahrscheinlich zu unumkehrbaren ökologischen Schäden führen wird. Anders als Syrien und Libanon, die eine positive Wasserbilanz aufweisen, leben Jordanien und Israel mit einem nicht zu übersehenden Wasserdefizit „auf Pump“ bei späteren Generationen. Israel beansprucht jährlich etwa 100 bis 200 Mio. m³, Jordanien etwa 35 bis 40 Mio. m³ Wasser mehr, als erneuerbare Ressourcen zur Verfügung stehen. Das bedeutet eine rund 20%ige Überforderung der gegenwärtigen Wasserreserven.

Israels Bevölkerung verbraucht gegenwärtig 274 l/Tag pro Kopf, die Einwohner Jordaniens müssen mit 58 l/Tag auskommen. Der Pro-Kopf-Verbrauch im Westjordanland liegt bei 47 l/Tag, im Gazastreifen bei 77 l/Tag (die Bewohner der Flüchtlingslager müssen sogar mit nur 44 l/Tag auskommen). Zum Vergleich: in Deutschland liegt der Pro-Kopf-Verbrauch bei 130 l/Tag. Hieraus ergibt sich, dass der israelischen Bevölkerung unverhältnismäßig mehr Wasser zur Verfügung steht als den palästinensischen Bewohnern, die in einem klimatisch schwierigen, mehr Wasser erfordernden Gebiet über weniger Wasser pro Kopf verfügen als ein Deutscher in gemäßigter Zone.

Dieses eklatante Ungleichgewicht in der Wasserverteilung ist vor allem das Ergebnis der von Israel in den besetzten arabischen Gebieten betriebenen Wasserpolitik: Im Westjordanland und im Gazastreifen haben die zuständigen israelischen Behörden (s. vorstehender Abschnitt) den Palästinensern durch administrative und legislative Maßnahmen Schritt für Schritt den Zugang zu den Wasserreserven ihres Landes verbaut.⁶³ Die Ressourcen wurden (völkerrechtswidrig) zu israelischem Staatseigentum erklärt. Dies ging Hand in Hand mit der Enteignung entsprechender Ländereien und nur sehr eingeschränkter Vergabe von Erlaubnissen für Brunnenbau.

Der landwirtschaftliche Anbau mit Bewässerung wurde durch entsprechende Bewässerungszeiten und durch - gegenüber den für Israelis geltenden Wasserpreisen - außerordentlich hohe Entgelte limitiert. Damit wurde die sozio-

⁶³ Vgl. Herz, Dietmar/Steets, Julia, „Palästina, Gaza und Westbank, Geschichte, Politik und Kultur“, München 2001, S. 120

ökonomische Entwicklung der betroffenen Gebiete zu einem funktionierenden Gemeinwesen beträchtlich behindert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht. Der Palästinenser Hehad Al Sheikh Khalil, Historiker an der palästinensischen Islamic University, stellt hierzu fest: „For me, the most important to mention is the destruction or usurpation of Gaza’s natural resources and thus our self-sufficiency and ability to trade. For example our water.“ Und weiter: “In addition to ... destroying Gaza’s natural resources or access to them, Israel has also decimated a thriving economy over the past four decades.“⁶⁴ Das mit diesen Maßnahmen den Bewohnern der besetzten Gebiete entzogene Wasser wird in das israelische Netz zur Wasserversorgung eingespeist.

Das Ergebnis liegt auf der Hand: fast 75 % der Wasserressourcen der 1967 besetzten Gebiete werden in Israel verbraucht. Israels Wasserbedarf von etwa 2 Mrd. m³/Jahr stammt zu fast 45 % oder mit 900 Mio. m³/Jahr aus diesen Territorien. Die früheren israelischen Siedler im Gazastreifen und die heute noch im Westjordanland siedelnden Israelis verfügten bzw. verfügen über beinahe 300 % mehr Wasser als die palästinensische Bevölkerung dieser Gebiete.⁶⁵ Anzumerken ist noch, dass Israel 70 % des so geschaffenen Wasserangebotes in eine expandierende landwirtschaftliche Bewässerung leitet, die allerdings nur mit etwa 8,5 % zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt.

Die Bedeutung der Wasserverteilung in den besetzten Gebieten und der israelischen Wasserentnahme für eine Friedensregelung

Dass die Frage der Zuteilung gerechter Wasserquoten an die betroffenen Parteien im Nahen Osten (also Libanon, Syrien, Jordanien, Israel und ein künftiger palästinensischer Staat) letztlich nur im Wege einer regionalen Zusammenarbeit und im Rahmen eines effektiven Wassermanagements zu beantworten sein wird, ist seit der Johnston-Mission in den 50er Jahren klar. Bekanntlich scheiterte die Mission (s.o.). Aber auch die sich aus der Konferenz von Madrid (31.10. und 01.11.1991, Schirmherrschaft der USA und der damaligen UdSSR)⁶⁶ ergebenden entsprechenden Bemühungen verliefen letztlich im Sande. Die Arbeitsgruppe „Wasser“ (neben vier anderen Gruppen) vermochte in ihren drei Sitzungen (1991-1993) kein Ergebnis zu erzielen, sie scheiterte hauptsächlich an Verfahrensfragen. Auch war Israel nur bereit, über technische Fragen von Wasserprojekten oder Wasserimport, nicht aber über Wasserquoten zu sprechen. Weitere internationale/multilaterale Bemühungen um Vereinbarungen hat es bisher nicht gegeben, auch nicht nach Ingangsetzung des so genannten Oslo-

⁶⁴ Zitiert nach Ibrahim M. Oweiss, „Life in Gaza Before - and After - the 1967 War“, in: Washington Report on Middle East Affairs, Vol. XXVI, No.4, May/June 2007, S. 22 ff., hier S.35).

⁶⁵ Vgl. Herz/Steets, a.a.O., S. 73 und 77

⁶⁶ Siehe Stichwort „Madriider Friedenskonferenz“, in: „Nahost Lexikon“, a.a.O., S. 224 ff.

Prozesses (seit Mai 1994). Allein das Königreich Jordanien vermochte diese Frage für sich mit Israel bilateral zu regeln. Da das Königreich Jordanien und ein künftiger Staat Palästina sich das Wasser aus dem unteren Teil des Jordan werden teilen müssen, war der Friedensvertrag insoweit ein Vorteil für Amman, als er palästinensischen Ansprüchen vorgriff.⁶⁷

Die palästinensischen Bemühungen um größere Wasserzuteilungen und vor allem auch um Anerkennung eigener originärer Wasserrechte und Israels Entschlossenheit, den gegenwärtigen, für es zweifellos sehr günstigen Zustand der „totalen Souveränität“ über alle Wasserressourcen in seinem Herrschaftsreich zu erhalten, stehen sich, so scheint es zumindest, kompromisslos gegenüber. Nicht umsonst ist Tel Aviv stets daran interessiert, die Beantwortung dieser Frage auf die abschließenden Verhandlungen (final status talks) zu vertagen. Lediglich das Interimsabkommen vom September 1995 (s.o.) greift dieses Thema in Art. 40, Abs. 1 seines 2. Anhangs auf: palästinensische Wasserrechte werden hier grundsätzlich anerkannt. Der materielle Inhalt dieser Rechte soll sich aber erst in späteren Verhandlungen ergeben.

Nach dem bisher festzustellenden taktischen Lavieren Israels bedeutet dies mit ziemlicher Sicherheit einmal mehr Verschiebung auf die „final status talks“. Denn Wasser ist für Israel ohne Frage ein „strategischer Rohstoff“⁶⁸, der für das Land nicht nur Teil seiner Sicherheitsüberlegungen ist, sondern als „politisches Tauschobjekt“ auch erst in der letzten, entscheidenden Phase einer endgültigen Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes angesprochen werden kann und wird. Alle früheren Bemühungen werden ins Leere stoßen, dies beweist die Geschichte des Streites zur Genüge.

Die Herrschaft über die 1967 besetzten arabischen Gebiete ist nach der bisherigen Darstellung nicht nur, vielleicht sogar nicht so sehr, eine Erweiterung des Staatsgebietes sowie des Siedlungsraums. Es handelt sich vielmehr zumindest auch sehr hochrangig um die Sicherstellung des nationalen Wasserbedarfs. Unterlagert ist diese Feststellung von der Gründermentalität: „Landnahme, Ausbau der Siedlungen und Umwandlung der Wüste in Kulturland durch Bewässerungslandwirtschaft“. Dies ist die Ideologie der israelischen Arbeiterpartei MAPAI aus den 50er Jahren, welche die israelische Identität noch heute zumindest unbewusst bestimmt („Halutziut“). Sie ist auch innenpolitisch durchaus noch virulent. Eine Wasserquotenneuregelung wird auf jeden Fall auch die jährlich für die Bewässerung (also Fortführung dieser Identität) verwendeten etwa 900 Mio. m³ Wasser tangieren. Damit wird der israelisch-palästinensische Wasserkonflikt von einer rein ökonomischen Ebene auf eine politische Ebene gehoben. In Anbetracht der bereits geschilderten Tatsache, dass der gegenwärtige Umfang des Wasserverbrauchs eindeutig zu Lasten späterer Generationen geht,

⁶⁷ Der Text des Friedensvertrags findet sich im „Nahost Jahrbuch 1994“, 1995, S.221 ff.

⁶⁸ Vgl. Herz/Steets, a.a.O., S. 139 und 144

muss jeder Lösungsansatz von einer Rationalisierung des Wasserverbrauchs ausgehen. Eine ökonomisch annehmbare Alternative zu künftig rationaler Verwaltung des Oberflächen- und Grundwassers (Wassermanagement) kann in der Wasserentsalzung nicht gesehen werden. Auf der Basis des gegenwärtigen Verbrauchs würden jährliche Kosten von etwa € 1,17/m³ Wasser verursachen. Dabei sind schon heute ökonomisch gesehen die meisten landwirtschaftlichen Produkte weniger wert als das in sie investierte Wasser. Die Wertschöpfung der Landwirtschaft stimmt daher in den meisten Fällen nicht.

Bei der Problemlösung ist die Frage, wie die vorhandenen Wasserressourcen am effektivsten zu verwenden sein werden, am leichtesten zu beantworten. Diese soll daher vor der weitaus schwierigeren Frage nach dem politisch-administrativen Rahmen für ein solches Vorgehen beschrieben werden. Wie bereits erwähnt, ist die für den Nahen Osten festzustellende Wasserknappheit weitgehend eine vom Menschen geschaffene Situation (wenig ökonomische Bewässerungslandwirtschaft, Überforderung der Ressourcen etc.), also sollte sie auch von ihm beherrschbar sein.

Das erste Problem ist die Verschwendung von Wasser. Dieses ist auch und zuvörderst ein gesellschaftliches Problem. Die Gesellschaft muss daher für dieses Problem sensibilisiert werden. Dies gilt nicht nur für die israelische Seite, deren Bürger bisher mit einem relativen, wegen der israelischen Wasserpolitik allerdings nur so empfundenen Wasserüberfluss leben und sich daher der Problematik weniger bewusst sind als die palästinensische Seite, deren Bürger sich dieses Umstandes wegen der erlebten Wasserverknappung eigentlich noch bewusster sein sollten. Die vermeintliche, wenn vielleicht auch eingeschränkte, Verfügbarkeit des Wassers verleitet zu der Annahme, es handele sich um ein allgemein zugängliches Gut. Hier bedarf es einer technisch/organisatorischen Regelung, vor allem einer zentralen Versorgung mit Trinkwasser. Die Versorgungsleitungen sind zu erneuern, um einen gegenwärtig vor allem im palästinensischen Bereich feststellbaren teuren Wasserverlust durch brüchige, weil veraltete Leitungen auszuschließen. Die Bewässerung in der Landwirtschaft kann, mit Messgeräten versehen, ebenfalls deutlich zur Wassereinsparung beitragen.

Auch Recycling von aufgearbeitetem Gebrauchtwasser wäre aus- bzw. aufzubauen.⁶⁹ Die nicht zu unterschätzende Wasserverdunstung vor allem im Landwirtschaftsbereich (offene Wasserzufuhrkanäle, auf den Boden aufgetragenes Wasser statt unterirdische Zufuhr etc.) ist einzudämmen. Bevor eine grenzüberschreitende Kooperation eingeleitet werden kann (s. weiter unten), muss zuvor eine effektivere lokale Wasserverwaltung sichergestellt werden. Dies bedarf beachtlicher Investitionen zur Verbesserung der Bewässerungstechnik, der Art des Wasserverbrauchs im industriellen Produktionsbereich (z.B. Ge-

⁶⁹ Vgl. hier und im Folgenden: Alkazaz, Aziz, „Wassermanagement und Wasserdiplo-matie im Nahen Osten“, in: Nahostjahrbuch 1996, Opladen 1997, S. 197 ff.

brauchwasser oder auch Brackwasser). Die lokalen Wasserverwaltungen sind in Kooperationssystemen schon im nationalen Bereich zu vernetzen.

Die bisherigen Ausführungen lassen deutlich erkennen, dass ein wirkungsvolles Wassermanagement zur „intelligenten Nutzung der Ressourcen“ letztlich nur grenzüberschreitend zu erreichen sein wird. Und hier liegt das eigentliche Problem. Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer politisch-ideologischen Verkrustung, verbunden mit ständigem Misstrauen nicht nur zwischen den nationalen Entitäten, sondern auch innerhalb dieser Gruppen (man denke z.B. an den Fatah-Hamas-Konflikt und die im innenpolitischen Szenario immer noch virulente israelische Siedlerideologie), wird die Bereitschaft zu einer nicht umgehbaren Kooperation über die Ländergrenzen hinaus nur auf der Grundlage von vertrauensbildenden Maßnahmen möglich sein. Dabei kann von einem gemeinsamen Interesse ausgegangen werden, das sich definiert durch:

- das Wissen, dass eine Regionen und Ländergrenzen übergreifende vertragliche Übereinkunft über die Wasserquoten im Jordanbecken und Gazastreifen (Oberflächen- und Grundwasser) unumgänglich ist;

- das Wissen (wenn vielleicht auch noch sensibilisierungsbedürftig), dass der Naturhaushalt insgesamt, also auch die Wasserressourcen, zu schützen ist;

- das Wissen, dass die gegenwärtige Überbeanspruchung des Wasserhaushaltes schon jetzt zu wahrscheinlich irreparablen Schäden (z.B. Grundwasserversalzung) geführt hat;

- das Wissen, dass nur die bestmögliche Effizienzsteigerung der Wassernutzung zu einer annehmbaren Quotenregelung für eine verantwortbar nutzungsfähige Menge Wassers führen kann.

Um dieses gemeinsame Wissen in entsprechende Pläne und Institutionen umzusetzen, bedarf es einer gewaltigen politischen Kraftanstrengung, um sich zur Zusammenarbeit zusammenzufinden. Das deutsche Idiom „über den eigenen Schatten springen“ zeigt die Schwierigkeiten trefflich auf. Hier wird die internationale Gemeinschaft einmal mehr (dieses Mal aber sinnvoll) gefordert sein, als ehrlicher Makler aufzutreten, mit Wort und Finanzen. Vielleicht sollten die Vereinten Nationen als neutralste Institution die Federführung übernehmen. Wenn diese aber von der einen oder anderen Partei mit Blick auf die Vergangenheit - als zu sehr von den USA beherrscht - nicht oder nur unter Vorbehalten akzeptiert werden sollten, wäre auch an die im Nahen Osten immer noch als respektierter Partner angesehene EU zu denken.

Die USA sollten darauf verzichten, sich in diesem Prozess als Interessenwahrer Israels zu diskreditieren. Ihr politischer Einfluss auf den zweifellos stärksten Partner in diesem Prozess, nämlich Israel, könnte dann positiv in die Entwicklung auf eine Konfliktlösung hin eingesetzt werden. Bis zu einem gewissen Grade gilt dies auch für die Bundesrepublik Deutschland, die sich hier,

zumeist wohl ungewollt, durch unbedachte, politisch wenig hilfreiche Erklärungen unnötig außenpolitischer Handlungsspielräume begibt. Unsere Beziehungen zu Israel sollten auch in dieser Frage von dem objektiven Bemühen geführt werden, dass dieses Land endlich durch ein übergreifendes Regime friedlich in der Region existieren kann. So in etwa könnte der international-politische Rahmen für einen Lösungsansatz aussehen. Aus ihm muss sich die Bereitschaft der regional Beteiligten zur Kooperation ergeben. Dies wird umso eher der Fall sein, je mehr die einzelnen „global players“ (allen voran die USA und die EU) durch demonstrierte und praktizierte Objektivität bei allen Betroffenen die Gewissheit wecken, dass ein gerechter Kompromiss angestrebt wird.

Institutionell könnte dann in einem solchen Klima ein „internationales Wassermanagement“ geschaffen werden, das in einer „Benutzerorganisation“ für alle Wasser nutzenden Bereiche (Landwirtschaft, Industrie, Umweltfragen, Wasserqualität usw.) zu institutionalisieren wäre.⁷⁰ Diese Institution könnte den Wasserverbrauch durch so weit wie möglich marktgerechte Preisgestaltung lenken, sie könnte weiter für Wasserqualität und Planung einer Abwasserbehandlung und des eventuellen Recyclings (für industrielle Nutzung) zuständig sein. Und bei Naturkatastrophen, z.B. längeren Dürrezeiten, wäre die Möglichkeit eines abgesprochenen kurzfristigen Quotenzuteilungsprogramms denkbar.

Dies alles mag für einen weniger mit dem Konflikt Vertrauten als eine Art Utopie erscheinen. Ich bin aber überzeugt, dass die von mir erwähnten internationalen Einflussmöglichkeiten einen entsprechenden Prozess einzuleiten vermögen, vorausgesetzt, nationale Interessen werden auf internationaler Bühne nicht zur Handlungsmaxime. Die dringende Notwendigkeit einer Regelung des Nah-Ost-Konfliktes jenseits aller Ideologie und aller misslungener Vergangenheit lässt auch bei den Kontrahenten Israel und Palästinensern die Bereitwilligkeit zur Kooperation wachsen. Dies zeigten z.B. der jüngste Verhandlungsvorschlag der Arabischen Liga von Ende März dieses Jahres und die grundsätzlich nicht ablehnende Reaktion des israelischen Ministerpräsidenten Olmert auf ihn. Die Entscheidung der EU zur „partiellen“ Gesprächs- und Wiederaufnahme von Zahlungen an die Nationale Palästinensische Behörde wird diesen Prozess weiter fördern.

Und sind wir letztlich nicht alle in irgendeiner Form vom Nahostkonflikt betroffen (Deutschland z.B.: Flotteneinsatz vor den Küsten des Libanon, Hilfszahlungen an die palästinensische Nationalbehörde via EU, humanitäre oder entwicklungspolitische Hilfsprojekte usw.)?

*Vortrag auf einer Tagung des Nahost-Forums, Berlin,
09. Juli 2007*

⁷⁰ S. Alkazaz, a.a.O., S. 200

Hans Voß

Erfahrungen aus dem KSZE-Prozess für die Implementierung eines ständigen Mechanismus für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten

Es verwundert nicht, dass - angesichts der Kompliziertheit und Vielfalt der Probleme im Nahen Osten - der Gedanke gereift ist, einen ständigen Mechanismus der Konfliktbeilegung ins Leben zu rufen. Vielerorts ist von einer ständigen Nahostkonferenz die Rede. Die Urheber dieser Idee sind sich offensichtlich darüber im Klaren, dass es im Nahen Osten eines dauerhaften Prozesses bedarf, um die Vielzahl der Probleme zu lösen. Mit einem einmaligen Anlauf ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

Neuerdings wird die Vorstellung vertreten, dass dabei die KSZE als Vorbild dienen könne. Mittels der KSZE sei es in Europa gelungen, eine tragfähige Basis für die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen zu schaffen. Die KSZE - so heißt es - half, die Gefahr zwischenstaatlicher militärischer Konflikte zu bannen. Gäbe es nicht Veranlassung, im Nahen Osten auf die Erfahrungen in Europa zurückzugreifen?

Es verdient Interesse, dass derartige Überlegungen vorwiegend von europäischen Politikern, darunter solchen aus Deutschland, in Umlauf gesetzt werden. Zu ihnen zählen Angela Merkel, aber auch die Oppositionspolitiker Oskar Lafontaine und Wolfgang Gehrke. Ein Beweis dafür, wie stark die Sorgen auf dem europäischen Kontinent über die Lage im Nahen Osten sind!

Nun ist es immer ratsam, auf positive Erfahrungen in anderen Teilen der Welt zurückzugreifen. Doch worum es bei der KSZE und ihrer Beispielgebung für den Nahen Osten gehen könnte, bleibt weitgehend unterbelichtet. Derartige Vorstellungen vertiefen die Verfechter des Vorschlages bisher nicht. Geht es um die Kopierung von Abläufen, von Arbeitsmechanismen, wie wiederholte Begegnungen auf hoher Ebene oder Fachtagungen, geht es um die Aufgabenstellungen gemäß der berühmten drei Körbe oder sollten allgemeine Grundsätze übernommen werden, die das Schiff KSZE steuerten?

Sind die Probleme des Nahen Ostens in ihrer Vielschichtigkeit überhaupt in **einem** Mechanismus zu vereinen? Die Formung eines Palästinenserstaates und die Gestaltung des Verhältnisses des arabischen Umfelds zu Israel interessieren und berühren den gesamten Nahen Osten. Aber hat der gesamte Nahe Osten Einfluss auf den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak und die Befriedung des Landes?

Wieder anders ist die Einordnung des Iran in einen Entspannungsprozess zu sehen. Besteht nicht bei einem Zuviel von Problemen die Gefahr, dass keines

von ihnen gelöst wird? Sollte man daher nicht schrittweise oder besser unter Inanspruchnahme verschiedener Foren vorgehen?

Ich meine, dass es bei einem Rückgriff auf die KSZE in erster Linie um die Übernahme des grundsätzlichen politischen Vorgehens gehen sollte. Nicht technische Abläufe und strukturelle Bestimmungen sollten das Bild bestimmen - das könnte vom eigentlichen Anliegen ablenken -, sondern das Streben nach einem Minimum an Gemeinsamkeiten. Dabei wird man sehen, dass der Einstieg in einen neuartigen Prozess ein schwieriges Unterfangen sein wird. Schnelle Ergebnisse sind nicht zu erwarten. Es wird eines langen Atems, des geduldigen Erforschens bedürfen, um Fortschritte zu erzielen.

Ich darf daran erinnern, dass es beim Beginn des KSZE-Prozesses nicht anders war. Ich betone das ausdrücklich, weil man mit der wachsenden Distanz zu den Abläufen dazu neigt, Dinge zu vergessen oder zu verklären. Der KSZE werden gelegentlich Eigenschaften angedichtet, die mit den Realitäten nichts oder doch sehr wenig zu tun haben. Bevor der Zug "KSZE" auf das Gleis gestellt werden konnte, waren zahlreiche Widerstände zu überwinden. Vor allem Washington legte sich quer. Dort fürchtete man, dass es das Ziel der Konferenz sein könnte, die USA aus Europa herauszudrängen.

Und ganz ohne Begründung war diese Sorge nicht. Die bürgerliche Opposition in Bonn sah voraus, dass mit einer Einigung auf die zehn Prinzipien, insbesondere das Prinzip der territorialen Unversehrtheit, der Anspruch auf die deutsche Einheit verloren gehen könnte. Von der Sowjetunion wurde seitens der NATO gefordert, dass sie zu einer Reduzierung ihrer Militärmacht bereit sein sollte. Von einer extremen Ungleichheit der Kräfte war die Rede.

Es waren folglich beträchtliche Anstrengungen erforderlich, um in den KSZE-Prozess zu starten. Misstrauen musste überwunden werden, Formulierungskünste waren gefragt. Ohne das Vertragssystem der Bundesrepublik mit den östlichen Nachbarn, insbesondere mit der DDR und zu Westberlin, war der Einstieg nicht möglich. Die USA erhielten Garantien, dass niemand ihre Anwesenheit in Europa infrage stellen würde. Es erfolgte ein - wenn auch wenig erfolgreicher - Einstieg in Verhandlungen über die Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa, die MBFR-Verhandlungen. Das und manches andere war das Vorspiel für das Zustandekommen der KSZE.

Wenn man eine Lehre aus diesen Vorgängen ziehen will, dann diese: Das Zustandekommen der KSZE erbrachte den Beweis, dass es des guten Willens aller Beteiligten bedarf, einen Kompromiss zu schließen, der diesen Namen verdient. Die KSZE stellte eine Abmachung dar, bei der alle Seiten gegeben und erhalten haben. Das war kein fauler Kompromiss, bei der eine Seite die andere übertölpelt hatte.

Alle Beteiligten betrachteten sich mit einer gewissen Berechtigung als Gewinner. Die Staaten des Warschauer Vertrages verbuchten für sich, dass

durch die zehn Prinzipien der Schlussakte von Helsinki, durch Achtung der Souveränität, Unverletzlichkeit der Grenzen und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, ihr politisch-territorialer Besitzstand dauerhaft anerkannt worden sei. Für sie stellte die Schlussakte die Zementierung des Status quo in Europa dar. Diese Position gedachten sie zu verteidigen.

Die Staaten des Westens hingegen, die der KSZE zunächst keinen Prozesscharakter verleihen wollten, erkannten sehr schnell, dass ihnen eine Reihe von Festlegungen der Schlussakte die Möglichkeit gab, auf die gesellschaftlichen Gegebenheiten in den Staaten des Warschauer Vertrages einzuwirken. Dazu gehörten die Verpflichtungen zur Achtung der Menschenrechte, zur Förderung der Kontakte zwischen den Menschen verschiedener Staaten und die Möglichkeit, friedliche Grenzänderungen vorzunehmen.

Mit anderen Worten: die prinzipiellen Gegensätze zwischen Staaten verschiedener Systeme bestanden weiter. Man hatte sich geeinigt, sie nicht mehr in konfrontativer Zuspitzung auszutragen, sondern sich friedlicher Mittel zu bedienen. Aber eine konfliktlose Idylle war nicht entstanden. Das hatte zur Folge, dass in den Jahren nach 1975 bis 1990 die Gegensätze zwischen Ost und West einmal mehr, einmal weniger scharf ausgetragen wurden.

Mehr als einmal - so bei der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen und beim Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan - stand das Schicksal der KSZE auf dem Spiel. Nur mit Mühe gelang es, die USA von einem Austritt aus dem KSZE-Prozess abzuhalten.

Wenn über die KSZE in dieser Zeit zu reden ist, dann ist es der Beitrag, den sie zur friedlichen Gestaltung der Zusammenarbeit gerade in Krisensituationen geleistet hat. Es war auch die Periode, in der sie erste wichtige Schritte zur militärischen Vertrauensbildung einleitete. Das alles war möglich, weil eine Reihe von Staaten, darunter die DDR, die KSZE und ihr Fortbestehen verteidigten. Es bedarf - um eine andere Lehre zu ziehen - in einem solchen Unternehmen entschlossener Kräfte, die Erreichtes verteidigen und Schritte in die Zukunft fördern.

Ist von den Wirkungen der KSZE für die Lage in Europa die Rede, möchte ich mich zu einem weiteren Fragenkomplex äußern. Insbesondere nach der politischen Wende in Europa wird die Meinung vertreten, dass die KSZE mit ihren Bestimmungen über Menschenrechte die eigentliche Ursache des Zusammenbruchs des Realsozialismus gewesen sei. Nun besteht gar kein Zweifel, dass bedeutende KSZE-Dokumente ihre Wirkung auf Menschen in den vormals sozialistischen Staaten nicht verfehlten.

Doch zunächst verteidigten die Staaten des Warschauer Vertrages mit Erfolg ihren Besitzstand. Erst als Gorbatschow die Führung der UdSSR übernahm, änderte sich die Lage. Er zwang die Verbündeten, seinem als Erneuerung ausgegebenen Kurs zu folgen. Erst in dieser Periode wurden die Schlussakte und an-

dere Dokumente zu politischen Bezugspunkten von Menschenrechtsgruppen und Bürgerrechtlern. Aber die eigentlichen Ursachen für den Niedergang des Realsozialismus sind vielfältiger.

Das zu konstatieren ist nicht nur im Interesse der historischen Wahrheit nötig, sondern ist zugleich erforderlich, um Skeptikern die Vorstellung zu nehmen, dass die KSZE letztlich doch ein Instrument gewesen sei, das die Überlegenheit der einen Seite gegenüber der anderen Seite zur Geltung bringen sollte. Dass - mit anderen Worten - vor Wiederholungen zu warnen sei. Nein, die Bedeutung der KSZE liegt nicht in ihrem Ende, in der Aufhebung der gesellschaftlichen Gegensätze. Ihr kommt deshalb allgemeine Achtung zu, weil sie in der Periode des Kalten Krieges eine Kanalisierung der Gegensätze vornahm.

Und auf ein weiteres Problem möchte ich eingehen. Zu fragen wäre, welchen Einfluss es auf das Wirken der KSZE hatte, dass sie sich schrittweise von einer einmaligen Konferenz zu einem System permanenter Kooperation mauserte. Nach Helsinki fanden Folgekonferenzen in Belgrad, Madrid und Wien statt. Zwischen ihnen wurden Fachtagungen zu diversen Fragenkomplexen abgehalten. Innerhalb und zusätzlich zu den drei Körben wurden weitergehende Anforderungen und Verpflichtungen fixiert. Das alles vertiefte die Zusammenarbeit und machte die KSZE zu dem, was sie auszeichnete: zum einmaligen gesamteuropäischen Gesprächsforum in einer Zeit fortbestehender gesellschaftlicher Differenzen.

Doch ohne den unbedingten Willen einer Mehrzahl von Teilnehmerstaaten - ich betone es erneut - wäre das beste Verhandlungssystem wenig oder gar nichts wert gewesen. Diese Lehre gilt es für den Nahen Osten zu beherzigen. Und schließlich dieses: Wichtig für das Image der KSZE war, dass in ihr das Konsensprinzip galt. Das heißt: für die Annahme von Beschlüssen war die Zustimmung aller Teilnehmerstaaten erforderlich. Mit anderen Worten: gegen den Willen eines Staates - und sei er noch so klein - kamen Entscheidungen nicht zustande.

Das hatte zur Folge, dass es nicht selten eines langen Atems bedurfte, um einen Kompromiss zu finden. Erinnerung sei daran, dass Malta den Abschluss der KSZE-Konferenz wochenlang verzögerte, bis ein von Valletta akzeptierter Kompromiss gefunden wurde. Dem Konsensprinzip war auch geschuldet, dass mehrheitlich angestrebte Festlegungen gelegentlich überhaupt nicht getroffen wurden.

Positiv bei diesem Prinzip war die Tatsache, dass nicht allein die Großen und Mächtigen den Lauf der Dinge bestimmen konnten, wie es in anderen internationalen Gremien leider üblich ist. Die KSZE war ein Forum der Gleichberechtigten, was insbesondere die kleineren und mittleren Staaten zu schätzen wussten. Ein nachahmenswertes Beispiel!

Wenn es um ein Resümee geht, dann sei Folgendes gesagt:

Erstens: Die KSZE war nicht deshalb ein Erfolg, weil sie über ein ausgeklügeltes System von Konferenzen, Fachtagungen, Schwerpunktfestlegungen in Bereichen (Körben) sowie über eine Vielzahl von Dokumenten verfügte. Alle diese Dinge halfen zweifellos, für einen ständigen Lauf der Dinge zu sorgen. Sie entwickelten sich aber auch erst im Laufe der Jahre. Zunächst - das heißt mit der Gründung der KSZE - war es durchaus umstritten, ob man sich derartiger permanenter Einrichtungen bedienen sollte.

Ursache für den Erfolg der KSZE war, dass sich eine größere Anzahl europäischer Staaten für eine inhaltlich veränderte Ausrichtung des Nebeneinanders stark machte. Aus diesem Interesse entwickelte sich das Beharren auf vereinbarte Ziele und auf die Verteidigung von Erreichtem. Dabei war beachtlich, dass die USA zu den Staaten in der KSZE gehörten, die sich diesem Vorgehen nur zögernd anschlossen und es wiederholt infrage stellten.

Zweitens: Auf den Nahen Osten übertragen wäre zu schlussfolgern, dass es falsch sein könnte, den Einstieg in eine ständige Konferenz mit einer weit-schweifigen Debatte über Strukturen und Abläufe zu beginnen. Das könnte zur Folge haben, dass zunächst das eigentliche Ziel der Konferenz aus dem Auge geraten würde. Gegner eines Neuanfangs könnten versucht sein, das gesamte Projekt infrage zu stellen.

An der Spitze des Prozesses sollte vielmehr stehen, ein Minimum von politischem Vertrauen herzustellen. Es muss Einvernehmen darüber erzielt werden, dass die Beteiligten mit friedlichen Absichten aufeinander zugehen, selbst wenn unterschiedliche oder gegensätzliche Interessen fortbestehen. Und man sollte sich darüber im Klaren sein, dass solche Unterschiede noch lange bestehen bleiben werden.

Drittens: Vorteilhaft für einen solchen Einstieg könnte sein, ein gemeinsames Grundsatzdokument zu verabschieden, das die Eckpunkte für das künftige Nebeneinander umschreibt. Die KSZE hatte deshalb einen guten Start, weil sich die Teilnehmerstaaten mit der Schlussakte von Helsinki auf die berühmten zehn Prinzipien einigten, die bis heute für die Beziehungen der europäischen Staaten Gültigkeit haben. Ähnlich sollte man im Nahen Osten vorgehen. An der Spitze der Prinzipien, die zu vereinbaren wären, sollte der Gewaltverzicht stehen. Von der Einhaltung dieses Prinzips hängt letztlich der Erfolg des gesamten Unternehmens ab. Aber auch die souveräne Gleichheit und die Unverletzlichkeit der Grenzen wären von unschätzbarem Wert.

Viertens: Wenn auch der Einstieg in eine Nahost-Konferenz nicht durch eine zu starke Konzentration auf technische Abläufe und detaillierte Strukturen erschwert werden sollte, müsste jedoch über einen Grundsatz Einvernehmen erzielt werden, nämlich über den Grundsatz, dass dem ersten Treffen weitere folgen sollten. Möglichst sollten dazu Termine und Orte vereinbart werden.

Ob es zusätzlich dazu noch Unterkonferenzen, Fachtagungen und Ähnliches geben müsste, sollte zukünftigen Entscheidungen überlassen werden. Auf jeden Fall sollte ins Auge gefasst werden, den Fragen der militärischen Vertrauensbildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Fünftens: Beim Beginn des Verhandlungsprozesses kann die Hilfe europäischer Staaten oder anderer Länder nützlich sein. In besonderem Maße werden die Vereinten Nationen gefragt sein. Wichtig wird jedoch sein, dass die Staaten des Nahen Ostens einen erkennbaren eigenen Beitrag leisten. Sie müssen deutlich machen, dass sie nicht an den Verhandlungstisch gezwungen worden sind, sondern aus eigenem Antrieb handeln. Ihre Gleichberechtigung untereinander sollte durch die Annahme des Konsensprinzips unterstrichen werden.

Sechstens: Für den Verlauf der europäischen Angelegenheiten war wichtig, dass Probleme der Ost-West-Beziehungen nicht nur in der KSZE, sondern auch auf weiteren Verhandlungsebenen behandelt wurden (so zwischen der Sowjetunion und den USA). Die KSZE verfügte nicht über ein Verhandlungsmonopol.

Das wird im Nahen Osten ähnlich sein müssen. Neben einer ständigen Nahost-Konferenz sollten noch weitere Verhandlungsgremien tätig sein. Notwendig wird aber sein, einen gewissen Gleichklang zwischen den verschiedenen Verhandlungsebenen herzustellen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt mögen diese Vorstellungen ziemlich akademisch erscheinen: Noch fehlt die Bereitschaft, sich den Regeln einer permanenten Konferenz zu unterwerfen. Vor allem stellt die ungelöste Palästinenserfrage ein Hindernis dar.

Dennoch erscheint es ratsam, mit einer Debatte über den Charakter einer ständigen Konferenz zu starten. Selbst wenn ihr Beginn noch in weiter Ferne liegt, kann eine solche Debatte langfristig Einfluss auf einen Entspannungsprozess im Nahen Osten gewinnen.

*Vortrag auf dem Kolloquium des Nahost-Forums,
Berlin, 05. Mai 2007*

Arne C. Seifert

Koexistenz Europas mit dem islamischen Raum?

Neue Sicherheitsrisiken und Erkenntnisse aus der friedlichen Koexistenz in Europa

Zusammenfassung

Der Artikel diskutiert die Relevanz der friedlichen Koexistenz, die im KSZE-Prozess erprobt wurde, für die heutige Beziehung zwischen Europa und dem islamischen Raum. Obwohl sich die internationalen Bedingungen durch Globalisierung und Multipolarität verändert haben, bleibt die Idee der friedlichen Koexistenz bedeutsam. Der Artikel zeigt, dass der Helsinki-KSZE-Prozess durch seine prozeduralen Stärken, die Vermeidung ideologischer Konflikte und kollektive Sicherheit, erfolgreich war. Es war dies ein Rahmen für das friedliche Austragen von Systemkonflikten. Der Artikel warnt davor, dass heutige westliche Sicherheitskonzepte, ob unilateral oder kooperativ, die kollektive Sicherheit aufgeben haben. Er plädiert dafür, den KSZE-Ansatz wieder zu beleben, um eine gemeinsame Sicherheitsperspektive zwischen Europa und seinen islamischen Nachbarn zu schaffen.

Sind in der heutigen internationalen Situation Erfahrungen der friedlichen Koexistenz und des KSZE-Prozesses wertlos geworden? Haben sie Globalisierung und Charakter neuer Risiken und Bedrohungen im Vergleich zu den Bedingungen und Herausforderungen der Ost-Westkonfrontation zwischen NATO und Warschauer Vertrag gegenstandslos gemacht?

Es ist richtig, dass sich die Wirkungsbedingungen internationaler Akteure wie OSZE, EU und NATO heute verändert haben. Deshalb lassen sich auf sie die Erfahrungen des KSZE-Prozesses nur bedingt übertragen. Trotzdem halte ich sowohl grundsätzliche als auch eine Reihe praktischer, instrumenteller Erfahrungen für würdig, auf ihre Lehren und Anwendungsberechtigung, wenn auch modifiziert, neu untersucht zu werden.

Als grundsätzlichsste Erfahrung des KSZE-Prozesses kann die Idee einer Ordnung friedlicher Koexistenz überhaupt gelten, ihre Entwicklung durch antagonistische Konfliktgegner, ihre Akzeptanz und praktische Verwirklichung. Jene Gegner vermochten es, für alle Beteiligten eine „Win-Win-Konstellation“ herbeizuführen. Und zwar eine solche Konstellation von antagonistischen politischen Lagern, von denen jedes seine welthegemonistischen Ambitionen verfolgte. Darin bestand und besteht eine große historische Leistung, die in ihrer Bedeutung für Sicherheitspolitik und Regelung von Konflikten bis heute zentral

bleibt. Dazu im Kontrast stehen heute Tendenzen im internationalen Verhalten, welche sich von der Idee friedlicher Koexistenz und einer ihrer gerecht werden internationalen Ordnung immer weiter entfernen. In dieser Tendenz verbirgt sich die Hauptgefahr für den internationalen Frieden.

Was ist typisch für den heutigen Umgang der Staaten des Westens mit Risiken und Bedrohungen, entweder einseitig oder in militärischen Partnerschaften (Antiterror-Strategie), sei es im Rahmen der EU (GASP) oder der transatlantischen Partnerschaft (NATO)?

1. In konzeptioneller Hinsicht: Wir treffen auf zwei unterschiedliche Sicherheitskonzepte: auf ein unilaterales der Bush-Administration und ein zweites, wie es die Bundesregierung nennt, „kooperatives“ (kooperativ im Sinne der EU, aber auch der Stützung durch Beschlüsse des Sicherheitsrates, kooperativ im Mittelmeerraum, mit Russland u.a.). Allerdings wird jener wichtige Unterschied von zwei grundsätzlichen Gemeinsamkeiten wieder aufgehoben. Zum einen ist das die Tatsache, dass jedes der beiden Konzepte primär auf die Sicherheit des Westens, also auf einseitige Sicherheit gerichtet ist.

Die zweite Gemeinsamkeit besteht in einem solchen Sicherheitsverständnis, dem zufolge der „Kern“ der „Herausbildung einer internationalen Ordnung“ die transatlantischen Beziehungen sind. Ein solches Ziel kann nur, und so ist es auch in der Tat, vom „Rest“ der Staatenwelt als kollektiver Hegemonismus des Westens verstanden werden. Ein solches Verständnis wird jedoch nicht zu einer demokratischen internationalen Ordnung, geschweige denn friedlicher Koexistenz führen.

2. In instrumenteller Hinsicht: Fügt man jenem konzeptionellen Verständnis von internationaler Ordnung „out-of-area“-Operationen zu ihrer Aufrechterhaltung hinzu, präemptive Selbstverteidigung, „Regime Change“, das Monopol von Massenvernichtungswaffen, militärische Absicherung von Erdölversorgung, Seerouten etc., so wird eine zweite Gemeinsamkeit deutlich: Beide Sicherheitskonzepte, das Unilaterale und das Kooperative, haben das Grundverständnis verlassen, das zur Zeit des KSZE-Prozesses das gewaltsame, militärische Austragen des antagonistischen Widerspruchs der beiden Weltsysteme erfolgreich zu verhindern vermochte: die kollektive Sicherheit. Hierin besteht der grundsätzliche Wandel der westlichen Sicherheitskonzepte: Sie haben das Grundverständnis von Sicherheit als gegenseitiger, kollektiver Sicherheit aufgegeben. Das ist ein gravierender Rückschritt hinter die Fähigkeit des KSZE-Prozesses, mit internationalen und regionalen Streitfragen friedlich umzugehen.

Das trifft sogar auf den angestrebten europäischen Stabilitätsraum selbst zu. Ein solcher wird ohne die Stabilität seiner islamischen Nachbarregionen und ein stabiles Verhältnis zwischen beiden nicht machbar sein. Letzteres zu erreichen geht nur über die Akzeptanz des Grundsatzes gemeinsamer Sicherheit. Alle anderen, nämlich hegemoniale Schlussfolgerungen werden in einen Zustand

permanenter Spannungs-, Krisen- und Kriegssituationen zwischen Europa und den betroffenen Regionen führen. Im Kontext mit islamischen Regionen kann ein solcher Zustand durchaus in jenem „Clash of Civilisations“ gipfeln, den es unter allen Umständen zu vermeiden gilt.

Angesichts solcher Gefahren ist ein Rückgriff auf die Erfahrungen des KSZE-Prozesses aktuell. Das gilt insbesondere für seine Stärken:

- Seine erste Stärke besteht im bewussten Heraushalten ideologischer Widersprüche aus politischen Regelungsprozessen. Sie fällt insbesondere dann ins Gewicht, wenn zwischen den Kontrahenten keine ausreichende Übereinstimmung zwischen ihren jeweiligen Werten, Kulturen und zivilisatorischen Grundlagen, einschließlich der religiösen, besteht, wie im Falle des Konfliktes um den Terrorismus. Dass Regelungen möglich sind, belegt die UNESCO-Konvention über die Bewahrung der Pluralität der Kulturen.

- Die zweite Stärke des KSZE-Prozesses erwuchs aus Furcht der Seiten davor, dass ihre Systemauseinandersetzung einen militärischen Verlauf nehmen könnte. Der KSZE-Prozess verlief nur deshalb erfolgreich, weil das Vermeiden einer kriegerischen Konfrontation eine strategische und keine taktische Absicht der beiden Seiten war.

- Die dritte Stärke des KSZE-Prozesses lag darin, dass er die Weiterführung der Systemkonkurrenz zu gewährleisten vermochte. Und zwar friedlich. Letzteres ist heute insofern bedeutungsvoll, da die Konkurrenz zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Systemen nicht auf jene vergangene zwischen Kapitalismus und Sozialismus reduziert werden darf. Sie besteht auch heute zwischen westlichen und anderen Gesellschaftsmodellen. So auch zwischen unserem und islamischen, aber auch zwischen verschiedenen islamischen selbst. Die KSZE vermochte es, solche politischen Rahmenbedingungen auszuhandeln, die für jede ihrer konkurrierenden Seiten annehmbar waren, weil sie es ihr erlaubten, ihren Kampf fortzusetzen.

- Als vierte Stärke des KSZE-Prozesses kann der prozedurale, prozesshafte Charakter der KSZE-Konstruktion gelten. Er wurde zu einem Wert an sich, der niemandem erlaubte, aus ihm auszusteigen, wollte er nicht sein Gesicht verlieren.

- Des KSZE-Prozesses fünfte Stärke lag in der Hoffnung der konkurrierenden Seiten, dass Außenpolitik gesellschaftlichen Wandel befördern kann, vorausgesetzt, dass sie die jeweilige Gesellschaft in ihrer Gesamtheit im Blick hat. Beide Seiten waren auch damals auf „Regime Change“ beim Anderen aus. Der gravierende Unterschied zur heutigen Politik des „Regime Change“ oder „demokratisierender Intervention“, wie sie der Westen gegenüber einigen islamischen Staaten, besonders den „Schurkenstaaten“, verfolgt, bestand darin, dass Reformen und Demokratisierung über evolutionäre Veränderungsprozesse an-

gestrebt wurden. Wer hier nicht bestand und warum, hat die Geschichte inzwischen bewiesen.

Heute bestehen die gravierende Unterschiede zur Situation, welche den KSZE-Prozesse ermöglichte und charakterisierte, darin, dass Kriege wieder geführt werden (Angriffskrieg gegen Irak); sich die Seiten nicht nur nicht mehr vor neuen Kriegen fürchten, sondern bereit sind, solche offensiv und global zu führen; nichtstaatliche Kriegakteure mit sog. asymmetrischen Kampfmitteln operieren, gegen die ein Hightechkrieg nicht zu gewinnen ist; der Konflikt zwischen unterschiedlichen Kulturen, Zivilisationen und Religionen im Zuge einer im Wesentlichen vom Westen vorangetriebenen Globalisierung in Kauf genommen wird.

Jedoch bei all diesen erschwerenden Unterschieden zu den Bedingungen des KSZE-Prozesses gibt es einen förderlichen: Keiner der Kontrahenten zum Westen, nicht einmal islamistische Extremisten, stellen das kapitalistische System infrage oder wollen es vernichten. Das aber war der antagonistische Kern der Systemauseinandersetzung zwischen dem sozialistischen und dem westlichen Lager. Der KSZE-Prozess war nicht darauf gerichtet, diesen Kern des Antagonismus und somit den Antagonismus selbst abzuschaffen. Ja, selbst die Systemauseinandersetzung sollte weitergehen. Es ging ihm um eine friedliche Konditionierung ihrer Austragungsformen. Wenn man die heutigen Voraussetzungen für das Herbeiführen internationaler koexistenzieller Regelungen bewertet, ist es wesentlich, diese innere Logik des KSZE-Prozesses zu beachten. Sie sind günstiger, weil jener antagonistische Kern der alten Systemauseinandersetzung weggefallen ist.

Zugleich bleiben Kriege auch heute unter den veränderten Bedingungen immer Kriege von Staaten/Staatengruppen gegen andere Staaten. Selbst nichtstaatliche Akteure handeln nicht in einem staatenfreien Raum. Ob „Regime Change“, ob „Export von Demokratie durch Krieg“, ob „failing states“ - letztlich bleiben es Kriege zwischen Staaten und können nur zwischen solchen vermieden oder verhütet werden. Dafür bedarf es ihrer friedlichen Koexistenz. Um beim Beispiel des europäischen Stabilitätsraums mit seiner Verflechtung von EU-Raum und islamischen Nachbarregionen zu bleiben: Was spricht dagegen, in der Sicherheitspolitik im Verhältnis zu den islamischen Nachbarregionen einen Weg einzuschlagen, der langfristig zu einem Modus vivendi friedlicher Koexistenz führt?

Wie könnte ein solcher Weg inhaltlich aussehen und wie wäre er zu konditionieren? Sein konzeptioneller Startpunkt besteht in der Überlegung, dass ein solcher Ausweg aus dem Terrorismusdilemma gefunden werden muss, der perspektivisch tragfähig ist, indem er die Krise im Verhältnis der islamischen „Welt“ zum „Westen“ zu überwinden vermag. Auf dem Weg dorthin sollte Europa den ersten Schritt tun. Es sollte sich im Interesse einer Entspannung seines

Verhältnisses zur islamischen Region zu vertrauensbildender Vorleistung bereit erklären. Eine solche Vorleistung bestünde zunächst in der Vorlage einer Blaupause für die Neugestaltung des europäischen Verhältnisses zu seinen islamischen Nachbarregionen, einschließlich Zentralasien, sowie in der Bereitschaft, darüber ohne Vorbedingungen in Verhandlungen zu treten. Kern einer solchen Neugestaltung ist die Gewährleistung einer gemeinsamen Perspektive unserer unterschiedlichen Zivilisationen. Sie beruht auf der Anerkennung der Ganzheitlichkeit von gemeinsamer Sicherheit, Respektierung der jeweiligen zivilisatorischen Werte und Entwicklung.

Um einen solchen Paradigmenwechsel mit der erforderlichen Funktionalität zu versehen, sollte ein gemeinsamer Rahmen geschaffen werden, dem die Verständigung über neue Grundlagen des gegenseitigen Verhältnisses obliegt. Er kann dienen als prozessinitiiertender Beratungsrahmen für:

- ein gemeinsames Herausfinden sowohl trennender Faktoren und Streitfragen als auch verbindender Gemeinsamkeiten;
- für Vertrauensbildung durch die Vereinbarung neuer Grundlagen des gegenseitigen Verhältnisses;
- für eine Verständigung über einen „Code of Conduct“, welcher für Streitfragen und Konfliktsituationen einen gegenseitig gewaltfreien Umgang der friedlichen Koexistenz vorsieht und regelt.

Bewährt sich jener prozedurale Rahmen, so könnte er zum Gerüst und Stabilisator eines kontinuierlichen Prozesses des politischen Ausgleiches und Kompromisses werden. Zwei Fragenkomplexe stünden dabei im Vordergrund:

1. Das Erarbeiten eines Regelwerks für das gegenseitige Verhalten der europäischen und nah- und mittelöstlichen Staaten (Verhaltenskodex der Staaten). Ein solches Regelwerk könnte eine zu modernisierende Anleihe aufnehmen bei den „Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten“ der KSZE-Schlussakte von Helsinki. Zugleich hat dieses Regelwerk Normen für gewaltfreies, koexistenzielles Verhalten in schwer oder nicht lösbaren Streitfragen zu bestimmen.

2. Das Ausarbeiten eines Verhaltenskodexes zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Dabei sollte von dem Leitgedanken ausgegangen werden, dass Sicherheit unteilbar ist, die Sicherheit der Seiten untrennbar mit der Sicherheit aller anderen verbunden ist und Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten gefestigt werden kann.⁷¹ Mit anderen Worten, es geht uns um ein Verständnis von Sicherheit als kollektiver Sicherheit.

⁷¹ Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, 91. Plenarsitzung des Besonderen Ausschusses des KSZE-Forums für die Sicherheitskooperation, 3.Dez. 1994, Budapest, AA, Dokumentenreihe „Sofortprogramm“, Nr.7, S.1

Als Kontrastprogramm sei diesem koexistenziellen Ansatz das Szenarium entgegengestellt, wie es der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, der deutsche General Harald Kujat, im Mai 2005 erläuterte: Der „Globalisierung des Terrors“ wird mit einer Erweiterung der „geostrategischen Interessenlage der Allianz“ begegnet, „die weit über die frühere out-of-area-Diskussion hinausgeht“: Kaukasus, Nah- und Mittelost, Mittelmeerraum, Afrika südlich der Sahara.⁷²

Sind die Erfahrungen der friedlichen Koexistenz und des KSZE-Prozesses heute wirklich wertlos geworden?

Vortrag auf dem 9. Potsdamer Kolloquium zur Außen- und Deutschlandpolitik, November 2006

Appell des Nahost-Forums Berlin e.V. an die deutsche Zivilgesellschaft:

Erheben wir nachhaltig unsere Forderung an die deutsche und europäische Politik zur Einberufung einer internationalen Nahostfriedenskonferenz!

Ausgehend von dem Kolloquium, das unser Nahost-Forum am 5. Mai 2007 in Berlin gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften zum Thema „Chancen und Herausforderungen für eine Nahostfriedenskonferenz“ durchgeführt hat, appellieren wir an die deutsche Zivilgesellschaft, sich mit verstärkter Kraft für die Einberufung einer internationalen Nahostfriedenskonferenz unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einzusetzen.

Wir befinden uns damit in Übereinstimmung mit vielen Friedenskräften des Nahen Ostens, Europas und weltweit. Ziel dieser Konferenz muss es sein, den Prozess für eine umfassende, dauerhafte und tragfähige Konfliktregelung einzuleiten und zu vollenden. Ein funktionierender Mechanismus für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten, orientiert am Beispiel der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), könnte hierfür förderlich sein.

Über den israelisch-palästinensischen Konflikt hinaus versinkt der Nahe und Mittlere Osten im Ergebnis des unter Verletzung des Völkerrechts gegen

⁷² General Harald Kujat, Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, Montagsgespräch der Rheinmetall DeTec AG, 7.5.2005, <http://www.rheinmetall-de-tec.de/index.php?lang=2&fid=2987>

Irak geführten Feldzugs der Bush-Administration immer mehr im Chaos. Durch diesen Krieg ist die dortige Lage heute noch komplexer, noch fragiler und noch explosiver geworden, als sie es ohnehin in der Vergangenheit war. Davon zeugen die täglich wachsende Zahl von Toten und Verletzten, darunter vor allem unter der Zivilbevölkerung, die Zerstörung von Wohnungen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie lebenswichtigen Verkehrs- und Versorgungsadern.

Angedrohte militärische Optionen gegen Iran und andere Staaten der so genannten Achse des Bösen beschwören zudem die Gefahr eines regionalen Flächenbrandes mit unkalkulierbaren Risiken für die ganze Welt herauf.

Wir, als Teil der zivilgesellschaftlichen Kräfte in Deutschland, sind fest davon überzeugt, dass anstelle von abenteuerlichen Gewaltstrategien zur Durchsetzung globalen Vorherrschaftstrebens umgehend ein Prozess der umfassenden politischen Konfliktlösung unter Beteiligung ausnahmslos aller Konfliktparteien treten muss. Das immense Gewaltpotential, das im Nahen und Mittleren Osten aufgebaut wurde und ständig weiter zunimmt, beeinträchtigt nicht nur Frieden und Sicherheit in der Region, sondern auch die Beziehungen zwischen dem Westen, seinen muslimischen Einwanderern und den islamisch geprägten Ländern.

Wir appellieren an die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, sich auch in ihrer Eigenschaft als EU-Ratspräsidentin und Vorsitzende des G8-Gipfels in Heiligendamm mit Nachdruck für die Einleitung eines Prozesses einzusetzen, der auf das Zustandekommen einer internationalen Friedenskonferenz zur Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts gerichtet ist. Das entspricht auch der Entschließung des Europaparlaments vom September 2006.

In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, dass Europa und insbesondere Deutschland vor dem Hintergrund der Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber dieser Region haben. Umso mehr obliegt deutscher und europäischer Politik, sich konsequent für einen tragfähigen Interessenausgleich zwischen Israelis und Palästinensern einzusetzen, der von der Gewährleistung des Rechts Israels, in Frieden und Sicherheit innerhalb klar definierter anerkannter Grenzen zu existieren, wie gleichermaßen des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen lebensfähigen Staat getragen sein muss.

Als Ausdruck der besonderen deutschen Verantwortung für die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts schlagen wir vor, die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, als Tagungsort einer solchen Nahostfriedenskonferenz ins Auge zu fassen.

Wir unterstreichen, dass die relevanten völkerrechtlichen Vereinbarungen zum Nahostkonflikt, insbesondere die Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Nr. 242 (1967) und 338 (1973), als Grundlagen der vorgeschlagenen Konferenz wie aller zu vereinbarenden Friedensabkommen anzusehen sind.

Den von der Gipfelkonferenz arabischer Staats- und Regierungschefs Ende März 2007 in Riad bekräftigten Abdullah-Plan von 2002 betrachten wir als einen konstruktiven Lösungsansatz. Gemäß der Formel „Land für Frieden“ bietet dieser Plan Israel normale diplomatische Beziehungen an, unter der Voraussetzung, dass es sich vollständig aus den 1967 okkupierten Territorien zurückzieht, einen unabhängigen Staat Palästina mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt anerkennt und einer gerechten Regelung der Frage der palästinensischen Flüchtlinge in Übereinstimmung mit der VN-Resolution 194/III (1948) zustimmt.

Wir gehen davon aus, dass die Beendigung der mittlerweile schon 40 Jahre währenden israelischen Okkupation palästinensischer und anderer arabischer Territorien eine Grundvoraussetzung jeglicher Friedensbemühungen im Nahen Osten ist. Ebenso zu beenden sind die fortgesetzte Siedlungstätigkeit auf der Westbank und der Bau der Mauer, deren Abriss dort, wo sie palästinensisches Territorium tangiert, erfolgen muss. Am Vorabend des 60. Jahrestages seiner Gründung könnte Israel unter Beweis stellen, dass es fähig und willens ist, zu einem neuen Kapitel des friedlichen Zusammenlebens und der erfolgreichen Zusammenarbeit der Völker und Staaten der Region beizutragen.

Das Nahost-Forum Berlin betrachtet es überdies als zwingend geboten, den Atomstreit mit Iran politisch und auf der Basis eines fairen Interessenausgleichs beizulegen, der darauf basiert, diesem Land als Unterzeichnerstaat des Atomwaffensperrvertrages die friedliche Nutzung der Atomenergie zu gewähren. Gleichfalls setzen wir uns mit Nachdruck für die Erarbeitung eines Fahrplanes zur zügigen Beendigung der Besetzung Iraks durch US- und andere ausländische Truppen ein.

Unterschiedliche soziokulturelle Entwicklungsmodelle und Wege zu Demokratie und Menschenrechten sind zu respektieren, nationale oder religiöse Vorherrschaftsansprüche hingegen sind abzulehnen.

Wir erachten die Vereinbarung von Maßnahmen zur schrittweisen Entmilitarisierung im Nahen und Mittleren Osten mit dem Ziel der Schaffung einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen für unabdingbar. Wir setzen uns dafür ein, die damit frei werdenden finanziellen und materiellen Ressourcen für entwicklungspolitische Aufgaben, vor allem für Bildung und Ausbildung, zur Verfügung zu stellen. Somit könnten in der Region wieder Frieden, Stabilität und Wohlergehen einkehren.

Berlin, 05. Mai 2007

Verabschiedet von den Teilnehmern des Kolloquiums des Nahost-Forums zum Thema „Chancen und Herausforderungen für eine Internationale Nahostfriedenskonferenz“

Biografische Daten

Dr. Jürgen Hellner

Geboren 1935 in Lübben/Spreewald

1942-1956 Volksschule und Gymnasium in Münster/Westf., Mannheim und Duisburg

1956-1966 Studium an den Universitäten Bonn, Kiel, Berlin, Chicago, Lyon (Recht, Theologie und Philosophie)

1962 Master of Comparative Law (Law School/University of Chicago) - als Stipendiat der Ford Foundation

1963 Dr. iur. (Universität Bonn: Die Vorabentscheidungen des EGH)

1966 Eintritt in den diplomatischen Dienst der BRD

1968-1969 Ausbildung in Orientalistik durch das Auswärtige Amt (Universitäten Bonn und Beirut)

1970-1974 Stellv. Leiter der deutschen Schutzmachtvertretung in Damaskus

1974-1977 Politische Abteilung des AA (Referat Mittlerer und Naher Osten)

1977-1981 Botschafter im Emirat Qatar

1981-1984 Stellv. Leiter der Wirtschaftsabteilung an der Botschaft Paris

1984-1988 Rechtsabteilung des AA (Kriegsfolgen I. und II Weltkrieg, Truppenstationierung, Raketenstationierung, chemische Waffen)

1988-1991 Botschafter in Libyen

1991-1996 Gesandter in Kanada

1996-2000 Botschafter in Malawi

Seit 2000 Ruhestand. Seither Reisen in die arabischen Länder und Usbekistan, politische Artikel und Vorträge zu Nahostfragen.

Seit 2003 Mitglied des Beirates des Nah- und Mittelost-Vereins e.V.
Berlin/Hamburg

Heinz Knobbe

Geboren 1932 in Magdeburg

1950-1953 Arbeiter- und Bauernfakultät in Halle, Abitur

1953-1959 Studium am Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen,
Moskau, Abschluss als Diplompolitologe

1959-1966 Mitarbeiter in der Abteilung Außenpolitik und Internationale Ver-
bindungen im ZK der SED

1966-1971 Rat an der Botschaft in Ungarn

1971-1976 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Interparlamentarischen Gruppe
der DDR, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses der Volkskammer, Mitglied
des Rates der Interparlamentarischen Union

1976-1978 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im MfAA

1978-1983 Gesandter an der Botschaft in Großbritannien

1983-1986 Stellv. Leiter der Abteilung Naher und Mittlerer Osten im MfAA

1986-1990 Botschafter in Libyen

Seit 2003 Vorsitzender des Vorstandes des Nahost-Forums e.V.,

seit 2005 Vorsitzender der Deutschen Assoziation der Absolventen des Moskau-
er Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen

Prof. Dr. sc. phil. Karin Kulow

Geboren 1940 in Stralsund

Studium der Arabistik und Islamwissenschaften an der Humboldt-Universität
Berlin

1970-1990 wissenschaftliche Tätigkeit an der Akademie für Gesellschaftswis-
senschaften Berlin, Forschungsschwerpunkte „Politische Systeme in arabischen
Nahost-Ländern“ und „Regionalkonflikte in der Ost-West-Auseinandersetzung“
Bis 2000 verschiedene Projektarbeiten

Ab 1994 Leiterin eines sozialen Beratungszentrums für arabische MigrantInnen
und Flüchtlinge

Diverse ehrenamtliche Tätigkeiten, darunter Politikberatung in Nah- und Mit-
telost-Angelegenheiten

Dr. Arne Clemens Seifert

Geb. 1937 in Berlin

1956-1963 Studium am Institut für Internationale Beziehungen, Moskau,
Diplom
1977 Promotion zum Dr. phil. am Institut für Internationale Arbeiterbewegung,
Berlin
1982-1987 Botschafter der DDR im Staat Kuwait
1996-1997 OSZE-Mission in Tadschikistan
1998-2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Verband für Internationale Politik
und Völkerrecht e.V. Berlin
Zentralasienberater im Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für
Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg
Sprecher der Initiative deutscher Botschafter a.D. „Diplomats for Peace with the
Islamic World“, Berlin
Vorstandsmitglied im Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V.
Berlin

Dr. Hans Voß

Geboren 1931 in Demmin
Studium der Außenpolitik an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft,
Babelsberg
Promotion zum Dr. iur. (Völkerrecht) an der Universität Leipzig
1953-1990 Tätigkeit im auswärtigen Dienst der DDR
bis 1960 Mitarbeiter der Grundsatzabteilung des MfAA
1960-1963 Generalkonsul in Burma, ab 1962 auch in Kambodscha
1964-1970 zunächst Leiter der Arbeitsgruppe Westberlin, dann Leiter der Abtei-
lung Westdeutschland
1970-1977 Botschafter in Rumänien
1978-1985 Botschafter in Italien mit Zweitakkreditierung in Malta
1986-1990 Vertreter bei der KSZE
1990 aus dem auswärtigen Dienst in den Altersübergang
ab 1995 Rentner
Vorstandsmitglied im Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V.

Dr. Heinz-Dieter Winter

Geboren 1934 in Wittenberge
Studium der Geschichtswissenschaft an der Martin-Luther-Universität Witten-
berg
1960-1990 Tätigkeit im auswärtigen Dienst der DDR
1961-1962 Diplomat an der Botschaft in Vietnam

1966-1967 Diplomat an der Botschaft in Algerien
1965 Promotion zum Dr. phil.
1968-1970 Tätigkeit in Kambodscha, nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen als 1969 Botschafter
1973-1975 Botschafter in Tunesien
1976-1981 Botschafter in Syrien und Jordanien
1981-1985 Stellvertreter des Leiters der Abteilung Naher und Mittlerer Osten
1985-1986 Leiter der Abteilung Naher und Mittlerer Osten
1986-1990 Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Nach 1990 Forschungen und publizistische Tätigkeit zu Problemen des Nahen und Mittleren Ostens

Bereits erschienen in dieser Reihe:

Voß, Hans: *Außenpolitik in Europa*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 1, Berlin 2004

Schleicher, Hans-Georg: *Der Süden Afrikas: Befreiungskampf und Globalisierungsdruck*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 2, Berlin 2005

Winter, Heinz-Dieter: *Konfliktregion Naher und Mittlerer Osten*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 3, Berlin 2005

Grunert, Horst: *Kritische Rückschau – Sorgenvoller Ausblick*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 4, Berlin 2005

Langer, Heinz: *Zur Entwicklung Kubas in jüngster Zeit*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 5, Berlin 2005

Hitze, Franz-Karl: *Warum Jugoslawien? Vom Bruderzwist zum NATO-Krieg*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 6, Berlin 2005

Seifert, Arne C.: *Hinter vorgehaltener Hand. Kurioses aus der DDR-Diplomatie, Band 1*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 7, Berlin 2005

Neugebauer, Bernhard: *Zur Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in der UNO*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 8, Berlin 2006

- Merkel, Kurt: *Kriege, Krisen und Kultur*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 9, Berlin 2006
- Hartmann, Ralph: *Abgewickelt. Aber nicht verstummt*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 10, Berlin 2006
- Seifert, Arne C.: *Hinter vorgehaltener Hand. Kurioses aus der DDR-Diplomatie, Band 2*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 11, Berlin 2006
- Muth, Ingrid: *Zwischen Anspruch und Realität. Beiträge zur Geschichte der Außenpolitik der DDR*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 12, Berlin 2007
- Pfeiffer, Otto: *Venezuela. Geschichte, Gegenwart und Perspektiven*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 13, Berlin 2007
- Schirmer, Gregor: *Frieden und Völkerrecht*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 14, Berlin 2007